

# Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.

## Antragsheft

3. Landesparteitag  
DIE LINKE. Sachsen  
25. April 2009  
Galerie Flughafen Dresden Terminal  
Wilhelmine-Reichard-Ring 1  
01109 Dresden

Herausgeber:  
Landesgeschäftsführer  
der Partei DIE LINKE. Sachsen

## Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.

Liebe Delegierte und BeraterInnen,  
liebe Gäste,

am 13. März 2009 habe ich Euch im Auftrag des Landesvorstandes eine Einladung für den 3. Landesparteitag zukommen lassen, den Zeitplan, die Geschäftsordnung und den ersten Entwurf des Landeswahlprogrammes 2009 beigelegt.

Noch einmal zur Erinnerung, der 3. Landesparteitag findet am 25. April 2009 ab 10 Uhr im Tagungsobjekt Galerie Flughafen Dresden Terminal, Wilhelmine-Reichard-Ring 1, 01109 Dresden statt.

Dieses Heft enthält nun weitere Informationen für die Beratungen des Parteitages.

Für die **Organisation** des Landesparteitages bin ich als Landesgeschäftsführer verantwortlich. Auf dem Parteitag werden die organisatorischen Fäden bei mir zusammenlaufen. Organisatorische Fragen können auch mit Antje Feiks (Tel.: 0176 – 61066624) geklärt werden. Der Parteitag ist telefonisch über 0351 – 853270 (Rufweiterleitung).

Als Ansprechpartner für **MedienvertreterInnen** stehen Verena Meiwald (Tel.: 0172 – 3547169) und Rico Schubert (Tel.: 0170 – 5624837) zur Verfügung.

Die **Anmeldung** für alle Delegierten, BeraterInnen und Gäste ist am 25. April 2009 ab 9 Uhr im Tagungsgebäude möglich. AnsprechpartnerInnen für Mandatsfragen sind Dieter Karich (Tel.: 0172 - 3547170) und Angela Hähnel.

Während des gesamten Parteitages befindet sich im Saal rechts neben der Bühne ein **Informationstisch**. Dort können Wortmeldungen und Anträge abgegeben werden. Steffi Deutschmann, Elke Gladytz und Monika Laube nehmen diese entgegen. Der genaue Antragsschluss für Änderungsanträge zum Landeswahlprogramm wird am 25. April 2009, also am Tag des Parteitages bekannt gegeben.

Die **Antrags- und Redaktionskommission** wird durch Doreen Marz und Heiderose Gläß unterstützt. Für die Kommunikation zwischen der Tagung und der Antrags- und Redaktionskommission ist Gisela Scheder-Wedekind verantwortlich.

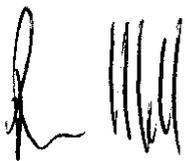
Kopierarbeiten können in geringem Umfang realisiert werden. Anträge und Änderungsanträge werden nur kopiert, wenn sie von der Antrags- und Redaktionskommission registriert worden sind und entsprechend aufbereitet wurden. Bei Anfragen dazu bitte an Gisela Scheder-Wedekind wenden.

Ein **Informationsstand** des Landesverbandes für allgemeine und organisatorische Fragen, öffentliche Internet-Terminals und der Versorgungsbereich befinden sich in der Nähe der Rolltreppe (Aufgang zur Galerie).

Bislang sind noch keine Rückmeldungen für die **Kinderbetreuung** eingegangen. Wenn Ihr plant Kinder mitzubringen, die Betreuung benötigen, dann gebt uns bitte Bescheid bis zum 20. April.

Für die Anbringung und / oder Auslage von Informationsmaterial ist eine vorherige Abstimmung mit Antje Feiks (Tel.: 0176 61066624).

Mit freundlichen Grüßen aus Dresden



Rico Gebhardt  
Landesgeschäftsführer

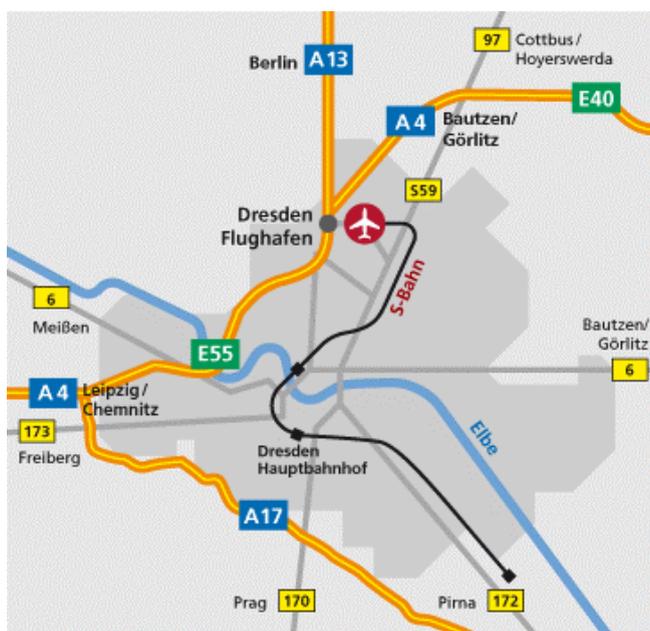
### Anfahrtsbeschreibungen zum Tagungsort:

Mit **ÖPNV** ist der Flughafen mit der **S2** zu erreichen. Weiterhin fahren die **Buslinien 77, 97 und 425** direkt zum Flughafenterminal. Mit der Straßenbahn ist der Flughafen wie folgt zu erreichen: Mit der Straßenbahn 7 bis zur Haltestelle „Infinion-Nord“ fahren. Dort in die Buslinie 77 umsteigen. Diese hält direkt am Flughafen.

Von den **Autobahnen A4 und A13** und allen weiteren Straßen in und um Dresden ist der Flughafen Dresden ausgeschildert. Bitte der Beschilderung folgen und nachstehende Hinweise zur Nutzung der ausgeschilderten Parkplätze beachten:

*Bei Anreise mit PKW können die **Parkplätze** am Flughafen zum Teil ermäßigt genutzt werden. Dafür bitte die **Parkplätze 2, 3 und 4** nutzen. Die Tagesgebühr für das Parken beträgt dort jeweils 8 € für TagungsteilnehmerInnen. Nicht auf Parkplatz 1 (Parkhaus) fahren!!*

*Bei Einfahrt auf die Parkplätze 2, 3 und 4 bitte ein Ticket ziehen und dieses dann an der Gardarobe gegen einen Ausfahrtsschein eintauschen.*



# Übersicht über die Parteitagsmaterialien

## I. Regularien

R.1 Vorläufige Tagesordnung des 3. Landesparteitages	S. 5
R.2 Vorschlag für den Zeitplan zum 3. Landesparteitag	S. 6 - 7
R.3 Geschäftsordnung des 3. Landesparteitages	S. 8 - 11
R.4 Vorschläge für die Arbeitsgremien zum 3. Landesparteitag	S. 12 - 13

## II. Anträge an den 3. Landesparteitag

### A. Sachanträge zum Hauptthema des Parteitages

A.1 Entwurf Landeswahlprogramm 2009	S. 14 - 48
Änderungsanträge zu A.1	
A.1.1 Beauftragtenrat, Koordinierungsrat u.a.	S. 49 - 50
A.1.2 Beauftragtenrat, Koordinierungsrat u.a.	S. 51 - 55
A.1.3. Beauftragtenrat, Koordinierungsrat u.a.	S. 56 - 64
A.1.4. Beauftragtenrat, Koordinierungsrat u.a.	S. 65 - 67
A.1.5. Beauftragtenrat, Koordinierungsrat u.a.	S. 68
A.1.6. Beauftragtenrat, Koordinierungsrat u.a.	S. 69 - 71
A.1.7. Andrea Roth und AG Ökologie der Linksfraktion	S. 72
A.1.8. Klaus Bartl	S. 73
A.1.9. Margot Gaitzsch, Dieter Gaitzsch & Jens Gaitzsch	S. 74
A.1.10 Jens Gaitzsch	S. 75
A.1.11 Jens Gaitzsch	S. 76
A.1.12. Klaus Tischendorf	S. 77
A.1.13. Kathrin Kagelmann & Verena Meiwald	S. 78
A.1.14. Klaus Bartl & Torsten Steckel	S. 79
A.1.15. Beauftragtenrat, Koordinierungsrat u.a.	S. 80 - 85

## III. Nachwahlen für Organe des Landesverbandes

Weibliches Mitglied im Landesvorstand aus den Reihen der vormaligen WASG  
(bislang eine Bewerbung: Jayne-Ann Igel)

## I. Regularien des 3. Landesparteitages

### R.1 Vorläufige Tagesordnung des 3. Landesparteitages DIE LINKE. Sachsen

Beschluss des Landesvorstandes DIE LINKE. Sachsen vom 16. Januar 2009 und vom Landesrat vom 17. Januar 2009

---

1. Konstituierung des 3. Landesparteitages DIE LINKE. Sachsen
2. Beratung und Beschlussfassung über das Wahlprogramm zur Landtagswahl 2009
3. Nachwahl für Organe des Landesverbandes
4. Beratung von weiteren Anträgen

#### Entscheidung des Parteitages

Angenommen:                      •                      Abgelehnt:                      •

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

## **R.2 Vorschlag für den Zeitplan zum 3. Landesparteitag DIE LINKE. Sachsen**

Beschluss des Landesvorstandes DIE LINKE. Sachsen vom 21. März 2009

---

### **Sonnabend, 25. April 2009**

- 10:00 bis 10:10 Uhr** Eröffnung des Landesparteitages
- 10:10 bis 10:45 Uhr** Konstituierung des Landesparteitages  
Abstimmung über das Tagungspräsidiums  
Abstimmung über die Antrags- und Redaktionskommission  
Abstimmung über die Wahlkommission und der Vorsitzenden der Wahlkommission  
Abstimmung über die Mandatsprüfungskommission  
Beschluss über die Tagesordnung  
Beschluss über den Zeitplan
- 10:45 bis 11:15 Uhr** Rede der Landesvorsitzenden der Partei DIE LINKE. Sachsen, MdL Dr. Cornelia Ernst zum Thema: "Die LINKEN in Sachsen am Beginn des Wahljahres 2009"
- 11:15 bis 11:45 Uhr** Redebeitrag des Spitzenkandidaten der Partei DIE LINKE . Sachsen zu den Landtagswahlen 2009, MdL Dr. André Hahn, Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion im Sächsischen Landtag
- 11:45 bis 12:00 Uhr** Redebeitrag von MdL Caren Lay, Parlamentarische Geschäftsführerin, zur Arbeit der Linksfraktion in der zu Ende gehenden Legislaturperiode des 4. Sächsischen Landtages
- 12:00 bis 12:20 Uhr** Einbringung und Vorstellung des Landeswahlprogrammes 2009 der LINKEN Sachsen durch die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Landeswahlprogramm 2009“ Annekatriin Klepsch (Landesvorstand und Stefan Hartmann (Grundsatzkommission)
- 12:20 bis 16:30 Uhr** Diskussion zu den Redebeiträgen der Landesvorsitzenden, des Spitzenkandidaten zu den Landtagswahlen, zur Arbeit der Linksfraktion im Sächsischen Landtag und zum Landeswahlprogramm sowie Einzelabstimmung zu den vorliegenden Änderungsanträgen und Beschlussfassung des Landeswahlprogramms 2009
- dazwischen von 13:00 bis 13:45 Uhr** **Mittagspause**
- 16:30 bis 17:00 Uhr** Berichte an den Landesparteitag (§ 13 Absatz 4 der Landessatzung)  
Landesschiedskommission  
Landesrates  
Finanzbeirates
- 17:00 bis 17:30 Uhr** Nachwahl von Organen des Landesverbandes

**17:30 bis 18:30 Uhr**

Beschlussfassungen von weiteren Anträgen an den 3.  
Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Sachsen

**18:30 bis 18:45 Uhr**

Schlussworte von MdB Katja Kipping (Nominierte Spitzenkandidatin  
zur Bundestagswahl der LINKEN. Sachsen)

**Entscheidung des Parteitages**

**Angenommen:**

•

**Abgelehnt:**

•

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

## R.3 Geschäftsordnung des 3. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen

Beschluss des 1. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen am 14. und 15.7.2007

---

### I. Allgemeines

- (1) Der Landesparteitag ist **beschlussfähig**, wenn mehr als die Hälfte der gewählten Delegierten mit beschließender Stimme laut Anwesenheitsliste anwesend oder durch Ersatzdelegierte vertreten ist.
- (2) Alle Delegierten und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit beratender Stimme haben **Antrags- und Rederecht**. Das **aktive Stimmrecht** bei Wahlen und Abstimmungen haben nur Delegierte mit beschließender Stimme. Mitglieder von Arbeitskreisen und Kommissionen des Landesparteitages haben Rederecht. Gästen des Landesparteitages kann auf Empfehlung des Tagungspräsidiums bei Zustimmung des Plenums das Wort durch die Tagungsleitung erteilt werden. Entsprechende Anträge sind an das Tagungspräsidium zu richten.
- (3) **Beschlüsse** des Landesparteitages werden grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, sofern die Satzung oder diese Geschäftsordnung nicht anderes vorschreiben. Stimmenenthaltungen bleiben dabei unberücksichtigt. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. Abstimmungen erfolgen durch Erheben der Stimmkarten. Das Tagungspräsidium setzt zur Auszählung der Stimmen Zählerinnen und Zähler ein.

### II. Leitung/Arbeitsgremien/Aufgaben und Befugnisse

- (4) **Geschäftsordnung, Tagesordnung und Zeitplan** werden zu Beginn der Tagung des Landesparteitages beschlossen. Sie können auf Antrag des Tagungspräsidiums, des Landesvorstandes oder von 20 Delegierten mit beschließender Stimme nach einer zeitlich begrenzten Aussprache im Verlauf der Tagungen des Landesparteitages mit Mehrheit geändert werden. Für die Änderung der Geschäftsordnung ist eine satzungsändernde Mehrheit erforderlich.
- (5) Der Landesparteitag wird von einem **Tagungspräsidium** geleitet. Das Tagungspräsidium wird in offener Abstimmung gewählt. Für die Zusammensetzung des Tagungspräsidiums unterbreitet der Landesvorstand einen Personalvorschlag. Werden gegen einzelne Kandidatinnen oder Kandidaten Einwände vorgebracht, so wird über deren Verbleiben auf der Liste der Kandidatinnen und Kandidaten in offener Abstimmung entschieden. Ebenso können zusätzliche Kandidatinnen oder Kandidaten nominiert werden. Über die so zustande gekommene Liste wird offen und im Block abgestimmt.
- (6) Der Landesparteitag wählt neben dem Tagungspräsidium **weitere Arbeitsgremien**:
  - die Mandatsprüfungskommission,
  - die Wahlkommission,

- die Antrags- und Redaktionskommission.

Der Landesparteitag kann weitere Arbeitskreise und Kommissionen in offener oder geheimer Abstimmung wählen.

- (7) Die **Arbeitsgremien** werden in offener Abstimmung im Block gewählt. Dazu unterbreitet das Tagungspräsidium Vorschläge, die vom Landesvorstand in Abstimmung mit den Stadt- und Kreisvorständen und den AG/IG/Plattformen vorbereitet werden. Auf Antrag können Kandidatinnen und Kandidaten mit Mehrheit von der Vorschlagsliste abgewählt werden. Offene Plätze werden in offener Einzelwahl auf Vorschlag der Tagungsleitung besetzt. Zu Mitgliedern der Arbeitsgremien bzw. von Arbeitskreisen und Kommissionen des Landesparteitages können Delegierte, Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit beratender Stimme und andere Parteimitglieder gewählt werden.

### III. Regeln in der Debatte

- (8) Das Tagungspräsidium leitet den Landesparteitag. Es bestimmt aus seiner Mitte die jeweilige **Tagungsleitung**. Die Tagungsleitung ruft die Tagesordnungspunkte und die dazugehörigen Beschlussvorlagen auf, leitet die Beschlussfassung, erteilt das Wort, kann Rednerinnen und Redner zur Sache rufen und ihnen das Wort entziehen, wenn sie die Redezeit überschreiten oder vom aufgerufenen Thema abweichen. Die Tagungsleitung hat das Recht, im Zweifelsfall die Geschäftsordnung auszulegen und die Verhandlungen zu unterbrechen, um das Tagungspräsidium einzuberufen. Über die Redezeiten beschließt der Landesparteitag am Beginn jedes Tagesordnungspunktes auf Vorschlag des Tagungspräsidiums.
- (9) **Wortmeldungen** sind schriftlich beim Tagungspräsidium einzureichen. Die Fristen für die Abgabe von Wortmeldungen und die Modalitäten ihrer Entgegennahme werden vom Tagungspräsidium vorgeschlagen. Das Tagungspräsidium entscheidet unter folgenden Prämissen über die Reihenfolge der Rednerinnen und Redner:
- Geschlechterquotierung,
  - thematische Zuordnung,
  - territoriale Ausgewogenheit,

Die Zurücknahme von Wortmeldungen führt zur Streichung von der RednerInnenliste. Eine Zurücknahme von Wortmeldungen zugunsten anderer Rednerinnen oder Redner ist nicht möglich.

- (10) Zu **Redebeiträgen** in der Aussprache kann die Tagungsleitung bis maximal drei Nachfragen von Delegierten oder von Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit beratender Stimme zulassen. Die Nachfragen an die Rednerin/den Redner sind kurz zu formulieren (max. 1 Minute).
- (11) Delegierte und Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit beratender Stimme können nach Abschluss von Debatten und Abstimmungen **persönliche Erklärungen** zu vorhergehenden Redebeiträgen, insbesondere zur Richtigstellung falscher Darstellungen abgeben.

Delegierte mit beschließender Stimme können auch persönliche Erklärung zum Abstimmungsverhalten abgeben. Sie sind bei der Tagungsleitung anzumelden. Die Redezeit hierfür beträgt eine Minute.

#### **IV. Antragsarten/ Antragstellung/ Beschlussfassung**

- (12) **Anträge zur Geschäftsordnung** und Aufrufe zu deren Einhaltung werden außerhalb der Liste der Rednerinnen und Redner sofort behandelt. Vor der Abstimmung erhalten ist jeweils ein Für- und eine Gegenrede zuzulassen.
- (13) **Der Antrag auf Beendigung der Debatte** oder Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt kann jederzeit zur Abstimmung gestellt werden. Das Recht zur Antragstellung haben nur Delegierte oder Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit beratender Stimme, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben. Die Annahme bedarf der Zustimmung der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Vor Beschlussfassung ist die Liste der noch ausstehenden Rednerinnen und Redner zu verlesen.
- (14) Bei Beantragung des Eintritts in eine begrenzte Aussprache sind der Gegenstand und die vorgesehene Dauer der Aussprache vorzuschlagen.
- (15) Leitanträge und andere Anträge an den Landesparteitag von grundsätzlicher politischer Bedeutung werden durch Beschlussfassung von Landesvorstand und Landesparteirat auf die Tagesordnung gesetzt. Über ihre Behandlung entscheidet der Landesparteitag mit der Annahme der Tagesordnung.
- (16) Fristgemäß, d.h. bis 4 Wochen vor Beginn des Landesparteitages, eingereichte Anträge gelangen auf Vorschlag der Antragskommission oder auf Antrag eines Arbeitskreises bzw. einer Kommission des Landesparteitages oder durch die Unterstützung von mindestens 20 Delegierten mit beschließender Stimme zur Behandlung im Plenum.
- (17) Nach Antragsschluss können **Dringlichkeitsanträge** in die Tagung des Landesparteitages eingebracht werden, wenn mindestens 20 Delegierte mit beschließender Stimme unter Angabe ihrer Delegiertennummer oder der Landesvorstand oder der Landesrat einen solchen Antrag unterstützen. Die Dringlichkeit ist von dem/der Antragsteller/in zu begründen. Ein Dringlichkeitsantrag liegt dann vor, wenn nach Antragsschluss besondere politische Ereignisse oder grundsätzliche politische bzw. gesellschaftliche Veränderungen eingetreten sind, auf die der Landesparteitag durch entsprechende Beschlussfassungen bzw. Entscheidungen unbedingt reagieren muss. Unter Beachtung dieser Prämisse empfiehlt die Antragskommission dem Plenum die Behandlung oder die Nichtbefassung.
- (18) **Änderungsanträge** betreffen die Änderung eingereichter Anträge und sind schriftlich an die Antragskommission einzureichen. Umfangreiche Änderungsanträge sind dem Parteitag zur Beratung schriftlich zu unterbreiten. Über den Umgang mit den Änderungsanträgen befindet die Antragskommission. Sie bereitet Alternativen abstimmungsreif für das Plenum auf. Der/die Antragsteller/in kann die Übernahme von Änderungsanträgen erklären. Änderungsanträge, die von 20 Delegierten mit beschließender Stimme unterstützt werden, sind im Plenum zur Abstimmung zu

unterbreiten.

- (19) Die **Antrags- und Redaktionskommission** bereitet die Anträge und dazugehörige Änderungsanträge zu den einzelnen Themenkomplexen auf und unterbreitet daraus dem Landesparteitag Vorschläge für die Abstimmungsreihenfolge. Dabei sind zunächst die Änderungsanträge zu den am weitesten gehenden Anträgen abzustimmen, dann die am weitesten gehenden Anträge selbst und schließlich die einzelne Sachfragen berührende Anträge. Davon kann in begründeten Fällen abgewichen werden. Sich widersprechende Anträge sind alternativ abzustimmen, so dass der Landesparteitag eine eindeutige Beschlusslage schafft. Soweit Anträge schon gefasste Beschlüsse alternativ oder ändernd berühren, soll die Antragskommission darauf hinweisen. Kommen zwei sich ausschließende Beschlüsse zustande, gilt der zuletzt gefasste.
- (20) Die **Abstimmung** führt die Tagungsleitung durch, wobei zunächst "für" den, dann "gegen" den Antrag und abschließend die Stimmhaltung abzurufen sind. Im folgenden ist als erstes bekannt zugeben, ob das Abstimmungsverhalten für die Tagungsleitung eindeutig erkennbar war. Die Tagungsleitung hat auf den ersten Anruf eines Delegierten hin die Auszählung der Stimmen zu veranlassen, soweit dies nicht unangemessen erscheint. Im Zweifel ist das Plenum darüber zu befragen. Hiernach ist das Abstimmungsergebnis bekannt zugeben und zu protokollieren.
- (21) Die Antragskommission kann hinsichtlich einer möglichen weiteren Behandlung von Anträgen **Überweisungsempfehlungen** aussprechen. Ferner berichtet sie über den geplanten Umgang mit all jenen Anträgen, die nicht im Plenum zur Verhandlung gelangen.
- (22) Die **Beschlüsse** des Landesparteitages sind innerhalb von vier Wochen zu veröffentlichen.

(Beurkundung gemäß § 15 (10) der Landessatzung – Beschlossen auf dem 1. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Sachsen vom 14. und 15.7.2007 in Chemnitz)

<b>Entscheidung des Parteitages</b>	
<b>Angenommen:</b> •	<b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

## **R.4 Vorschläge für die Arbeitsgremien zum 3. Landesparteitag DIE LINKE. Sachsen**

Beschluss des Landesvorstandes DIE LINKE. Sachsen vom 21. März 2009 nach Rücksprache mit den Kreisvorsitzenden am 14. März 2009

---

### Vorschläge für das **Tagungspräsidium:**

- weiblich: Cornelia Ernst (SV Dresden)  
Silka Funke (KV Westsachsen)  
Jenny Gullnick (SV Leipzig)  
Claudia Jobst (Landesjugendtag)  
Marion Junge (KV Bautzen)  
Kathrin Kagelmann (KV Görlitz)  
Katja Kipping (SV Dresden)
- männlich: Rico Gebhardt (KV Erzgebirge)  
André Hahn (KV Sächsische Schweiz-Osterzgebirge)  
Sebastian Scheel (KV Zwickau)  
Holm Andreas Sieradzki (KV Görlitz)  
Enrico Stange (KV Westsachsen)  
Ralf Tittmann (KV Zwickau)  
Karl-Friedrich Zais (SV Chemnitz)

### Vorschläge für die **Antrags- und Redaktionskommission:**

- weiblich: Christin Löchner (Jugendtag)  
Heiderose Gläß (KV Görlitz)  
Stefanie Götze (SV Leipzig)  
Heike Haase (KV Nordwestsachsen)  
Cornelia Heyser (KV Bautzen)  
Uta Knebel (KV Meißen)  
Sylke Zehrfeld (KV Mittelsachsen)
- männlich: Thomas Kind (KV Nordwestsachsen)  
Jens Matthis (SV Dresden)  
Patrick Pritscha (SV Chemnitz)  
Sören Pellmann (SV Leipzig)  
Mirko Schultze (KV Görlitz)  
Ralf Vogel (KV Meißen)

### Vorschläge für die **Wahlkommission:**

- weiblich: Astrid Bruns (KV Görlitz)  
Ruth Fritzsche (KV Mittelsachsen)  
Margot Gaitzsch (SV Dresden)  
Ines Graichen (KV Westsachsen)  
Katharina Pfeffer (KV Vogtland)  
Gisela Schmidt (KV Erzgebirge)

männlich: Martin Bertram (SV Leipzig)  
Lutz Dressel (KV Zwickau)  
Günter Eckoldt (KV Sächsische Schweiz-Osterzgebirge)  
Peter Giersich (KV Vogtland)  
Michael-Alexander Lauter (SV Leipzig)  
Peter Roscher (SV Chemnitz)

Vorschläge für die **Mandatsprüfungskommission:**

weiblich: Angela Hähnel (KV Erzgebirge)  
Marina Salzwedel (KV Zwickau)

männlich: Harald Kühne (KV Meißen)  
Klaus Schmole (SV Dresden)

**Entscheidung des Parteitages**

**Angenommen:**                      •                      **Abgelehnt:**                      •

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

## II. Anträge an den 3. Landesparteitag

### A. Sachanträge zum Hauptthema des Parteitages

#### A.1 Entwurf Landeswahlprogramm 2009

##### **Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.**

Zukunftsprogramm für gute Arbeit, soziale Sicherheit, gerechte Bildung und gesunde Umwelt

EinreicherInnen: Landesvorstand DIE LINKE. Sachsen &  
Arbeitsgruppe Landeswahlprogramm 2009

---

Beschlussantrag:

Der Landesparteitag beschließt den nachfolgenden Text als Wahlprogramm für die Landtagswahl 2009.

---

### Inhaltsverzeichnis

<b>Präambel</b>	<b>S. 17</b>
<b>1. Gute Arbeit - besser wirtschaften</b>	<b>S. 19</b>
1.1. Die Sächsische Wirtschaft in der Krise	S. 19
1.2. Ein Schutzschirm für die Menschen	S. 19
1.3. Wirtschaft: sozial und ökologisch	S. 20
1.4. Umkehr in der Lohnpolitik	S. 20
1.5. Kleine und mittelständische Unternehmen stärken, Regionen unterstützen	S. 21
1.6. Sachsen – Land der Innovationen	S. 21
1.7. Beschäftigung öffentlich fördern	S. 22
1.8. Öffentliche Unternehmen stärken	S. 22
1.9. Fachkräftemangel entgegenwirken	S. 23
1.10. Arbeitsplätze schaffen, Zukunftsbranchen stärken	S. 23
1.11. Die Rechte von Beschäftigten, Erwerbslosen und Verbrauchern stärken	S. 24
1.12. Ausbildung und Beruf qualifizieren	S. 24

<b>2. Sozial gerecht und sicher leben</b>	<b>S. 26</b>
2.1. Selbstbestimmt und solidarisch	S. 26
2.2. Aktiv Armut bekämpfen	S. 26
2.3. Alternativen zu Hartz IV entwickeln	S. 26
2.4. Würdevolles Leben im Alter	S. 27
2.5. Kinder- und Jugendhilfe stärken	S. 28
2.6. Flächendeckende Gesundheitsvorsorge sicherstellen	S. 28
2.7. Gleichstellung ermöglichen	S. 29
2.8. Vielfalt statt Diskriminierung	S. 30
2.9. Familienfreundliches Sachsen	S. 30
2.10. Soziale Daseinsvorsorge sicherstellen	S. 31
<b>3. Bildung und Kultur für alle und überall</b>	<b>S. 32</b>
3.1. In Bildung, Wissenschaft, Kultur investieren	S. 32
3.2. Bildung ist keine Ware, sondern Persönlichkeitsentwicklung	S. 32
3.3. Teilhabe an Bildung von Anfang an	S. 32
3.4. Längeres gemeinsames Lernen	S. 32
3.5. Schulische Bildung verbessern	S. 33
3.6. Wohnortnahe Gemeinschaftsschulen einrichten	S. 33
3.7. Kommunale Schulen mit pädagogischer Vielfalt	S. 33
3.8. Sorbische Schulen	S. 34
3.9. Kostenfreiheit für Schüler- und Schülerinnenbeförderung und Lernmittel	S. 34
3.10. Außerschulische Jugendbildung stärken	S. 34
3.11. Berufliche Bildung für alle und vor Ort	S. 34
3.12. Lebenslanges Lernen unterstützen	S. 35
3.13. Gebührenfreies Studieren bis zum Master	S. 35
3.14. Autonomie und Demokratie der Hochschulen stärken	S. 35
3.15. Sichere Arbeitsverhältnisse für wissenschaftlichen Nachwuchs	S. 36
3.16. Sportförderprogramm entwickeln: Breiten- und Leistungssport unterstützen	S. 36
3.17. Sachsen als Kulturstaat	S. 37
3.18. Kulturelle Vielfalt erhalten	S. 37
3.19. Kulturelle Teilhabe ermöglichen	S. 37
3.20. Öffentliche Kultureinrichtungen stärken	S. 38

3.21. Für sichere Arbeitsverhältnisse in Kultur und Medien	S. 38
3.22. Kulturraumgesetz demokratisieren	S. 38
3.23. Freie Kultur- und Kunstszene unterstützen	S. 38
3.24. Kulturell-künstlerischen Nachwuchs fördern	S. 39
3.25. Sorbische Kultur fördern	S. 39
<b>4. Sicher leben – Freiheit schützen</b>	<b>S. 40</b>
4.1. Sicherheit und Schutz der Bürgerinnen- und Bürgerrechte	S. 40
4.2. Rechtsstaat erhalten	S. 40
4.3. Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung ermöglichen	S. 41
4.4. Kommunalpolitik stärken	S. 42
4.5. Kommunalabgaben begrenzen	S. 42
4.6. Mitwirkung erleichtern	S. 42
4.7. Geschlechtergleichstellung – Aufgabe für alle öffentlichen Ebenen und Bereiche	S. 43
4.8. Weltoffenes und kulturvolles Sachsen	S. 43
4.9. Die extreme Rechte: eine Gefahr für die Demokratie	S. 44
<b>5. Umwelt schützen und Energiewende einleiten</b>	<b>S. 45</b>
5.1. Sozial-ökologischer Umbau als Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft	S. 45
5.2. Verantwortungsbewusste Verkehrs- und Wirtschaftspolitik ist nachhaltig	S. 45
5.3. Erneuerbare Energien ausbauen, Landschaft erhalten	S. 45
5.4. Ökologisch erzeugen und regional vermarkten	S. 46
5.5. Natur-, Tier- und Artenschutz ernst nehmen	S. 47
<b>Schluss</b>	<b>S. 47</b>

## 1 Präambel

2

3 Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

4 zwei Jahrzehnte nach dem Herbst 1989 ist das Versprechen von den „blühenden

5 Landschaften“, das damals den Menschen in Sachsen gegeben wurde, fernab der heutigen

6 Realität. Sachsen war seit Jahrhunderten eine Region, in der die Wirtschaft gedieh und bildete

7 auch in der DDR das wirtschaftliche Zentrum des Landes. Die hohe Qualifikation der

8 Einwohnerinnen und Einwohner war die Grundlage dafür, dass die sächsische Ökonomie, aber

9 auch Wissenschaft, Handel und Kultur eine Spitzenstellung einnahmen. Sachsen als

10 Einwanderungsland bot Menschen ganz verschiedener Herkunft, Weltanschauungen oder

11 Lebensweisen einen Platz. Kulturelle Offenheit und Innovationsfähigkeit waren über

12 Jahrhunderte ein Markenzeichen Sachsens und Grundlage seines wirtschaftlichen Erfolgs.

13 Nirgendwo sonst waren also die Bedingungen für die Einhaltung des Versprechens von den

14 „blühenden Landschaften“ so gut wie in Sachsen.

15 Der Zusammenbruch des wirtschaftsliberalen Finanzsystems und der unvorstellbare Verlust

16 von Volksvermögen in dreistelliger Milliardenhöhe haben den Vorwurf ad absurdum geführt,

17 dass die LINKE den Wohlstand in Deutschland bedroht. Vielmehr ist es umgekehrt: Weil die

18 bürgerliche Regierung ihrer Aufsichtspflicht nicht nachgekommen ist, muss jetzt die Masse der

19 kleinen Leute, für die grandios verfehlte Finanzpolitik die Zeche zahlen.

20 Mit diesem Wahlprogramm legen wir, DIE LINKE in Sachsen, Ideen, Vorschläge und Konzepte

21 für Sachsen vor, mit denen wir unser Land zum Besseren gestalten wollen. Wir wollen

22 ermöglichen, dass jede Einwohnerin und jeder Einwohner dieses Landes ein Leben in

23 Menschenwürde führen kann. Denn die Leistungen der Menschen in Sachsen sind in den

24 letzten Jahren, bei allen sozialen Verwerfungen, die Grundlage dafür, dass Sachsen auch Erfolge

25 zu verzeichnen hat. Ihrem Fleiß, ihren Initiativen, ihrer Bereitschaft zur Veränderung ist es zu

26 verdanken, dass Sachsen lange Zeit als erfolgreichstes neues Bundesland galt. Die meisten

27 Menschen leben gern in Sachsen. Damit das so bleibt und der begonnene Abstiegsprozess

28 gestoppt und umgekehrt wird, braucht Sachsen einen Aufbruch aus der politischen Erstarrung.

29 Mit dem Verlust der sächsischen Landesbank und den damit verbundenen Belastungen in

30 Milliardenhöhe für unseren Landeshaushalt hat die CDU ihren Ruf als Partei guter Finanzpolitik

31 verloren. Anstatt einer soliden, auf die regionalen Aufgaben orientierten Arbeit wollte man auf

32 den großen Märkten mitspielen und verlor dabei besonders gründlich. Die CDU hat das

33 Vertrauen missbraucht, das ihnen von vielen Sachsen entgegengebracht wurde.

34 Auch in der Wirtschaftspolitik wird deutlich, dass die Rezepte der CDU nicht heilsam sind. Die

35 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Sachsen verdienen nicht nur deutlich weniger als die

36 in den alten Bundesländern. Ihr Verdienst ist sogar noch geringer als im Schnitt der neuen

37 Bundesländer. Die CDU behauptet, dass dies ein Vorteil für Sachsen wäre.

38 Die Schere zwischen Sachsen und den alten Bundesländern öffnet sich weiter, das

39 Inlandsprodukt Sachsens wuchs 2008 langsamer als das aller anderen Bundesländer. Nach

40 zwanzig Jahren CDU - Politik muss festgestellt werden: es wurde nicht erreicht, was

41 versprochen wurde.

42

43 Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

44 viele, insbesondere junge Frauen und Männer, sehen schon seit langem nicht mehr ein, warum

45 sie die Ergebnisse der Politik ausbaden sollen. Sie verlassen Sachsen und suchen ihr Glück

46 anderswo. Seit 1990 sind dies über 700 000 Menschen. So verliert unser Land kompetente

47 und fleißige Menschen. Die meisten Städte und Gemeinden in Sachsen schrumpfen auf

48 dramatische Weise. Wenn diese Entwicklung nicht gestoppt wird, verliert Sachsen dauerhaft

49 die Voraussetzungen für eine sich selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung.

50  
51 DIE LINKE. Sachsen steht für einen Richtungswechsel in der sächsischen Politik hin zur  
52 sozialen Sicherheit, zu innovativem und nachhaltigem Wirtschaften. Wir wollen zukunftsfähige  
53 Bildung und Möglichkeiten der kulturellen Teilhabe, die niemanden von vornherein ausgrenzen.  
54 Dies wollen wir gemeinsam mit den Menschen erreichen. Nur ein Land, in dem man gut  
55 arbeiten, gut lernen und gut leben kann, ist auf Dauer attraktiv.  
56 Soziale Sicherheit ist zu allen Zeiten, die Grundlage für Kreativität und ein selbstbestimmtes  
57 Leben. Es ist nur menschlich, dass die mit Abstand meisten Menschen ein Leben in sozialer  
58 Sicherheit anstreben, was für uns als LINKE nur in Verbindung mit sozialer Gerechtigkeit  
59 funktionieren kann und einhergeht. Denn aller Reichtum entsteht nicht, weil die wenigen, die  
60 über ihn verfügen, so viel getan hätten.  
61 Er ist vielmehr das Ergebnis der Tätigkeit der vielen, die nur wenig davon haben. Soziale  
62 Gerechtigkeit ist eine Frage der Einflussmöglichkeiten auf Entscheidungen und der Verteilung  
63 des Reichtums. Davon hängt auch die soziale Sicherheit in der Gesellschaft ab. Dafür wollen  
64 wir regieren.  
65  
66 Die CDU hatte in Sachsen vier Wahlperioden Zeit, ihre Versprechungen einzulösen. Sie ist  
67 gescheitert. Dies muss auch der SPD ins Stammbuch geschrieben werden, die seit 2004  
68 Mitverantwortung in der Regierung trägt.  
69 Seit der politischen Wende hat sich unsere Partei DIE LINKE zur stärksten Oppositionspartei in  
70 Sachsen entwickelt, die wie keine andere Partei für soziale Gerechtigkeit steht. Auf allen  
71 Ebenen – in Europa, im Bund, im Land und in den Kommunen - beschränken wir uns nicht auf  
72 Widerstand und Protest, sondern bieten realisierbare politische Alternativen an. Wir haben die  
73 Kraft für einen nachhaltigen Politikwechsel, für die Durchsetzung einer neuen sozialen Idee, für  
74 ein innovatives und weltoffenes Sachsen.  
75 DIE LINKE. Sachsen hat ihre Arbeit in den letzten Monaten auf Kernprojekte für einen  
76 Politikwechsel konzentriert, die wir Ihnen im Folgenden vorstellen wollen.  
77

## 77 **1. Gute Arbeit - besser wirtschaften**

### 78 1.1. Die Sächsische Wirtschaft in der Krise

79 Sachsen gehörte früher zu den wirtschaftlich prosperierenden Regionen in Deutschland. Noch  
80 immer ist unsere Wirtschaftskraft stärker als die anderer ostdeutscher Länder. Allerdings ist  
81 die sächsische Wirtschaft durch die Deindustrialisierung Anfang der 90iger Jahre und die  
82 falsche Strategie, auf niedrige Löhne zu setzen, geschwächt. Wenige Großunternehmen,  
83 verlängerte Werkbänke, eine zu geringe Zahl von Unternehmen, ein kapitalschwacher  
84 Mittelstand und eine mangelnde Binnenkaufkraft sind die zentralen Probleme. Sachsen ist weit  
85 von einer sich selbst tragenden Wirtschaftsentwicklung entfernt. Der Abstand zu den  
86 westdeutschen Ländern ist nach wie vor groß. Die Hoffnungen der letzten Jahre auf einen  
87 erneuten Wirtschaftsaufschwung werden durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zunichte  
88 gemacht. Hinzu kommt eine neoliberale Politik, die mit der Agenda 2010 einen Höhepunkt  
89 gefunden hat. Sie hat mit ihrer Niedriglohnstrategie, zahlreichen und bewussten  
90 Deregulierungen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu einer Zunahme prekärer Beschäftigung  
91 und zur Stagnation der Realeinkommen der abhängig Beschäftigten geführt. Die kurzzeitige  
92 Entspannung auf dem sächsischen Arbeitsmarkt ist zu einem nicht unerheblichen Teil durch die  
93 Zunahme von Leiharbeit und geringfügiger Beschäftigung erkaufte worden. Hinzu kommt die  
94 Tatsache, dass viele von Arbeitslosigkeit Betroffene in Rente gegangen und damit aus der  
95 Statistik heraus gefallen sind. Inzwischen gibt es wieder einen deutlichen Anstieg der  
96 Arbeitslosenquote. Die Anmeldung von Kurzarbeit und die Ankündigung von  
97 Massenentlassungen sind die Vorboten einer schweren Wirtschaftskrise. Dies macht sich auf  
98 dem sächsischen Arbeitsmarkt bereits jetzt deutlich bemerkbar.

99 Wirtschaftskrisen sind im Kapitalismus systemimmanent. Dennoch gibt es politische  
100 Verantwortungsträger, die für die Schärfe der aktuellen Krise die Verantwortung tragen. Denn  
101 es war die Politik, die riskante Spekulationen auf den Finanzmärkten überhaupt erst ermöglicht  
102 hat, statt auf Investitionen in die „Realwirtschaft“ und eine starke Binnenkaufkraft zu setzen.  
103 Auch in Sachsen ist diese Strategie befürwortet und verfolgt worden.

104

### 105 1.2. Ein Schutzschirm für die Menschen

106

107 Die Arbeits-, Wirtschafts- und Finanzpolitik der LINKEN steht für einen grundlegend anderen  
108 Ansatz. Unser Ziel sind gute Arbeitsplätze zu menschenwürdigen Arbeitsbedingungen: mit einer  
109 existenzsichernden, fairen Entlohnung, welche die Leistungen der Menschen würdigt und die  
110 Binnenkaufkraft stärkt. Wir wollen mit der Förderung des Mittelstandes eine stabile  
111 Wirtschaftspolitik, die auch den strukturschwachen ländlichen Regionen zugute kommt und  
112 gleichwertige Lebensverhältnisse für alle schafft.

113 Wir werden alles daran setzen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise für die abhängig  
114 Beschäftigten und Erwerbslosen so gering wie möglich zu halten. Es kann nicht sein, dass jetzt  
115 diejenigen für die Krise bezahlen sollen, die nicht für sie verantwortlich sind. Um die sächsische  
116 Wirtschaft in der Krise zu stabilisieren und die Arbeitsplätze zu sichern braucht Sachsen eine  
117 Konjunkturpolitik für Arbeitsplätze. Dazu gehören auch kurzfristige Lösungen für momentan  
118 gefährdete Unternehmen. Der Staat darf sich in dieser schwierigen Situation nicht aus der  
119 Verantwortung ziehen. Gleichzeitig müssen die Fehler der Vergangenheit vermieden werden.  
120 Durch Teilverstaatlichung, Beteiligungen der öffentlichen Hand oder die Unterstützung von  
121 Mitarbeiterbeteiligungen am Unternehmenskapital kann die Politik wieder Einfluss auf  
122 Unternehmen gewinnen und dafür sorgen, dass ihre Wirtschaftstätigkeit dem Allgemeinwohl zu  
123 Gute kommt.

124

### 125 1.3. Wirtschaft: sozial und ökologisch

126

127 DIE LINKE. Sachsen weiß auch, industrielle Wertschöpfung ist für den Wohlstand der  
128 Gesellschaft und den sozialen Fortschritt unverzichtbar. Weil wir Gute Arbeit und Gutes Leben  
129 für die Menschen im Freistaat auf der Grundlage gerechter Verteilungsverhältnisse wollen,  
130 kümmern wir uns ebenso entschieden um die Bedingungen der Entstehung der Güter und  
131 Leistungen.

132 Bei der Unterstützung von Unternehmen mit öffentlichen Mitteln zum Zweck der Konsolidierung  
133 und der Wachstumsfinanzierung soll die öffentliche Beteiligung des Freistaats Vorrang haben.  
134 Dafür wollen wir den „Sächsischen Beteiligungsfonds Nachhaltige Wirtschaft“ einrichten, in  
135 ihm sollen auch alle bereits direkt oder indirekt bestehenden Beteiligungen des Freistaates  
136 zusammengeführt werden.

137 Mit einem sozial-ökologischen Konjunkturprogramm für Sachsen wollen wir Arbeitsplätze  
138 erhalten, die Wirtschaft stabilisieren, modernisieren und auf Zukunftsfähigkeit ausrichten. Ein  
139 Schwerpunkt sollte daher auf innovativen und ökologisch nachhaltigen Technologien liegen.  
140 Sachsen hat die besten Voraussetzungen, durch seine lange Ingenieurstradition, gute  
141 technische Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie seine Erfahrungen in der  
142 Energieerzeugung zu dem Land ökologischer Innovation zu werden.

143 Bereits jetzt gibt es tausende Arbeitsplätze im Bereich erneuerbarer Energien. Viele neue  
144 Arbeitsplätze können hier entstehen, wenn in Solar- und Windenergie sowie in Geothermie,  
145 Methoden der Energieeinsparung oder der Entwicklung einer innovativen Produktpalette  
146 investiert wird. Auch die energetische Sanierung von Gebäuden nützt der Umwelt, schafft  
147 Arbeitsplätze und schont den Geldbeutel. DIE LINKE setzt auf nachhaltiges Wirtschaften und  
148 ökologische Innovation. In Sachsen befindet sich das einzige europäische Cluster der  
149 Mikroelektronik. Das wollen wir erhalten und ausbauen – wenn nötig auch mit gezielter  
150 staatlicher Unterstützung und Intervention.

151 Ein weiterer Baustein unseres Konjunkturprogramms ist die Investition in Bildung und soziale  
152 Infrastruktur. Mit Investitionen in Kitas und Schulen wollen wir den Investitionsstau in diesem  
153 Bereich reduzieren und eine hohe Investitionsquote halten. Wir wollen die Investitionstätigkeit  
154 der Kommunen stärken und dafür sorgen, dass auch finanzschwache Kommunen profitieren  
155 können.

156

### 157 1.4. Umkehr in der Lohnpolitik

158

159 Die geringe Binnenkaufkraft ist eine weitere Strukturschwäche der sächsischen Wirtschaft, da  
160 sie zu wenig Nachfrage und damit zu Instabilität sächsischer Unternehmen v.a. im  
161 Dienstleistungsbereich führt. Deswegen will DIE LINKE die Kaufkraft stärken. Aber auch aus  
162 anderen Gründen wollen wir eine Umkehr in der Lohnpolitik befördern. Viele Menschen in  
163 Sachsen arbeiten zu Niedrig- oder Armutslöhnen. Viele Menschen können von den Einkünften  
164 aus ihrer Arbeit nicht mehr leben. In kaum einem anderen Land gibt es mehr „Aufstocker“ als in  
165 Sachsen – also Menschen, die zusätzlich zu ihrer Arbeit zum Überleben noch Hartz IV beziehen  
166 müssen. Auch die viel zu geringe Tarifbindung sächsischer Unternehmen trägt zu dem geringen  
167 Lohnniveau in Sachsen bei. Deswegen streitet DIE LINKE im Bund für die Einführung eines  
168 gesetzlichen Mindestlohnes. Doch auch Sachsen hat die Möglichkeit, eine Umkehr in der  
169 Lohnpolitik zu befördern. Wir wollen zunächst alle rechtlichen Spielräume ausnutzen, damit  
170 öffentliche Aufträge nur noch an Firmen vergeben werden, die Mindestlöhne zahlen. Darüber  
171 hinaus wollen wir eine Tariftreueerklärung im Vergaberecht. Mit öffentlichen Geldern darf kein  
172 Lohndumping finanziert werden! Auch andere soziale Kriterien und das Verbot, Produkte aus  
173 Kinderarbeit zu beschaffen, müssen im Vergaberecht gesichert werden. Eine leistungsgerechte

174 Bezahlung von Angestellten im öffentlichen Dienst und eine Initiative zur Lohnangleichung von  
175 Frauen und Männern sind weitere Schritte, um für faire Löhne zu sorgen. Die Angleichung der  
176 ostdeutschen Löhne an westdeutsches Niveau ist und bleibt eine wichtige Aufgabe. DIE LINKE  
177 wird sich gemeinsam mit den Gewerkschaften für Flächentarifverträge einsetzen.

178

179 1.5. Kleine und mittelständische Unternehmen stärken, Regionen unterstützen

180

181 Kleine und mittelständische Unternehmen sowie das Handwerk und der Tourismus sorgen für  
182 die Wirtschaftskraft der Regionen und sie stellen die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze  
183 zur Verfügung. Deshalb will DIE LINKE kleine und mittelständische Unternehmen und deren  
184 Vernetzung untereinander stärken. Auf den Mittelstand zu setzen ist ein weiteres Instrument,  
185 um die Wirtschaftskrise zu überstehen. Kleine und mittelständische Unternehmen, die in der  
186 Region investieren, statt auf Finanzmärkten zu spekulieren, haben sich als krisenfester  
187 erwiesen.

188 Eine gute Auftragslage und eine stabile Kreditversorgung sind nicht nur, aber gerade in der  
189 Krise Voraussetzung für die Stabilisierung von Handwerk und Mittelstand. Da es in Sachsen nur  
190 wenige Großunternehmen gibt, ist es umso wichtiger, dass die öffentliche Hand dafür sorgt,  
191 dass Aufträge an kleine und mittlere Unternehmen aus der Region fließen. Deshalb fordert DIE  
192 LINKE schon seit vielen Jahren eine stetige kommunale Investitionspauschale, welche die  
193 Kommunen in die Lage versetzt, vor Ort zu investieren. Wo es erforderlich ist, müssen vor allem  
194 finanzschwache Kommunen vom Eigenanteil bei Kofinanzierungen für Investitionen befreit  
195 werden. Gegebenenfalls müssen rechtliche Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Würden  
196 die Aufträge stärker als bisher in der Region vergeben, könnten sie regionale  
197 Wirtschaftskreisläufe stärken.

198 Eine bessere Kreditversorgung wollen wir durch kommunale Sparkassen und  
199 Genossenschaftsbanken erreichen. Unsere Mittelstandspolitik ist eng mit der Stärkung von  
200 regionalen Wirtschaftskreisläufen statt einer einseitigen Orientierung auf Leuchtturmpolitik  
201 verbunden. Regionalentwicklung und Wirtschaftspolitik müssen aufeinander abgestimmt  
202 werden. DIE LINKE will daher Regionalbudgets einführen. Ein Teil der Fördergelder von EU und  
203 Bund, die in Sachsen zur Verfügung stehen, sollen pauschal in die Regionen gehen, damit mit  
204 der Sachkompetenz der Bürgerinnen und Bürger vor Ort entschieden wird, wofür sie eingesetzt  
205 werden. Damit wollen wir sicherstellen, dass auch ländliche Räume von öffentlichen Geldern  
206 profitieren und die Bevorzugung der Großstädte in der Wirtschaftsförderung unterbunden wird.  
207 Mit einer integrierten Politik für ländliche Räume sollen die Potentiale der Region gebündelt und  
208 besser genutzt werden.

209 Die ökonomischen Kontakte zu den Nachbarländern Polen und Tschechien müssen stärker  
210 gepflegt und der Aufbau grenzüberschreitender Wirtschaftsregionen forciert werden.

211

212 1.6 Sachsen – Land der Innovationen

213

214 Im Rahmen einer modernen Innovationspolitik wollen wir die Förderpolitik umgestalten. Kleine  
215 und mittelständische Unternehmen in Sachsen verfügen anders als Großunternehmen über  
216 keine eigenen Forschungsabteilungen. Technologietransfer zu Gunsten klein- und  
217 mittelständischer Unternehmen findet viel zu wenig statt. Mit Hilfe von Innovationsgutscheinen  
218 wollen wir dafür sorgen, dass kleine und mittelständische Unternehmen in Sachsen stärker als  
219 bisher von Innovationen profitieren und sie anwenden können, um ihre Wettbewerbsfähigkeit  
220 zu erhöhen und gleichzeitig einen Beitrag zur Stärkung der sächsischen Forschungsstandorte  
221 leisten. Sachsens Unternehmen und insbesondere neue Unternehmen verfügen über zu wenig  
222 Kapital, um sich am Markt zu etablieren. Deshalb wollen wir jungen Unternehmen Risikokapital

223 zur Verfügung stellen. Wenn damit gleichzeitig eine öffentliche Beteiligung einhergeht, kann  
224 gesichert sein, dass ein Teil der Gewinne in die öffentlichen Haushalte zurückfließt und die  
225 Förderpolitik nicht länger ein reines Zuschussgeschäft darstellt. Revolvierende, sich selbst  
226 refinanzierende Fonds stellen ein weiteres Instrument dar, das kapitalschwache sächsische  
227 Unternehmen stärkt und die öffentlichen Haushalte gleichzeitig schont. DIE LINKE unterstützt  
228 Technologiezentren in ländlichen Regionen. Wir stehen für eine Neuausrichtung der  
229 Technologiepolitik auf ökologische Innovationen, die auf die Entwicklung und Vermarktung  
230 neuer Produkte und auf effiziente und ressourcenschonende Herstellung setzt.

### 231 232 1.7. Beschäftigung öffentlich fördern

233  
234 Um Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen, bedarf es allerdings mehr als einer besseren  
235 Wirtschaftspolitik. Sachsen braucht endlich eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die sich die  
236 systematische Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit zum Ziel setzt. Die Auflage eines  
237 Landesarbeitsmarktprogramms ist längst überfällig. Die Arbeitsmarktpolitik von Land, Agentur  
238 für Arbeit und den Kommunen muss endlich besser koordiniert werden und gemeinsame Ziele  
239 verfolgen. Öffentlich geförderte Beschäftigung und Schaffung neuer Arbeitsplätze im sozialen  
240 und kulturellen Bereich müssen dabei eine wesentliche Rolle spielen. Statt demütigender Ein-  
241 Euro-Jobs wollen wir sozialversicherungspflichtige Alternativen, das heißt reguläre und  
242 existenzsichernde Arbeitsplätze, befördern. Ein „Non-Profit-Sektor“ zwischen Markt und Staat -  
243 also Arbeiten im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich - bietet viele Potentiale für neue  
244 Arbeitsplätze. Ob z.B. in Schulküchen, der Sozialarbeit oder im Umweltschutz – es gibt viel  
245 Arbeit zu tun, die nicht oder nicht ausreichend finanziert wird. Mit einer Bündelung der Gelder  
246 aus verschiedenen Töpfen wollen wir mehrjährige, existenzsichernde Arbeitsplätze schaffen.  
247 Außerdem würde dies die umfangreiche Trägerlandschaft in Sachsen stabilisieren und den  
248 Wegfall der ABM-Förderung durch den Bund kompensieren.  
249 DIE LINKE tritt auf Bundesebene für eine Verlängerung der Bezugsdauer von ALG I ein. Wir  
250 wollen, dass Langzeiterwerbslose die gleichen Rechte beim Zugang zu arbeitsmarktpolitischen  
251 Maßnahmen haben. Wir unterstützen die Selbstorganisation und Selbsthilfe von Erwerbslosen.  
252 Prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind das Gegenteil von guter Arbeit. Wir wollen sie  
253 zugunsten regulärer Beschäftigung abschaffen und auch Leiharbeit daher begrenzen. Sie darf  
254 wirklich nur für einen kurzen Zeitraum zulässig sein. Es kann nicht sein, dass Leiharbeiterinnen  
255 und Leiharbeiter für die gleiche Arbeit weniger verdienen und weniger Rechte haben als die  
256 Beschäftigten aus der Stammebelegschaft. DIE LINKE fordert: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!  
257 Auch Mini-Jobs sind nicht das Beschäftigungswunder, das man sich mit ihrer Einführung  
258 versprochen hat. Denn sie führen zu keinerlei Ansprüchen auf Kranken- und  
259 Arbeitslosenversicherung sowie zu nur minimalen Rentenansprüchen, die zu Lasten der  
260 Betroffenen gehen und letztendlich durch die öffentliche Hand kompensiert werden müssen.  
261 Wir wollen Sozialversicherungspflicht ab der ersten Stunde. Statt der Ausbeutung von  
262 Praktikantinnen und Praktikanten wollen wir faire Praktika mit einem Mindestlohn von 300  
263 Euro im Monat. Praktika dürfen nur der Ausbildung dienen und nicht anstelle regulärer  
264 Beschäftigung treten.

### 265 266 1.8. Öffentliche Unternehmen stärken

267  
268 DIE LINKE will öffentliche Unternehmen stärken. Wir wenden uns strikt gegen die Privatisierung  
269 der öffentlichen Daseinsvorsorge. Möglichkeiten zur Re-Kommunalisierung von Aufgaben der  
270 Daseinsvorsorge, wie z.B. der Energieversorgung, müssen vom Land unterstützt werden. Dabei  
271 müssen sich diese strikt am Gemeinwohlinteresse orientieren. Wir wollen die Auflösung der

272 Sachsenfinanzgruppe, die jedoch nicht zu Lasten der Kommunen gehen darf. Die Stärkung  
273 kommunaler Sparkassen steht für uns im Mittelpunkt, denn sie haben mehrheitlich den  
274 Versuchungen riskanter Spekulationen auf den internationalen Finanzmärkten widerstanden  
275 und einen verantwortungsvollen Umgang mit den Ersparnissen ihrer Kunden bewiesen.  
276 Öffentliche Unternehmen, aber nicht nur sie, sind in der Pflicht, Wirtschaftsdemokratie zu  
277 befördern. Die öffentlichen Beteiligungen in Sachsen müssen transparent gemacht,  
278 demokratisch kontrolliert und gesteuert werden. Die Vorlage eines sächsischen  
279 Subventionsberichtes, Transparenz bei der Fördermittelvergabe, aber auch die Offenlegung und  
280 Begrenzung der Gehälter von Managern und Geschäftsführern der öffentlichen Unternehmen  
281 gehören dazu.

282

283 1.9. Fachkräftemangel entgegenwirken

284

285 Durch das Ausscheiden von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus dem  
286 Arbeitsmarkt droht zumindest für einige Branchen ein Fachkräftemangel. Durch eine  
287 verantwortungsvolle Politik kann dies aber auch bedeuten, dass Erwerbslose eine Chance auf  
288 einen Arbeitsplatz erhalten oder ein beruflicher Aufstieg ermöglicht wird. Eine gezielte  
289 Anpassungsqualifizierung, die sich auch an ältere Menschen richtet, die stärkere Förderung von  
290 Fort- und Weiterbildung sowie eine zukunftsorientierte Ausbildungspolitik sind die richtigen  
291 Instrumente. Fachkräftemangel bietet auch die Möglichkeit, dass Menschen aus anderen  
292 Regionen nach Sachsen ziehen. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass sich die Löhne dem  
293 Niveau der westdeutschen Länder angleichen. Auch das spricht für die Einführung eines  
294 gesetzlichen Mindestlohnes und eine Umkehr in der Lohnpolitik.

295 Nicht nur qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter könnten rar werden: In vielen Betrieben  
296 stehen die Unternehmer vor dem Eintritt ins Rentenalter. Das Land ist auch hier in der  
297 Verantwortung dafür, dass im Interesse von Arbeitsplätzen und Wirtschaftskraft diese  
298 Unternehmen nicht einfach geschlossen, sondern ein Nachfolger oder eine Nachfolgerin  
299 gefunden wird. Unternehmensnachfolge kann z.B. für Angestellte des jeweiligen Betriebes oder  
300 für Hochschulabsolventen eine ökonomische Perspektive eröffnen. DIE LINKE. Sachsen will  
301 Existenzgründerinnen und Existenzgründer sowie die Unternehmensnachfolge kleiner und  
302 mittelständischer Unternehmen (durch sächsische Hochschulabsolventinnen und –  
303 absolventen) gezielt unterstützen, zum Beispiel durch spezielle Förderprogramme und  
304 Weiterbildungsangebote.

305

306 1.10. Arbeitsplätze schaffen, Zukunftsbranchen stärken

307

308 Die sächsische Wirtschaft kann sich mit staatlicher Unterstützung viele neue Potentiale  
309 erschließen, weitere zukunftsfähige Branchen aufbauen und einen sinnvollen Strukturwandel  
310 befördern. Wir wollen einen qualitativ hochwertigen Dienstleistungssektor mit guten Löhnen  
311 statt einer Dienstbotengesellschaft. Öffentliche Dienstleistungen stehen bei uns ganz vorn – wir  
312 wollen mehr und besser qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher und  
313 mehr Personal an den Hochschulen. Im Kulturland Sachsen mit seinen international  
314 renommierten Museen, Festivals und Theatern, mit einer lebendigen Sozio – und  
315 Alternativkultur und vielen kreativen Köpfen haben wir gute Voraussetzungen dafür, die Kreativ-  
316 und Kulturwirtschaft zu einem weiteren Standbein sächsischer Wirtschaft auszubauen. Dafür  
317 sind Beratung für Existenzgründerinnen und Existenzgründer, eine stärkere Vernetzung mit dem  
318 öffentlich geförderten Kulturbereich und eine stabile Finanzierung der Kulturszene  
319 Voraussetzung.

320

321 Auch im Bereich der Gesundheitswirtschaft müssen neue Arbeitsplätze entstehen. Sachsen ist  
322 das Land mit dem höchsten Anteil älterer Menschen. Der Bedarf an hochqualifiziertem und gut  
323 bezahltem Pflegepersonal wird steigen.

324  
325 Breitbandinternetanschlüsse sind immer mehr eine Voraussetzung für die gesellschaftliche  
326 Teilhabe der Menschen sowie Standortfaktor für Unternehmen. DIE LINKE. Sachsen setzt sich  
327 daher für eine flächendeckende Internet-Verfügbarkeit als Bestandteil der öffentlichen  
328 Daseinsvorsorge ein. Dabei sieht sie vor allem die Unternehmen der  
329 Telekommunikationsbranche in der Pflicht, auch im ländlichen Raum leistungsfähige  
330 Anschlüsse bereitzustellen.

331  
332 1.11. Die Rechte von Beschäftigten, Erwerbslosen und Verbrauchern stärken  
333

334 DIE LINKE will gemeinsam mit Gewerkschaften und Erwerbsloseninitiativen die Rechte von  
335 Beschäftigten und Erwerbslosen ausbauen. Deshalb wollen wir endlich ein modernes  
336 Personalvertretungsgesetz für den öffentlichen Dienst durchsetzen. Weiteren Angriffen auf den  
337 Kündigungsschutz muss Sachsen im Bundesrat entschieden begegnen. Die Abschaffung der  
338 „Verfolgungsbetreuung“ von Langzeiterwerbslosen und anderer entwürdigender und  
339 sanktionierender Maßnahmen durch die ARGE n und Ämter sind die Ziele einer  
340 repressionsfreien Arbeitsmarktpolitik. Insbesondere die Rechte von erwerbslosen  
341 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sind in den letzten Jahren massiv beschnitten worden.  
342 Wir wollen eine Beteiligung von Erwerbslosenvertretungen in den ARGE-Beiräten und  
343 Optionskommunen und wir wollen ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften erstreiten.  
344 Die bevorstehenden Rechtsformänderungen der ARGE n dürfen nicht auf dem Rücken der  
345 Erwerbslosen ausgetragen werden. Vielmehr wollen wir sichern, dass sie auch weiterhin alle  
346 Leistungen für Wiedereingliederung und Grundsicherung aus einer Hand erhalten.  
347 Wir setzen uns für einen besseren Arbeits- und Datenschutz für Beschäftigte ein. Wir wollen die  
348 Kompetenzen im Verbraucherschutz in Sachsen endlich in einem Ministerium und in einem  
349 Landtagsausschuss bündeln. Das Verbraucherinformationsgesetz wollen wir dringend  
350 nachbessern.

351 Dabei ist eine stabile Finanzierung der Verbraucherzentralen eine weitere wichtige Aufgabe.

352  
353 1.12. Ausbildung und Beruf qualifizieren  
354

355 DIE LINKE. Sachsen will jedem jungen Menschen mit dem Recht auf einen Ausbildungsplatz  
356 einen guten Einstieg in das Berufsleben ermöglichen. Darüber hinaus spricht auch ein  
357 gerechter Ausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Unternehmen für die  
358 Einführung einer Ausbildungsplatzumlage. Neben der Quantität ist die Qualität der Ausbildung  
359 sicherzustellen. Das Ausbildungsangebot muss so ausgerichtet werden, dass sie dem  
360 zukünftigen Bedarf entspricht. Gute Ausbildungspolitik muss daher den Strukturwandel der  
361 Wirtschaft mit berücksichtigen. So kann die Zahl derjenigen erhöht werden, die nach der  
362 Ausbildung auch tatsächlich einen Arbeitsplatz in Sachsen finden. Der zukünftige Bedarf an  
363 Fachkräften in Sachsen ist daher durch ein Gremium von Fachleuten abzuschätzen und die  
364 Berufsausbildungsförderung ist daran zu orientieren. Dabei bleibt das Recht auf freie  
365 Berufswahl unangetastet. Wir stehen für ein abgestimmtes Agieren von regionaler Wirtschafts-  
366 und Ausbildungsplatzförderung. Auch der öffentliche Dienst muss seinen Beitrag zur  
367 Ausbildungsförderung leisten, anstatt das Angebot an Ausbildungsplätzen weiter zu reduzieren.  
368 Flexible Arbeitszeiten, familienfreundliche Freistellungsregelungen, leistungsgerechte Bezahlung  
369 und Einstellungskorridore im öffentlichen Dienst verjüngen das Personal und geben jungen

**370** Menschen eine berufliche Perspektive. DIE LINKE will Mädchen zu einer Berufswahl in  
**371** technischen Berufen sowie Jungen in sozialen und erzieherischen Berufen motivieren.  
**372** Für DIE LINKE sind gut ausgebildete und motivierte Beschäftigte mit der Bereitschaft zu  
**373** lebenslangem Lernen eine Voraussetzung für eine moderne öffentliche Verwaltung. Über die  
**374** Mitbestimmung der Personalräte muss gesichert werden, dass die Aus- und Fortbildung im  
**375** Rahmen einer gezielten Personalentwicklung qualitativ verbessert wird. Wir unterstützen eine  
**376** umfassende Dienstrechtsreform mit dem Ziel der Schaffung eines transparenten und  
**377** leistungsgerechten Dienst-, Besoldungs- und Versorgungsrechts.  
**378** Mit der Einführung von Instrumenten wie Lebensarbeitszeitkonten und Sabbatjahren im  
**379** öffentlichen Dienst wollen wir der individuellen Lebensplanung, der Vereinbarkeit von Beruf,  
**380** Familie und Weiterbildung stärker gerecht werden. Bildungstage für Arbeitnehmerinnen und  
**381** Arbeitnehmer wollen wir in Sachsen gesetzlich verankern.  
**382**

## 382 2. Sozial gerecht und sicher leben

### 383 2.1. Selbstbestimmt und solidarisch

384

385 Soziale Sicherheit ist für viele Menschen in weite Ferne gerückt. Massenarbeitslosigkeit und  
386 stagnierende Löhne haben zu einer Verschärfung sozialer Problemlagen geführt. Der Politik ist  
387 es nicht gelungen, die immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich zu schließen.  
388 Im Gegenteil: Die Hartz Gesetze und der mangelnde politische Wille, Armut und Ausgrenzung  
389 entschlossen zu bekämpfen, haben zur weiteren Verarmung von Erwerbslosen geführt. Mit der  
390 Wirtschaftskrise ist die soziale Sicherheit noch mehr in Gefahr. Viele Menschen müssen um  
391 ihre ökonomische Zukunft bangen oder den sozialen Abstieg fürchten. Von dieser  
392 Verunsicherung ist inzwischen auch die Mittelschicht betroffen. Der Kampf um soziale  
393 Gerechtigkeit ist daher notwendiger denn je. DIE LINKE ist DIE soziale Kraft in Sachsen. Die  
394 Verbesserung sozialer Lebenslagen und mehr Rechte für die Betroffenen sind für uns vor dem  
395 Hintergrund der zugespitzten Situation die wichtigste Aufgabe. Solidarität und  
396 Selbstbestimmung sind dabei die Grundsätze linker Sozialpolitik. Soziale Sicherheit ist  
397 Bedingung für ein selbstbestimmtes Leben. Deshalb streiten wir für ein Sachsen, in dem jeder  
398 Mensch frei von sozialen Ängsten leben kann und für einen solidarischen Ausgleich in der  
399 Gesellschaft. Neben der Bekämpfung von Armut geht es uns auch um die Stärkung sozialer  
400 Rechte. Wir wollen einen sozialen Rechtsstaat. Wir streiten für eine gleichberechtigte Teilhabe  
401 aller am gesellschaftlichen Leben. Jeder Mensch muss das Recht auf eine selbstbestimmte  
402 Lebensführung haben.

403

### 404 2.2. Aktiv Armut bekämpfen

405

406 Die Bekämpfung von Armut ist eine der größten Herausforderungen für Sachsen. Hartz IV,  
407 Massenarbeitslosigkeit, stagnierende Löhne und Mini-Jobs haben viele Menschen in Armut  
408 gebracht. Die Anzahl von alten Menschen, die in Armut leben müssen, wird in den kommenden  
409 Jahren dramatisch ansteigen. Dieser Entwicklung stellt sich DIE LINKE mit aller Kraft entgegen.  
410 Sachsen braucht endlich eine engagierte, aktive Politik gegen Armut! Sachsen ist eines der  
411 Länder mit der höchsten Kinderarmut in Deutschland. Das ist beschämend. Kein Kind soll in  
412 Armut leben. DIE LINKE wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Regelsätze für  
413 Kinder von Hartz IV-Bezieherinnen und Beziehern erhöht und neu berechnet werden. Das Ziel  
414 ist eine armutsfeste Kindergrundsicherung. Aber auch in Sachsen können wir einiges tun, um  
415 die Folgen von Kinderarmut zu bekämpfen: Als einen ersten Schritt wollen wir erreichen, dass  
416 das Kindergeld nicht auf Hartz IV angerechnet werden darf. Die Einführung eines kostenlosen  
417 Mittagessens für alle Kinder, der Lernmittelfreiheit und die schrittweise Einführung eines  
418 gebührenfreien Kita-Besuchs sind wichtige Schritte, um jedem Kind in Sachsen die gleichen  
419 Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten.  
420 Mit der Einführung regionaler Sozialtickets für den ÖPNV wollen wir auch Menschen mit  
421 geringem oder ohne Einkommen Mobilität ermöglichen.

422

### 423 2.3. Alternativen zu Hartz IV entwickeln

424

425 DIE LINKE bleibt dabei: Hartz IV muss weg. Wir wollen die Hartz-Gesetze mit einer  
426 bedarfsdeckenden sozialen Mindestsicherung überwinden. Denn sie haben nicht mehr  
427 Langzeitarbeitslose wieder in Arbeit gebracht, sondern zur Verarmung und Ausgrenzung  
428 geführt. Die buchstäblichen „Ein-Euro-Jobs“ und die Konstruktion „Bedarfsgemeinschaft“ mit all  
429 ihren Abhängigkeiten bedeuten darüber hinaus eine Demütigung von Langzeitarbeitslosen,  
430 insbesondere betroffenen Ehe- und Lebenspartnern sowie jungen Erwachsenen bis 25 Jahre.

431 Sachsen muss gegenüber dem Bund größtmöglichen Druck zur Abschaffung der Hartz-Gesetze  
432 ausüben.

433 Eine verlängerte Bezugsdauer von Arbeitslosengeld und eine deutliche Erhöhung der Regelsätze  
434 sind erste Schritte hin zu einer repressionsfreien, bedarfsdeckenden sozialen  
435 Mindestsicherung, die nicht vom Einkommen des Partners oder der Partnerin abhängt. Wir  
436 wollen außerdem eine deutliche Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge für Hartz IV-  
437 Bezieherinnen und Bezieher. Auf Landesebene wird DIE LINKE alles daran setzen, den  
438 vorhandenen Spielraum zur Verbesserung der Lebenssituation von Hartz IV-Bezieherinnen und  
439 Beziehern zu nutzen.

440 Mit der Festlegung der Minimalanforderung für den Wohnraum wollen wir Zwangsumzüge wann  
441 immer es geht vermeiden. Wir setzen uns für höhere Richtwerte bei den Kosten der Unterkunft  
442 und für einen gerechten Soziallastenausgleich ein, damit Kommunen mit einem hohen Anteil  
443 von Hartz IV-Bezieherinnen und Beziehern nicht benachteiligt werden. Wir wollen eine  
444 entsprechende Änderung des Finanzausgleichgesetzes und des Landesausführungsgesetzes  
445 zum Sozialgesetzbuch durchsetzen.

446 Wir wollen eine bessere Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in offene Stellen. Die teilweise  
447 gravierenden Personalnotstände in ARGEn und Optionskommunen gehen zu Lasten der  
448 Erwerbslosen und müssen daher abgebaut werden. Wir wollen, dass Betroffene in den ARGEn  
449 nicht gegängelt, sondern kostenlos und umfangreich beraten werden. Wir setzen uns für einen  
450 besseren Datenschutz für Hartz IV-Bezieherinnen und Bezieher ein. DIE LINKE leistet  
451 entschieden Widerstand gegen die Einschränkungen der Prozesskostenhilfe oder andere  
452 Versuche, die Rechte von Erwerbslosen auf Beratung, faire Behandlung und einen  
453 Rechtsbeistand zu beschneiden.

454

455 2.4. Würdevolles Leben im Alter

456

457 Auch Seniorinnen und Senioren in Ostdeutschland sind zunehmend von Altersarmut betroffen.  
458 Schuld daran sind gebrochene Erwerbsbiographien nach der Wende.

459 Rentnerinnen und Rentner haben ein Recht darauf, in finanzieller Sicherheit zu leben. DIE LINKE  
460 streitet daher für Rentengerechtigkeit. Wir setzen uns für die Angleichung der Rentenwerte  
461 Ost an West bis zum Jahr 2012 und die Erhöhung der Rentenversicherung für Hartz IV-  
462 Bezieherinnen und Bezieher sowie für die Rücknahme des Renteneintrittsalters 67 auf  
463 Bundesebene ein. Wir wollen Rentengerechtigkeit für Frauen unter anderem durch Anrechnung  
464 von Betreuungszeiten sowie eine finanzielle Gleichstellung der Frauen, die nach DDR-Recht  
465 geschieden sind, herstellen.

466

467 Die Potentiale älterer Menschen werden immer noch unterschätzt. Seniorinnen und Senioren  
468 wollen sich aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen. DIE LINKE unterstützt einen  
469 gewandelten Blick auf das Alter und die Wünsche älterer Menschen, sich in der Gesellschaft als  
470 vollwertige Mitglieder einzubringen und ihre Erfahrungen weiter zu geben. Altersdiskriminierung  
471 lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab. Mit einem Seniorenmitwirkungsgesetz wollen wir die  
472 Beteiligung älterer Menschen gesetzlich verankern und ihnen z. B. durch Seniorenbeiräte mehr  
473 Mitgestaltungsmöglichkeiten geben.

474 Der Bedarf in der Altenpflege wird weiter steigen. Wir setzen dabei auf die Förderung  
475 generationsübergreifender Wohnprojekte und einen Ausbau des Betreuten Wohnens mit  
476 gesundheits- und pflegespezifischer Infrastruktur, die ein selbstbestimmtes Leben auch im  
477 hohen Alter ermöglicht.

478 Insbesondere ältere Menschen leisten mit ihrem bürgerschaftlichen Engagement einen  
479 wichtigen Beitrag für unser Gemeinwesen. Dies verdient auch die finanzielle Unterstützung des  
480 Landes.

#### 481 482 2.5. Kinder- und Jugendhilfe stärken 483

484 Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Deshalb wollen wir Sachsen zu einem kinder- und  
485 jugendfreundlichen Land machen. Viele Kindereinrichtungen und Jugendclubs wurden in den  
486 vergangenen Jahren geschlossen. Das Angebot für Kinder und Jugendliche gerade im ländlichen  
487 Raum ist ausgedünnt. Kinder und Jugendliche haben in vielen Orten keinen Anlaufpunkt mehr,  
488 um sich zu treffen und auszutauschen. Dies ist keine Einladung, in ländlichen Räumen zu  
489 bleiben. Deshalb muss die Kinder- und Jugendhilfe endlich wieder auf eine sichere finanzielle  
490 Grundlage gestellt werden. Die Jugendpauschale des Landes an die Kommunen muss erhöht  
491 werden, um die Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe einschließlich einer ausreichenden  
492 personellen Besetzung durch pädagogische Fachkräfte auf kommunaler Ebene vor allem vor  
493 dem Hintergrund abnehmender Kinderzahlen zu erhalten. Eine bessere finanzielle Ausstattung  
494 der Jugendhilfe ist auch Voraussetzung dafür, dass Jugendarbeit kontinuierlich und qualitativ  
495 hochwertig über mehrjährige Verträge sichergestellt werden kann. Soziokulturelle und  
496 demokratisch orientierte Jugendzentren wollen wir in allen Landkreisen wohnortnah erhalten  
497 oder schaffen. Angebote für Kinder und Jugendliche sollten nach Möglichkeit immer  
498 gebührenfrei sein.

499 Kinder und Jugendliche haben Rechte. Wir wollen sie stärken. Ob zu Hause, in der Schule, im  
500 Ausbildungsbetrieb oder in der Kommune: Kinder und Jugendliche müssen an Entscheidungen  
501 beteiligt werden und die Erfahrung machen können, dass sie ihre Welt und ihren Alltag mit  
502 gestalten können. Lebendige Demokratie muss von Anfang an erlebbar sein und von  
503 Kindesbeinen an gelernt werden. Deshalb wollen wir die Rechte von Kindern und Jugendlichen  
504 ausweiten und in einem umfassenden Jugendmitbestimmungsgesetz verankern. Darüber hinaus  
505 wollen wir Jugendparlamente einrichten, die in kinder- und jugendrelevanten Fragen  
506 mitentscheiden sollen.

#### 507 508 2.6. Flächendeckende Gesundheitsversorgung sicherstellen 509

510 Eine flächendeckende, qualitativ hochwertige und öffentliche gesundheitliche Versorgung ist  
511 unser Ziel. Der Ärztemangel stellt schon heute für viele Menschen ein großes Problem dar.  
512 Lange Fahrtzeiten zum nächsten Arzt gehören in ländlichen Regionen bereits zur Normalität.  
513 Mit der Pensionierung von Ärztinnen und Ärzten auf dem Land wird sich dieses Problem weiter  
514 verschärfen. Selbst in Großstädten sind monatelange Wartezeiten bei Fachärzten keine  
515 Seltenheit. DIE LINKE will eine qualitativ hohe ärztliche Versorgung flächendeckend  
516 sicherstellen. Medizinische Versorgungszentren (Polikliniken) als Zusammenschluss  
517 verschiedener Fachärzte sind ein wichtiges Instrument, um die medizinische Versorgung im  
518 ländlichen Raum mit abzudecken. Außerdem setzen wir uns für den langfristigen Aufbau eines  
519 mobilen Hausarztendienstes ein. Damit kann auch eine bessere Verzahnung von ambulanter und  
520 stationärer Versorgung sichergestellt werden. Gut ausgebildete Gemeindeschwestern und  
521 Gemeindecrankenpfleger sind wichtig, um die Versorgung von Patientinnen und Patienten  
522 sicherzustellen. Sachsen bleibt hier weit hinter seinen Möglichkeiten zurück. Wir wollen  
523 angehenden Medizinerinnen und Mediziner durch Stipendien und Darlehen die Übernahme  
524 einer Praxis attraktiv machen. Auch die Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes kann  
525 einen Beitrag zur Sicherstellung qualitativ hochwertiger ärztlicher Versorgung leisten. Mit einer

526 neuen gesetzlichen Grundlage können wir hier auch den zukünftigen Anforderungen an den  
527 gesundheitlichen Verbraucherschutz gerecht werden.

528 Die letzten Gesundheitsreformen haben zur Verschlechterung für Patientinnen und Patienten  
529 geführt. Gerade in Sachsen bedeutet dies höhere Kassenbeiträge für die meisten Menschen.  
530 Eine Gesundheitsreform, die ihren Namen verdient, steht auf Bundesebene noch aus. Die  
531 Abschaffung der Praxisgebühr und die Stärkung von Prävention sind wichtige Schritte. Ebenso  
532 die Einführung einer Bürgerversicherung im Gesundheits- und Pflegebereich, in die auch  
533 Besserverdienende und Beamte einzahlen müssen und alle Einkommensarten berücksichtigt  
534 werden. Es bleibt langfristig unser Ziel, eine Einheitskasse zu schaffen und die  
535 Beitragsbemessungsgrenze abzuschaffen, um das bestehende Zwei-Klassen-System im  
536 Gesundheitsbereich zu überwinden.

537 In einem Landespflegegesetz wollen wir eine Bedarfsplanung des Landes und die Einrichtung  
538 von unabhängigen Pflegestützpunkten durchsetzen. Eine bessere Bezahlung des  
539 Pflegepersonals und ein größerer Einsatz von Fachkräften in diesem Bereich gehören genauso  
540 dazu wie regelmäßige und unabhängige Kontrollen der Pflegeeinrichtungen.

541

542 2.7. Gleichstellung ermöglichen

543

544 Gleiche Teilhabemöglichkeiten und eine echte Gleichstellung aller Menschen sind in Sachsen  
545 nicht verwirklicht. Die sächsische Politik unter der Ägide der CDU hat viel zu wenig dafür getan,  
546 die anhaltende Diskriminierung von älteren Menschen, Menschen mit Beeinträchtigung, Lesben  
547 und Schwulen, Menschen mit Migrationshintergrund und anderer diskriminierter Gruppen zu  
548 bekämpfen. Das Land ist in der Pflicht, mit einer aktiven Förder- und Antidiskriminierungspolitik  
549 dafür zu sorgen, dass alle Menschen das gleiche Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen  
550 Leben haben.

551 DIE LINKE. Sachsen fordert die Mit- und Selbstbestimmung der sorbischen Bürgerinnen und  
552 Bürger bei der Gestaltung ihrer Angelegenheiten, so wie es europäischer Standard geworden  
553 ist. Es muss in Zukunft gewährleistet werden, dass weder in der Politik noch durch die  
554 Wirtschaft etwas gegen die erklärten Lebensinteressen des sorbischen Volkes unternommen  
555 wird.

556 Von einer wirklichen Gleichstellung der Geschlechter sind wir noch immer weit entfernt. Frauen  
557 verdienen auch in Sachsen weniger als Männer, sie sind nach wie vor völlig unterrepräsentiert  
558 in den Führungsetagen von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Bei allen Fortschritten bei der  
559 Emanzipation von Frauen, hat sich ihre soziale Situation eher verschlechtert. Bereits erlangte  
560 Fortschritte – etwa den hohen Anteil von Frauen in technischen Berufen – wurden durch  
561 konservative Politik zunichte gemacht.

562 Zu moderner Gleichstellungspolitik gehört es, die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit von  
563 Frauen und Männern mit der Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen  
564 Familienangehörigen zu unterstützen.

565

566 Mit einem modernen Gleichstellungsgesetz wollen wir den öffentlichen Dienst in Sachsen in die  
567 Vorreiterrolle bringen, die Gleichstellung der Geschlechter aktiv zu befördern. DIE LINKE  
568 verfolgt das Ziel, dass Professuren und Leitungsfunktionen in öffentlichen Unternehmen zur  
569 Hälfte von Frauen besetzt werden.

570 Viele Möglichkeiten, häusliche Gewalt zu begrenzen, bleiben vertan: Durch eine bessere  
571 Prävention und eine schnellere Intervention wäre manches getan. Wir wollen die Finanzierung  
572 von Frauenschutzhäusern, Interventionsstellen und Täterberatungen sowie der Einrichtungen  
573 zur Bekämpfung von Menschenhandel und Grenzprostitution sicherstellen. Den Opfern von  
574 häuslicher Gewalt müssen flächendeckend Unterstützungsangebote zur Verfügung stehen.

575 Sachsen sollte ein Kompetenzzentrum für Geschlechterpolitik einrichten, um z.B.  
576 Unternehmen, Kommunen und Verwaltungen in Gleichstellungsfragen zu beraten.

577

578 2.8. Vielfalt statt Diskriminierungen

579

580 Minderheiten und marginalisierte Gruppen müssen nicht nur vor Diskriminierung geschützt,  
581 sondern bei der Vertretung ihrer Rechte und in ihrer Beteiligung am gesellschaftlichen Leben  
582 unterstützt werden. Sachsen braucht endlich ein Antidiskriminierungsgesetz, in dem auch ein  
583 Verbandsklagerecht für Betroffenenverbände festgeschrieben wird. Auch eine gute finanzielle  
584 und organisatorische Unterstützung der Selbstorganisation insbesondere von Frauen,  
585 Seniorinnen und Senioren, Lesben und Schwulen, Sorbinnen und Sorben, Migrantinnen und  
586 Migranten und Menschen mit Beeinträchtigung stärken ihre Rechte.

587 Barrierefreiheit muss Leitmotiv einer linken Antidiskriminierungspolitik sein. Sie muss in allen  
588 gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere bei Bau- und Verkehrsvorhaben berücksichtigt  
589 werden. Die barrierefreie Gestaltung des ÖPNV, der sicheren Finanzierung der  
590 Behindertenverbände und ein Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Beeinträchtigung  
591 sind wesentliche Instrumente.

592 Eingetragene Lebenspartnerschaften müssen endlich mit der Ehe gleichgestellt und  
593 konsequent ins Landesrecht übernommen werden. Die Diskriminierung von Lesben und  
594 Schwulen muss bekämpft werden, z.B. durch mehr Aufklärungsarbeit an Schulen.

595 DIE LINKE will nicht nur eine bessere Versorgung sozial Benachteiligter sicherstellen. Wir  
596 fordern eine Stärkung ihrer sozialen Rechte. Betroffene müssen endlich zu Beteiligten werden.

597 Die Stärkung der Rechte von Patientinnen und Patienten sowie von pflegebedürftigen  
598 Menschen sind dazu ganz wichtige Schritte, die auch gesetzlich verankert werden müssen. Eine  
599 verbesserte Heimaufsicht mit unabhängigen Qualitätskontrollen von Pflegeheimen gehört  
600 unbedingt dazu.

601 DIE LINKE steht für ein friedliches Zusammenleben von Menschen mit und ohne  
602 Migrationshintergrund und für eine gezielte Integration der Zugewanderten. Sachsen ist  
603 historisch ein Einwanderungsland. Diese Tradition der Weltoffenheit und Toleranz wollen wir  
604 gegen neofaschistische und rassistische Tendenzen verteidigen. Wir treten für eine dezentrale  
605 und menschenwürdige Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern ein. Das  
606 Chipkartensystem wollen wir durch Bargeldversorgung ersetzen. Die Residenzpflicht im  
607 Landkreis lehnen wir ab.

608 Sachsen braucht ein Integrationskonzept, das Migrantinnen und Migranten eine Integration  
609 erleichtert, ohne dass sie auf ihre kulturellen Wurzeln verzichten müssen. Ein kostenloses und  
610 ausreichendes Angebot von Deutschkursen ist dafür unverzichtbar, ebenso wie eine gezielte  
611 Integration an Kitas und Schulen, auch für die Kinder von Asylbewerberinnen und  
612 Asylbewerbern.

613

614 2.9. Familienfreundliches Sachsen

615

616 Sachsen braucht endlich eine moderne Familienpolitik. Zu lange hat die CDU konservative  
617 Wertvorstellungen zum Leitbild erhoben, welche an der Lebensrealität der Menschen und an  
618 ihren Problemen vorbei gingen. Eine linke Familienpolitik eröffnet jedem Kind die gleichen  
619 Chancen. Sie orientiert sich am Leitbild berufstätiger Eltern und der geteilten  
620 Erziehungsverantwortung für Männer und Frauen. Wir erkennen die Gleichwertigkeit aller  
621 Lebensentwürfe und Familienformen an und bewerten keine/n davon als besser oder  
622 schlechter. DIE LINKE orientiert sich an den realen Problemlagen von Kindern und ihren Eltern.  
623 Wir wollen ein familienfreundliches Sachsen.

624 Insbesondere viele Alleinerziehende und viele kinderreiche Familien leben in Armut. Sie müssen  
625 besser unterstützt werden: Finanziell und durch Hilfe in ihrer Alltagsorganisation. Eine Initiative  
626 für familienfreundliche Arbeitszeiten, für mehr Familienfreundlichkeit in den Betrieben bzw.  
627 längere und flexible Öffnungszeiten von Kitas, die auch Eltern mit ungewöhnlichen Arbeitszeiten  
628 eine Betreuung ihrer Kinder ermöglichen, wären wichtige Schritte, um Eltern zu unterstützen.  
629 Das Elterngeld in seiner bisherigen Ausgestaltung hilft Geringverdienern und Erwerbslosen  
630 leider nicht weiter. Wir fordern daher die Anhebung des Sockelbetrages beim Elterngeld, damit  
631 auch Menschen mit niedrigem Einkommen etwas davon haben. Auch das  
632 Landeserziehungsgeld muss umgestaltet werden. Es darf nicht länger die Berufstätigkeit von  
633 Müttern ausschließen.  
634 Wir wollen den Rechtsanspruch auf den ganztägigen Besuch einer Kindertagesstätte für jedes  
635 Kind endlich durchsetzen. Die Sachsen können stolz darauf sein, dass wir das aus der DDR  
636 übernommene gute Netz an Kitas gegen alle Versuche der Konservativen verteidigt haben, das  
637 öffentliche Kitasystem zu demontieren. Trotzdem ist die Betreuungsquote für Krippenkinder  
638 heute niedriger als in anderen ostdeutschen Ländern. Insbesondere in den Großstädten reicht  
639 das Angebot an Krippenplätzen nicht aus. Wir wollen den durch Zugangskriterien verursachten  
640 vollständigen oder teilweisen Ausschluss von Kindern aus Kitas beenden und eine wohnortnahe  
641 Versorgung mit Kindertagesstätten sicherstellen. Außerdem müssen Kindertagesstätten als  
642 Bildungseinrichtungen schrittweise gebührenfrei werden. Deshalb muss das Land Sachsen sich  
643 stärker an der Finanzierung von Kitas beteiligen. Nur dadurch kann auch der Investitionsstau im  
644 Kita-Bereich gestoppt werden.

645

## 646 2.10. Soziale Daseinsvorsorge sicherstellen

647 Sachsen ist trauriger Vorreiter bei der Privatisierung von Einrichtungen der öffentlichen  
648 Daseinsvorsorge. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen wurden massiv in private  
649 Trägerschaft überführt. Die Finanznot der Kommunen oder eine angeblich bessere Effektivität  
650 in der Arbeitsorganisation waren und sind mancherorts noch immer die Argumente. DIE LINKE  
651 wendet sich gegen die Privatisierung der Daseinsvorsorge im Gesundheits- und Sozialwesen, in  
652 der Bildung und in der Energieversorgung. Öffentliche Aufgaben müssen von öffentlicher Hand  
653 geführt werden! Kommunen oder freie Träger kommen dafür in Frage. Es ist ein unhaltbarer  
654 Zustand, dass sich Private rentable Sahnestückchen herauschneiden, während die öffentliche  
655 Hand auf den Aufgaben sitzen bleibt, die zur Versorgung dringend nötig sind, aber keinen Profit  
656 abwerfen. Deshalb wollen wir insbesondere Krankenhäuser in öffentlicher Hand belassen und  
657 durch eine bessere Finanzierung der Häuser für ihre ökonomische Stabilität sorgen.

658

659 Öffentliche Daseinsvorsorge heißt für uns auch, die Feuerwehren und Rettungsdienste so zu  
660 stärken und auszubauen, dass sie ihrer Aufgabenerfüllung im ganzen Land nachkommen  
661 können. Parallel dazu müssen das Ehrenamt und die Nachwuchsarbeit in diesen Bereichen  
662 stärker gewürdigt und neben der Ausübung eines Berufes ermöglicht werden.

663 DIE LINKE. Sachsen wird alles daran setzen, auch kommunale Wohnungsbaugesellschaften zu  
664 unterstützen, um die weitere Privatisierung von Wohnungen zu verhindern. DIE LINKE. Sachsen  
665 will eine sichere Finanzierung der Sozialverbände, von Vereinen und sozialen Initiativen, wie z.B.  
666 den Tafeln. Diese leisten eine wichtige Arbeit für die sozial Schwachen in unserer Gesellschaft.

667

### 667 3. Bildung und Kultur für alle und überall

#### 668 3.1. In Bildung, Wissenschaft, Kultur investieren

669

670 Bildung ist für uns der ganzheitlich orientierte Erwerb von Werten, Wissen und Fähigkeiten und  
671 nicht am Markt ausgerichtete Wissensvermittlung. Deshalb sind trotz aller Fortschritte und  
672 Erfolge wie dem erfolgreichen Abschneiden Sachsens bei bundesweiten Schultests, weitere  
673 gezielte Veränderungen in der sächsischen Bildungspolitik notwendig. Noch zu viele Kinder und  
674 Jugendliche bleiben außen vor. Wir wollen jedes Kind mit seinen Begabungen in den  
675 Mittelpunkt stellen und individuelle Förderung und eigenständige Entwicklungen ermöglichen.  
676 Verstärkte Investitionen in Bildung, Wissenschaft, Kultur und Forschung halten wir für  
677 unerlässlich. Einer weiteren Kommerzialisierung und Privatisierung der sächsischen  
678 Bildungslandschaft werden wir entgegenwirken.

679

#### 680 3.2. Bildung ist keine Ware, sondern Persönlichkeitsentwicklung

681

682 Bildung beginnt für uns mit der Geburt und mündet nach Schule, Ausbildung und Hochschule in  
683 der Möglichkeit lebenslangen Lernens. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, setzen wir uns  
684 für gerechte Teilhabemöglichkeiten und einen in jeder Hinsicht barrierefreien Zugang zu  
685 Bildung und kulturellem Austausch ein. Reformen im vorschulischen und schulischen sowie im  
686 Hochschulbereich müssen miteinander vernetzt werden.

687

#### 688 3.3. Teilhabe an Bildung von Anfang an

689

690 Um allen Kindern in Sachsen gleiche Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten zu gewähren,  
691 setzen wir uns für einen Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Betreuungsplatz in einer  
692 wohnortnahen Krippe oder Kindertagesstätte ab dem ersten Lebensjahr ein. Damit wollen wir  
693 auch die Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben oder Ausbildung fördern. Statt des  
694 Feigenblattes eines kostenfreien Vorschuljahres sind für uns die Senkung des  
695 Betreuungsschlüssels, der Rechtsanspruch auf Betreuung, die schrittweise Gebührenfreiheit  
696 aller Kita-Plätze in Sachsen und das kostenfreie Mittagessen grundlegende Voraussetzungen  
697 für die gerechte Teilhabe an vorschulischer Bildung. Für eine hochwertige Elementarpädagogik  
698 und die Umsetzung des Sächsischen Bildungsplanes halten wir mehrere Faktoren für  
699 unerlässlich: die Senkung des Betreuungsschlüssels im Sächsischen Kita - Gesetz, die  
700 finanzielle Stärkung der Städte und Gemeinden mit Mitteln des Landeshaushaltes zur  
701 Beschäftigung von mehr Fachpersonal in sächsischen Kindertageseinrichtungen, die  
702 Aufwertung des Erzieherinnenberufes durch die Einführung der Erzieherinnenausbildung als  
703 Studium an Sachsens Hochschulen und eine gerechtere Entlohnung als Pädagoginnen und  
704 Pädagogen.

705

#### 706 3.4. Längeres gemeinsames Lernen

707

708 Wir wollen eine Schule für alle! Die Überwindung des mehrgliedrigen, sozial und kulturell  
709 auslesenden sächsischen Schulsystems bleibt eines unserer wichtigsten Ziele. Die solidarisch  
710 und gesellschaftlich gerechte Förderung unterschiedlich begabter Schülerinnen und Schüler  
711 kann aus unserer Sicht nur auf dem Weg des längeren gemeinsamen Lernens bis zur  
712 Klassenstufe 10 gelingen. Deshalb streben wir die flächendeckende Einrichtung von  
713 Gemeinschaftsschulen an. Den Übergang zum Erwerb der Hochschulreife wollen wir mittels  
714 einer Differenzierung ab Klasse 9 gestalten, auch mit dem Ziel einer Erhöhung der Abiturquote.

715

### 716 3.5. Schulische Bildung verbessern

717

718 Die Qualität der schulischen Bildung wollen wir durch mehrere konkrete Maßnahmen  
719 verbessern: Um eine bessere individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler zu  
720 erreichen, müssen Klassen- und Kursteiler abgesenkt und damit Klassen und Kurse verkleinert  
721 werden. Damit verbunden wollen wir außerdem die erhöhte und unbefristete Neueinstellung  
722 von Lehrpersonal sowie die Aufhebung der „Zwangsteilzeitarbeit“ für Lehrerinnen und Lehrer  
723 aller Schularten, Voll- und Teilzeitbeschäftigung muss möglich sein. Außerdem wollen wir den  
724 Schulen ein Mitspracherecht bei der Auswahl des pädagogischen Personals erteilen. Für  
725 sächsische Absolventinnen und Absolventen der Lehramtsstudiengänge wollen wir ausreichend  
726 Referendariatsplätze zur Verfügung stellen.

727 Qualitativ hochwertige Bildung fängt bei der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern an,  
728 Fachwissen allein genügt nicht. Deshalb wollen wir die Lehramtsausbildung an sächsischen  
729 Hochschulen und die Weiterbildung qualifizieren.

730 Nur mit genügend qualifizierten Lehrerinnen und Lehrern ist aus unserer Sicht ein sinnvoller  
731 Abbau der Ausfallstunden möglich. Die pädagogische Arbeit des Lehrpersonals soll darüber  
732 hinaus durch Stärkung der Schulsozialarbeit und die Beschäftigung von Schulpsychologen an  
733 allen Schulen ergänzt werden.

734 Die „eine Schule für alle“ ist eine demokratische Schule. Die Rechte von Schülerinnen und  
735 Schülern, Lehrerinnen und Lehrern und den Eltern sollen gestärkt werden

736

### 737 3.6. Wohnortnahe Gemeinschaftsschulen einrichten

738

739 Schulen sind für uns nicht nur Orte des Lernens, sondern auch soziale und kulturelle  
740 Einrichtungen und Orte der Identifikation in einem Gemeinwesen. Deshalb setzt sich DIE LINKE.  
741 Sachsen für wohnortnahe Schulen, vor allem auch im ländlichen Raum, ein. Die Einzügigkeit  
742 von Schulen muss in Sachsen grundsätzlich möglich sein.

743 Langfristig werden wir auf die Einrichtung von Oberstufenzentren hinwirken, um angesichts der  
744 negativen demographischen Entwicklung eine Vielfalt an Abschlüssen auch im ländlichen Raum  
745 wohnortnah zu ermöglichen. Die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen verbunden mit der  
746 Regionalisierung der Schulnetzplanung durch die Landkreise und kreisfreien Städte sehen wir  
747 als Voraussetzung für den Erhalt eines flächendeckenden Schulnetzes. Schulschließungen sind  
748 für uns keine Lösung.

749

### 750 3.7. Kommunale Schulen mit pädagogischer Vielfalt

751

752 Wir wollen die kommunalen Schulen stärken und einer weiteren Kommerzialisierung der  
753 Bildung und damit erhöhter sozialer Auslese der Schülerinnen und Schüler entgegenwirken.  
754 Voraussetzung dafür ist aus unserer Sicht, dass die inhaltliche Vielfalt der Bildungskonzepte an  
755 kommunalen Schulen erhöht und reformpädagogische Ansätze verstärkt Aufnahme finden. Um  
756 den individuellen Lernfortschritten der Kinder und Jugendlichen Rechnung zu tragen, wollen wir  
757 dem Lernen ohne Stress und Leistungsdruck mehr Raum geben. Der individuelle Lernfortschritt  
758 muss auch Gegenstand der Bewertung sein. Insbesondere in musischen und künstlerischen  
759 Fächern sowie Sport wollen wir auf die Vergabe von Noten verzichten.

760 Die vorhandenen, bislang unzureichenden Ansätze an schulischen Ganztagsangeboten wollen  
761 wir zu Ganztagschulen entwickeln, insbesondere durch eine ernsthafte Umstrukturierung der  
762 Unterrichtszeiten und eine gezieltere Zusammenarbeit der Schulen mit öffentlichen und freien  
763 Bildungs- und Kulturträgern sowie Sportvereinen. Das beinhaltet auch höhere Stundenhonorare  
764 für die freien Träger, als dies gegenwärtig Praxis ist.

765 Werbe- bzw. Informationsveranstaltungen der Bundeswehr haben an Schulen in Sachsen keine  
766 Berechtigung. Dafür wollen wir, dass sich Feuerwehr und Katastrophenschutz präsentieren, um  
767 ihrerseits Nachwuchs für das in Kommunen wichtige Ehrenamt zu gewinnen.

### 768 769 3.8. Sorbische Schulen

770  
771 Schule als Ort kultureller Identifikation bedeutet für uns auch, die Bildungsautonomie des  
772 sorbischen Volkes zu stärken und die Pflege der sorbischen Sprache und Kultur an sächsischen  
773 Bildungseinrichtungen zu gewährleisten und besonders zu fördern. Ein intaktes Netz sorbischer  
774 Schulen und Kitas ist dafür eine Grundvoraussetzung. Die Schließung sorbischer Mittelschulen  
775 ist bei entsprechend artikuliertem Bedarf der Sorben rückgängig zu machen. Der  
776 Schülertransport zu den sorbischen Schulen ist umfassend sicher zu stellen. Die Gefährdung  
777 der sorbischen Sprache muss durch ein umfangreiches, über den Vorschul- und Schulbereich  
778 hinausgehendes Programm des Freistaates Sachsen gestoppt werden.

### 779 780 3.9. Kostenfreiheit für Schülerinnen- und Schülerbeförderung und Lernmittel

781  
782 Bildung ist eine Voraussetzung für soziale und kulturelle Teilhabe, deshalb müssen aus unserer  
783 Sicht alle Lernmittel wirklich kostenfrei sein und Familien dürfen nicht mit Zusatzausgaben  
784 belastet werden. Wir treten langfristig für ein kostenloses ÖPNV-Ticket für alle Schülerinnen  
785 und Schüler und in einem ersten Schritt für die Abschaffung der Elternbeiträge zur  
786 Schülerbeförderung ein. Kindern und Jugendlichen aus einkommensarmen Familien müssen die  
787 Teilnehmerbeiträge für Klassenfahrten, Werkstattwochen und Sprachreisen im Rahmen des  
788 Schulunterrichts vollständig finanziert werden.

### 789 790 3.10. Außerschulische Jugendbildung stärken

791  
792 Außerschulische Bildung für Kinder und Jugendliche, das heißt außerhalb des schulischen  
793 Lehrplanes, soll in Zukunft einen größeren Stellenwert erhalten. Deshalb müssen freie Träger  
794 der Jugendhilfe, in der Kultur, im Sport wie auch die Jugendfeuerwehren, die Kinder- und  
795 Jugendarbeit leisten, besondere Unterstützung erfahren. Wir treten für die existenzielle  
796 Sicherung und eine Mehrjahresförderung der landesweiten Jugendverbände sowie der Kreis-  
797 und Stadtjugendringe ein. Besonders wollen wir die Internationale Jugendbegegnung sowie  
798 Projekte der Gewalt- und Rechtsextremismus-Prävention fördern.

### 799 800 3.11. Berufliche Bildung für alle und vor Ort

801  
802 Der berufliche Anschluss an den Abschluss der Schule muss für alle Jugendlichen gewährleistet  
803 sein, deshalb tritt DIE LINKE. Sachsen für öffentlich gesicherte Ausbildungsplätze für alle  
804 Schulabgängerinnen und Schulabgänger ein, die eine Ausbildung beginnen wollen. Damit ist  
805 aus unserer Sicht eine Erhöhung der Ausbildungsplätze in öffentlichen Einrichtungen, der  
806 Ausbau der Berufsschulzentren und öffentlicher Ausbildungsträger verbunden, um der  
807 Kommerzialisierung der beruflichen Bildung entgegenzuwirken, die Familienbudgets zusätzlich  
808 belastet. Der Erhalt und die Verbesserung des dualen Berufsausbildungssystems sind für uns  
809 unerlässlich. Darüber hinaus muss eine Berufsausbildung mit Abitur wieder möglich sein und  
810 der Übergang von Berufsausbildung zum Studium vereinfacht werden. Berufswahl und  
811 Berufsausbildung können aus unserer Sicht nur erfolgreich sein, wenn ihnen bereits zu  
812 Schulzeiten eine differenzierte Berufs- und Studienberatung vorangeht. Wir wollen diese zum

**813** Beispiel durch eine gezielte Berufsorientierung ab Klasse 7 und durch Praxistage in  
**814** Unternehmen stärken.  
**815**

**816** 3.12. Lebenslanges Lernen unterstützen  
**817**

**818** Lebenslanges Lernen bedarf heute und in Zukunft einer besonderen Förderung. Diesem Bedarf  
**819** will DIE LINKE. Sachsen unter anderem mit einer existenziellen und flächendeckenden  
**820** Sicherung der Volkshochschulen und des zweiten Bildungsweges, mit der gesetzlichen  
**821** Verankerung von fünf bezahlten Bildungstagen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in  
**822** Sachsen sowie mit einer Modularisierung der beruflichen Weiterbildung zu  
**823** berufsqualifizierenden Abschlüssen gerecht werden. Außerdem werden wir uns für einen  
**824** Anspruch auf Bildungstage für die politische und kulturelle Bildung einsetzen.  
**825**

**826** 3.13. Gebührenfreies Studieren bis zum Master  
**827**

**828** Studieren in Sachsen soll aus unserer Sicht attraktiver für alle Bevölkerungsgruppen und damit  
**829** die Bildungsbeteiligung ausgeweitet werden. Wesentliche Elemente des Bologna-Prozesses an  
**830** Sachsens Hochschulen betrachten wir kritisch und werden darauf hinwirken, dass das  
**831** Studieren bis zum Master ohne Zugangsbeschränkung für alle Studierenden möglich wird.  
**832** Studieren muss kostenfrei bleiben.

**833** Neben den Schulabgängerinnen und Schulabgängern sollen die Hochschulen insbesondere  
**834** auch Berufstätigen und Eltern im Rahmen beruflicher Weiterbildung offen stehen. Eine  
**835** Ausweitung der Bildungsbeteiligung wollen wir durch eine Erleichterung des Hochschulzugangs  
**836** für Berufstätige ohne Abitur erreichen, z.B. für Menschen mit mehrjähriger Berufserfahrung, mit  
**837** einem Meisterabschluss und Menschen ohne formelle Studienberechtigung. Damit wollen wir  
**838** langfristig dem Anspruch an eine breite Hochschulbildung gerecht werden.

**839** Sachsens Hochschulen sollen attraktiver für Studienanfängerinnen und Studienanfänger aus  
**840** anderen Bundesländern und aller Welt sein.

**841** Der Abbruch eines Studiums darf aus unserer Sicht nicht negativ sanktioniert, sondern sollte  
**842** durch eine differenzierte Studienberatung zu Schulzeiten, einen gezielten Beratungsausbau an  
**843** den Hochschulen mittels Tutorien sowie die Einführung von Orientierungssemestern vermieden  
**844** werden. Zudem wollen wir die Vereinbarkeit von Studium mit Familie und Beruf stärken, z.B.  
**845** durch ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für Kinder studierender Eltern. Nur mit den  
**846** Studierenden gemeinsam und nicht gegen sie lässt sich die Zahl der Studienabbrecherinnen  
**847** und Studienabbrecher verringern. Erfolgreiches Studieren bedarf einer guten sozialen  
**848** Infrastruktur – angefangen von preiswertem Essen, über Sozial- und psychologischer Beratung  
**849** bis hin zu günstigem Wohnraum. Auf Bundesebene wird sich DIE LINKE für ein  
**850** existenzsicherndes und elternunabhängiges Bafög einsetzen.  
**851**

**852** 3.14. Autonomie und Demokratie der Hochschulen stärken  
**853**

**854** Hochschulen müssen kritischer Reflektions- und Resonanzraum der Gesellschaft sein. Das  
**855** funktioniert nicht innerhalb autoritärer Strukturen, sondern dazu braucht es wirklicher  
**856** Mitgestaltungsmöglichkeiten für alle Hochschulmitglieder. Die sächsischen Hochschulen mit  
**857** ihren vielfältigen Studiengängen betrachten wir als wichtige Räume für eine freie und kritische  
**858** Wissenschaft und Lehre und setzen uns für deren Unabhängigkeit von Markt und Staat auch in  
**859** Zukunft ein. Damit einhergehend wollen wir die Hochschulen und öffentlichen  
**860** Forschungseinrichtungen zu wissenschaftlich leistungsfähigen und weltoffenen Einrichtungen  
**861** weiterentwickeln. Wir treten für eine Erweiterung der Hochschulautonomie bei gleichzeitiger

862 Demokratisierung ein. Das heißt vor allem der Erhalt der sächsischen Hochschulen als  
863 „Körperschaften öffentlichen Rechts“. Wir fordern den Rückzug der Staatsregierung aus der  
864 fachlichen Detailsteuerung und den Ausbau der Mitbestimmung von Studierenden und des  
865 wissenschaftlichen Mittelbaus sowie eine stärkere Selbstverwaltung der Hochschulen und  
866 Studentenwerke.

867  
868 3.15. Sichere Arbeitsverhältnisse für wissenschaftlichen Nachwuchs

869  
870 Um die Qualität des Studiums in Sachsen zu erhöhen setzen wir uns für den gezielten Aufbau  
871 eines stabilen wissenschaftlichen Mittelbaus an den Fachhochschulen, die Stärkung des  
872 Mittelbaus an den Universitäten sowie für bessere Arbeitsbedingungen der Lehrbeauftragten  
873 aller Hochschulen in Bezug auf Bezahlung und Arbeitsverträge ein.  
874 Wir brauchen einen Wissenschaftstarifvertrag, in dem die Rechte wissenschaftlicher Hilfskräfte  
875 und des akademischen Mittelbaus deutlich gestärkt werden.  
876 Dozentinnen und Dozenten haben unter den aktuellen Bedingungen einen erhöhten  
877 Betreuungs- und Prüfungsaufwand und sind kaum noch in der Lage, zu forschen. Zum anderen  
878 ist die prekäre Situation vieler Dozentinnen und Dozenten nicht tragbar. Überholte  
879 beamtenrechtliche Personalkategorien gehören abgeschafft. Die Zahl der befristeten Stellen  
880 muss zugunsten unbefristeter reduziert werden. Durch eine verbindliche Quotierung von  
881 Stellen, ist eine schrittweise Erhöhung des Frauenanteils in allen Personalkategorien mit dem  
882 Ziel der Parität anzustreben. Wir treten für tarifvertragliche Regelungen für studentische  
883 Beschäftigte an den Hochschulen ein.  
884 Entsprechend europäischer Standards wollen wir bisherige pädagogische und therapeutische  
885 Ausbildungsberufe wie Erzieherin, Ergo- und Physiotherapeutin zu regulären Studiengängen an  
886 Fachhochschulen aufwerten.

887  
888 3.16. Sportförderprogramm entwickeln: Breiten- und Leistungssport unterstützen

889  
890 Sport betrachten wir als wichtiges und wesentliches Element der Freizeitbetätigung sowie  
891 Gesundheitsförderung aller Generationen. Sport ist ein wichtiger Bestandteil des  
892 gesellschaftlichen und persönlichen Lebens. Er ist eine Form der friedlichen Begegnung von  
893 Menschen verschiedener Kulturen und dient der Gesundheit und dem Wohlbefinden jeder und  
894 jedes Einzelnen. Breitensport und Leistungssport sollen in unserer Sportpolitik den gleichen  
895 Rang einnehmen. Die Dominanz der Wirtschaft gegenüber dem Sport lehnen wir ab.  
896 Sportvereine und Sportverbände müssen deshalb gestärkt werden, da sie einen Großteil der  
897 Nachwuchs- und ehrenamtlichen Arbeit leisten. Jugend- und Nachwuchsarbeit als sinnstiftende  
898 Freizeitgestaltung wollen wir besonders unterstützen, vor allem im Hinblick auf die Ausweitung  
899 von Ganztagsschulangeboten und die Stärkung einer demokratischen und friedlichen Fan-  
900 Kultur einschließlich sozialpädagogisch betreuter Fan-Projekte. Kinder und Jugendliche wollen  
901 wir von den Gebühren für öffentliche Sportstätten befreien.  
902 DIE LINKE. Sachsen wird ein Sportfördergesetz mit der Verankerung des Sports als kommunale  
903 Pflichtaufgabe vorschlagen, in dem auch die Höhe des jährlichen Zuschusses an den  
904 Landessportbund Sachsen verbindlich geregelt wird, um Planungssicherheit für den Sport zu  
905 ermöglichen.  
906 Darüber hinaus wollen wir auch den vereinsungebundenen Sport fördern und die Teilhabe aller  
907 am Sport - unabhängig von Alter, Einkommen und Region – ermöglichen. Deshalb werden wir  
908 ein Sportförderprogramm entwickeln, das unter anderem eine Wiedernutzung der Sporthallen  
909 und Sportplätze geschlossener Schulen, den Erhalt öffentlicher Frei- und Schwimmbäder sowie  
910 die barrierefreie Sanierung lokaler und regionaler Sportstätten beinhalten wird. Dieses

911 Programm bietet außerdem die Chance auf Arbeitsplätze im Öffentlichen Beschäftigungssektor.  
912 Schulsport soll aus unserer Sicht in erster Linie der Freude an Bewegung, der Entspannung und  
913 Gesundheitserziehung dienen, deshalb muss er vom Leistungsdruck befreit werden. Sportnoten  
914 wollen wir darum aus der Erstellung von Bildungsempfehlungen für weiterführende Schulen  
915 herauslösen. Für die Durchführung eines regelmäßigen und fachlich abgesicherten Schulsports  
916 treten wir für die Einstellung von ausreichend Lehrpersonal ein. Ebenso muss das  
917 Schulschwimmen landesweit abgesichert werden und die Kosten für die Bustransfers zu den  
918 Schwimmhallen durch das Land Sachsen übernommen werden.  
919 Für sportlich besonders begabte Kinder und Jugendliche wollen wir die Einrichtung und den  
920 Erhalt von Sportschulen fördern, um schulische Bildung und Leistungstraining in Einklang zu  
921 bringen. Olympia-Stützpunkte in Sachsen sollen eine besondere Unterstützung erfahren.

922

### 923 3.17. Sachsen als Kulturstaat

924

925 Sachsen ist eine bedeutende Kulturregion in Deutschland und Europa, deren vielfältigen  
926 Reichtum es nicht nur zu erhalten, sondern auszubauen gilt. DIE LINKE vertritt das  
927 verfassungspolitische Konzept, das Land Sachsen als Kulturstaat auszugestalten und dabei die  
928 Teilhabe aller zu ermöglichen. Kultur auf kommunaler und regionaler Ebene erfüllt für uns eine  
929 Integrationsfunktion zur Selbstverwirklichung und Identifikation der Menschen, weshalb sie für  
930 uns mehr als ein Standortfaktor und Wirtschaftszweig ist und nicht ausschließlich den Zwängen  
931 des Marktes unterworfen werden darf.

932

### 933 3.18. Kulturelle Vielfalt erhalten

934

935 Als LINKE begreifen wir kulturelle Trägervielfalt als unverzichtbare Basis kulturellen Reichtums  
936 und engagieren uns gerade deshalb gegen einen Rückzug des Staates aus der Verantwortung  
937 für Kunst und Kultur. Kulturelle Vielfalt ist nur im Neben- und Miteinander von öffentlich  
938 getragenen, frei gemeinnützigen und privaten Kultureinrichtungen möglich. Diese Vielfalt über  
939 den europäischen Horizont hinaus zu erweitern ist eines der Ziele der LINKEN in Sachsen.  
940 Kommunale und staatliche Kulturpolitik gewinnt in diesem Zusammenhang an Bedeutung. Sie  
941 hat die Aufgabe, auf das Beziehungsgeflecht zwischen öffentlich geförderten  
942 Kultureinrichtungen, privaten Unternehmen und frei gemeinnützigen Trägern im Sinne einer  
943 kooperativen Kulturpolitik einzuwirken und Rahmenbedingungen für ein vielfältiges, auch  
944 dezentral vorhandenes Angebot zu schaffen.

945

### 946 3.19. Kulturelle Teilhabe ermöglichen

947

948 Die Vielfalt der Museen, Theater, Orchester, Ensembles, Gedenkstätten, Bibliotheken,  
949 Schlösser und Gärten, des Film- und Kinowesens und der Bildenden Künste, aber auch der  
950 soziokulturellen Einrichtungen und Projekte sowie der Musikschulen und Volkshochschulen gilt  
951 es flächendeckend im urbanen wie im ländlichen Raum zu erhalten und weiterzuentwickeln.  
952 Aus der Pflichtaufgabe der Kulturpflege durch Landkreise und Gemeinden ergibt sich für uns  
953 zugleich die sozialpolitische Verpflichtung einer angemessenen Preisgestaltung in den  
954 öffentlichen Kultureinrichtungen auch für Menschen mit geringem Einkommen wie Kinder und  
955 Jugendliche, Studierende, Langzeitarbeitslose sowie Seniorinnen und Senioren.  
956 Kultur und Kunst und musisch-kulturelle Bildung finden für uns nicht nur in städtischen  
957 Ballungszentren und an Touristenmagneten statt, sondern sollen auch im ländlichen Raum und  
958 für alle Generationen erreichbar sein. Eine professionelle künstlerische Ausbildung ist in  
959 Sachsen an mehreren Hochschulen für Musik, Theater, Tanz und Buchkunst möglich, weshalb

960 diese in ihrer Vielfältigkeit und Individualität erhalten werden müssen, um auch in Zukunft zur  
961 Weiterentwicklung der sächsischen Kulturlandschaft beitragen zu können.

962  
963 3.20. Öffentliche Kultureinrichtungen stärken  
964

965 Wir setzen uns für eine Dynamisierung des kulturellen Finanzrahmens sowohl im Kulturhaushalt  
966 des SMWK als auch in der Finanzierung der Kulturräume in den Landkreisen ein, um steigende  
967 Personal- und Sachkosten nicht zuungunsten der Qualität auf die Einrichtungen und  
968 Kulturschaffenden abzuwälzen und um ihnen langfristige Planungssicherheit geben zu können.  
969 Entsprechend des Haushaltes des Landes Sachsen wollen wir eine Mehrjahresförderung  
970 kultureller Einrichtungen erreichen. Wir befürworten die langfristig eigenständige Existenz der  
971 Theater in Görlitz, Zittau und Bautzen, Plauen -Zwickau sowie der Landesbühnen Sachsen in  
972 Radebeul als Einrichtung des Landes Sachsen. Die Vernachlässigung der sächsischen  
973 Industriekultur muss beendet und der Zweckverband Sächsisches Industriemuseum durch eine  
974 existenzsichernde Grundfinanzierung endlich eine langfristige Bestandsgarantie erhalten..

975  
976 3.21. Für sichere Arbeitsverhältnisse in Kultur und Medien  
977

978 Der Grundsatz der Freiheit von Kunst und Kultur ist ein hohes Gut, entbindet den Freistaat  
979 Sachsen als Träger und Finanzier zahlreicher Einrichtungen in Kultur, Medien und Wissenschaft  
980 aus unserer Sicht jedoch nicht von der Verantwortung, prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu  
981 vermeiden. Deshalb kritisieren wir die gängige Praxis, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sei es  
982 in Kultureinrichtungen, an Hochschulen oder beim öffentlich-rechtlichen Mitteldeutschen  
983 Rundfunk, nur noch befristet oder als Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, sogenannte „feste  
984 Freie“ zu beschäftigen. Sowohl wissenschaftliche Forschung als auch kritischer Journalismus –  
985 insbesondere gegenüber der eigenen Landespolitik – als Bestandteil einer lebendigen  
986 Demokratie basieren auf soliden und sozial sicheren Arbeitsverhältnissen. Wir wollen, dass  
987 auch so genannte „feste Freie“ sozial abgesichert werden und streiten für mehr Mitsprache der  
988 Redakteure.

989  
990 3.22. Kulturraumgesetz demokratisieren  
991

992 Die Entfristung des Kulturraumgesetzes im Jahr 2008 war ein wichtiger Schritt zum dauerhaften  
993 und flächendeckenden Erhalt kultureller Infrastruktur in den Landkreisen, jedoch halten wir nun  
994 eine weitere Demokratisierung der Kulturkonvente für notwendig. Die Wahl der Kulturbeiräte  
995 durch die Kreistage muss mit paritätischer Besetzung erfolgen. Darüber hinaus wollen wir den  
996 Kulturbeirat und damit die Kultur- und Kunstschaffenden in den Landkreisen in ihrer  
997 demokratischen Mitwirkung stärken und den Kulturbeirat weitere Vertreterinnen und Vertreter  
998 in den Kulturkonvent entsenden lassen, dessen Mitglieder wiederum alle eine  
999 Stimmberechtigung erhalten müssen. Parallel zur Demokratisierung der Kulturräume muss in  
000 der neuen Legislaturperiode eine Kulturraumplanung erfolgen, die sowohl die Strukturen der im  
001 Jahr 2008 neu gebildeten Landkreise als auch die demographische Entwicklung der nächsten  
002 Jahrzehnte berücksichtigt.

003  
004 3.23. Freie Kultur- und Kunstszene unterstützen  
005

006 Neben den Kultur- und Kunsteinrichtungen in öffentlicher und freier Trägerschaft sehen wir eine  
007 identitätsstiftende Kulturszene und Kulturwirtschaft in Sachsen als einen Förderschwerpunkt  
008 unserer Kulturpolitik. Für Kunst- und Kulturschaffende in selbstständiger Existenz ist die

1009 Mitgliedschaft in der Künstlersozialkasse ein unverzichtbarer sozialversicherungsrechtlicher  
1010 Schutz. Deshalb wird sich DIE LINKE auf Bundesebene für den Erhalt und die ausreichende  
1011 Finanzierung der Künstlersozialkasse einsetzen.  
1012 In Sachsen wollen wir insbesondere die existenzielle Situation der hier ansässigen Kultur- und  
1013 Kunstschaffenden verbessern, zum Beispiel durch Stipendien, Räumlichkeiten und die  
1014 Finanzierung von „Kunst im öffentlichen Raum“. Eine Vielzahl künstlerischer und kultureller  
1015 Angebote und Einrichtungen könnte ohne ehrenamtliches Engagement nicht existieren.  
1016 Deshalb bedarf das Ehrenamt auch im Kulturbereich einer besonderen Anerkennung und  
1017 Unterstützung.

1018

### 1019 3.24. Kulturell-künstlerischen Nachwuchs fördern

1020

1021 Die musisch-kulturelle Bildung aller Generationen wollen wir fördern, insbesondere jedoch bei  
1022 Kindern und Jugendlichen durch eine Stärkung der Musikschulen und Volkshochschulen auf  
1023 Kreisebene, durch die gezielte Förderung der Nachwuchsarbeit öffentlicher und freier  
1024 Kulturträger und durch die bessere Vernetzung mit schulischen Ganztagsangeboten für alle  
1025 Jahrgangsstufen. Das professionelle Erlernen eines Instrumentes und die Ausübung  
1026 Darstellender und Bildender Kunst müssen wohnortnah und für alle Familien bezahlbar möglich  
1027 sein. Für Jugendliche wollen wir das Freiwillige Kulturelle Jahr bedarfsgerecht fördern und  
1028 ausbauen.

1029

### 1030 3.25. Sorbische Kultur fördern

1031

1032 Die Bewahrung und Förderung des sorbischen Kulturgutes ist für uns gleichbedeutend mit  
1033 anderen kulturpolitischen Aufgaben, deshalb treten wir für eine bedarfsgerechte Finanzierung  
1034 der Stiftung für das sorbische Volk und anderer sorbischer Organisationen ein.  
1035 DIE LINKE sieht den Freistaat Sachsen in der Pflicht, die Institutionen und Projekte zum Erhalt,  
1036 zur Pflege und zur Entwicklung der sorbischen Sprache und Kultur mit jenen Mitteln  
1037 auszustatten, die zur Wahrnehmung der notwendigen Aufgaben in allen kulturellen Bereichen  
1038 notwendig sind. Eine Schließung sorbischer Kultureinrichtungen ist nicht hinnehmbar. Die  
1039 Stiftung für das sorbische Volk ist daher durch den Bund sowie die Länder Sachsen und  
1040 Brandenburg mit den nötigen finanziellen Mitteln auszustatten. DIE LINKE. Sachsen wird sich  
1041 dafür einsetzen, dass das Finanzierungsabkommen unbefristet und mit dem notwendigen  
1042 Inflationsausgleich abgeschlossen wird. Langfristig ist die Umstrukturierung von einer  
1043 Zuwendungs- zu einer Kapitalstiftung einzuleiten.  
1044 DIE LINKE. Sachsen wird im Landtag auf eine Novellierung des alten sächsischen  
1045 Sorbengesetzes hinwirken.

1046

## 046 **4. Sicher leben – Freiheit schützen**

### 047 4.1. Sicherheit und Schutz der Bürgerinnen- und Bürgerrechte

048

049 DIE LINKE setzt sich nachdrücklich für den Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität,  
050 Gewalt, Machtmissbrauch und anderen rücksichtslosen Verhaltensweisen ein. Ausdrückliches  
051 Ziel linker Politik in Sachsen ist es, dass Jeder und Jedem die Teilhabe am öffentlichen Leben im  
052 Gefühl persönlicher Sicherheit möglich ist. Dazu fordern wir bessere Rahmenbedingungen für  
053 ein bürgernahes und verlässliches Funktionieren der Arbeit der Polizei, der  
054 Strafverfolgungsbehörden und der Rechtspflege generell.

055 Die Stellenabbaupläne in Polizei und Justiz wollen wir rückgängig machen, mit dem Ziel, die  
056 Präsenz von Polizei vor Ort und die Verfügbarkeit von Richtern, Staatsanwälten und sonstigem  
057 Justizpersonal im konkreten Prozess der Rechtspflege zu erhöhen. Die in der 4. Wahlperiode  
058 des Sächsischen Landtags durchgeführten Polizeireformmaßnahmen und  
059 Strukturveränderungen haben sich überwiegend nachteilig auf Effektivität und Bürgernähe der  
060 Polizei ausgewirkt und bedürfen daher der Korrektur.

061 Die Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten ist in diesem Zusammenhang eine  
062 wichtige, das Vertrauen zwischen Einwohnerinnen und Einwohnern und Polizei stärkende  
063 Maßnahme.

064

### 065 4.2. Rechtsstaat erhalten

066

067 Gleichzeitig wenden wir uns gegen jede Form der „Law and Order“ – Politik. Die den  
068 demokratischen Rechtsstaat gefährdende Tendenz, unter Berufung auf diffuse  
069 Terrorismusbedrohungen und notwendige Bekämpfung organisierter Kriminalität fortwährend  
070 Grund- und Freiheitsrechte der Bürger einzuschränken, werden wir weiterhin energisch  
071 bekämpfen. Gesetzesmaßnahmen bzw. -vorhaben, wie die Einführung des KFZ-Kennzeichen-  
072 Screening in Sachsen, die Umsetzung des BKA-Gesetzes mit seinen Eingriffen in das  
073 elementare Grundrecht auf Unverletzbarkeit der Wohnung durch Einführung des nun auch  
074 visuellen Großen Lauschangriffs, die damit einhergehende Vermischung von polizei- und  
075 nachrichtendienstlicher Arbeit sowie das fortwährende Unterlaufen des Grundrechts auf  
076 informationelle Selbstbestimmung u.a. durch die Online-Durchsuchung und extensive  
077 Maßnahmen der Kommunikationsüberwachung werden wir mit allen politischen und  
078 rechtlichen Mitteln angreifen.

079 DIE LINKE verteidigt die Unverletzbarkeit des Wohnraums, den Schutz privater Daten auch  
080 gegen Online-Durchsuchung und Zugriffe wirtschaftlicher und staatlicher Institution. Wir  
081 wenden uns gegen Überwachungstechnologien im öffentlichen Raum. Die Erhebung  
082 biometrischer Daten sowie Schleier- und Rasterfandung ist für DIE LINKE ein ebenso  
083 unzulässiger Eingriff in die Rechte des Einzelnen.

084 Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, also das Recht eines jeden Menschen, über  
085 Erhebung, Speicherung und Weitergabe seiner Daten selbst zu entscheiden ist für DIE LINKE  
086 zentral. Deshalb werden wir gemeinsam mit allen maßgeblichen Bürgerrechtsinitiativen eine  
087 landesweite Informationskampagne „Meine Daten gehören mir“ initiieren. Dies schließt auch  
088 Initiativen zur Beseitigung von Überwachungstechnologien im öffentlichen Raum und eine  
089 wirksame Kontrolle der Erhebung und Weitergabe von Sozialdaten, des Datenschutzes generell,  
090 auch im privaten Bereich ein.

091 Die Rechte des Souveräns, also der Bürgerinnen und Bürger des Landes, stehen für DIE LINKE  
092 auch in Sachsen an oberster Stelle. Daraus folgt für uns, dass die staatlichen Einrichtungen  
093 verpflichtet sind, ihr Handeln offen und nachvollziehbar zu gestalten.

1094 Deshalb wollen wir in der 5. Wahlperiode erneut für ein Akteneinsichtsrecht der Bürgerinnen  
1095 und Bürger aktiv werden und ein Informationsfreiheitsgesetz einbringen, um die Zugänglichkeit  
1096 der Informationen über das Handeln von Behörden zu verbessern. Die für die Umsetzung von  
1097 Gesetzen so wichtigen Durchführungsbestimmungen wollen wir besser öffentlich zugänglich  
1098 machen.

1099 Wir halten am Ziel fest, Geheimdienste im Freistaat Sachsen abzuschaffen und werden  
1100 versuchen, diesem Ziel mit Initiativen zur maximal möglichen Transparenz und intensiven  
1101 parlamentarischen Kontrolle des sächsischen Verfassungsschutzes näher zu kommen.

1102 Dazu nutzen wir auch die Erkenntnisse aus der Tätigkeit des 2. Untersuchungsausschusses zur  
1103 sächsischen Akten- und Korruptionsaffäre, ausgelöst durch die lange Zeit geheim gehaltenen  
1104 Erkenntnissammlungen des sächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz.

1105 DIE LINKE wird im neuen Landtag aktiv dafür eintreten, die Tendenz, dass für immer mehr  
1106 Einwohnerinnen und Einwohner Sachsens der Zugang zu Rechtsberatung und Rechtsschutz  
1107 unerschwinglich ist, aufgehalten wird. Sein Recht zu bekommen, darf nicht vom Geldbeutel  
1108 abhängen. Wir fordern, dass der Freistaat Sachsen für die Wiedererlangung bzw. den Ausbau  
1109 einer wirksamen Prozesskosten- und Beratungshilfe aktiv wird. Wir setzen uns dafür ein, dass  
1110 ebenso die Beratungs- und Therapieangebote für Menschen mit Suchtmittelabhängigkeit  
1111 jedweder Art erhöht und auch hier so Prävention vor repressiver Bestrafung rangiert. In diesem  
1112 Sinne treten wir auch weiter für den Ausbau der Straffälligen- und Bewährungshilfe,  
1113 vorsorgender Jugendhilfe und für einen konsequent am Prinzip der Resozialisierung orientierten  
1114 modernen Straf-, im Besonderen Jugendstrafvollzug, ein. Das Vertrauen der Einwohnerinnen  
1115 und Einwohner Sachsens in die verschiedenen Behörden der Rechtspflege ist in den letzten  
1116 Jahren erschüttert worden. DIE LINKE. Sachsen wird deshalb ihr Augenmerk darauf legen, dass  
1117 die politische Einflussnahme auf die Justiz, unter anderem bei der Benennung von Richtern und  
1118 Staatsanwälten, beseitigt wird.

1119

1120 4.3. Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung ermöglichen

1121

1122 DIE LINKE. Sachsen vertritt die Position, dass die realen Beteiligungsmöglichkeiten der  
1123 Bürgerinnen und Bürger an den politischen Prozessen sowohl auf Landesebene als auch in den  
1124 Kommunen der Maßstab für den Entwicklungsstand der Demokratie sind. Für uns besteht  
1125 Teilhabe an der Politikgestaltung eben nicht darin, alle paar Jahre Kreuze auf Wahlscheinen  
1126 machen zu dürfen. Da sich auch die Politikerinnen und Politiker selbst nicht nur mit Erfolgen  
1127 brüsten können, sondern häufig genug Fehlentscheidungen oder Entscheidungen gegen die  
1128 Interessen und Bedürfnisse der Einwohnerinnen und Einwohner dieses Landes gefällt wurden,  
1129 kann eine verstärkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auch zu einer  
1130 Qualitätsverbesserung der Politik führen. Die Erweiterung der Beteiligungsmöglichkeiten betrifft  
1131 nicht nur Bürger- und Volksbegehren. Deren Quoren, also die Zahl der Stimmberechtigten, die  
1132 sich an einer Abstimmung beteiligen müssen, damit diese gültig ist, werden wir senken.

1133 Darüber hinaus wollen wir Bürger- und Volksbegehren bei zentralen politischen Aufgaben  
1134 deutlich stärker zum Mittel der Entscheidungsfindung machen. Damit steht für die Politik auch  
1135 die Aufgabe, ihre Vorstellungen und Ansätze öffentlich zu vertreten und zu diskutieren, um am  
1136 Ende das überzeugendste und beste Angebot umzusetzen.

1137 DIE LINKE will dafür sorgen, dass Parlamente und Behörden Wege aufzeigen, damit  
1138 bürgerschaftliches Engagement erfolgreich sein kann. Insbesondere in den Städten,  
1139 Gemeinden und Kreisen bestehen gute Möglichkeiten für eine verstärkte Einbeziehung der  
1140 Bürgerinnen und Bürger in die Politik.

1141 Die Einbeziehung der Einwohnerinnen und Einwohner in den sächsischen Kommunen gerade  
1142 bei der künftigen Gestaltung ihrer Kommunalhaushalte durch Aufstellung von Bürgerhaushalten

143 ist für uns dabei von wesentlicher Bedeutung. Denn mit der Entscheidung über die künftige  
144 Verwendung der den Kommunen zur Verfügung stehenden Gelder werden grundlegende  
145 Entscheidungen für die künftige Kommunalpolitik vor Ort getroffen. DIE LINKE wird daher für  
146 eine regelmäßige Durchführung von Verfahren zur Aufstellung von Bürgerhaushalten eintreten  
147 und darauf drängen, dass das Land den Gemeinden, Städten und Landkreisen eine zur Erfüllung  
148 ihrer umfassenden kommunalen Aufgaben gerecht werdende, auskömmliche Finanzausstattung  
149 zur Verfügung stellt.

150

#### 151 4.4. Kommunalpolitik stärken

152

153 Die Abschaffung der demokratisch unkontrollierten Landesdirektionen und die damit  
154 verbundene Verteilung der Aufgaben und Bediensteten auf die kommunale und Landesebene  
155 ist für uns eine notwendige Reparaturaufgabe der missglückten Kreisgebiets- und  
156 Verwaltungsreform. Die Stärkung der Rechte der Gemeinde- und Kreisträte unter anderem  
157 durch ein besseres, umfassendes Akteneinsichtsrecht steht für uns auf der Tagesordnung. Die  
158 sächsische Gemeindeverfassung ist in diesem Zusammenhang grundsätzlich zu erneuern. Dazu  
159 gehört vor allem, die Arbeitsbedingungen für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker  
160 zu verbessern. Wir wollen, dass die Vorsitzenden der Kreistage und Gemeinderäte durch die  
161 jeweiligen Gremien gewählt werden. Damit soll eine Dezentralisierung von  
162 Entscheidungskompetenzen auf die kommunale Ebene verbunden sein, welche die  
163 Einflussnahmemöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger verstärkt. Für DIE LINKE ist die  
164 regelmäßige Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Strukturen als Partner von Parlament und  
165 Verwaltung bereits bei der Vorbereitung von Prozessen und Entscheidungen ein wichtiger  
166 Schritt hin zu einer auch qualitativ besseren Politik. Direkte Demokratie, Teilhabe und  
167 Transparenz können nur gemeinsam und eng aneinander gekoppelt entwickelt werden. Mit den  
168 neuen, allgemein zugänglichen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten bestehen  
169 neue Voraussetzungen für die sachkundige Mitberatung und Mitentscheidung öffentlicher  
170 Angelegenheiten. Risiken und Fehler bei der Lösungsfindung für kommunale Probleme lassen  
171 sich so minimieren, vorausgesetzt, dass die Kommunalvertretungen selbst ihre Arbeitsweise  
172 demokratisieren. Notwendig ist eine völlig neue Kultur des Verwaltungshandelns, die sich durch  
173 ein Höchstmaß an Transparenz und damit an Vertrauen zwischen der hauptamtlichen  
174 Verwaltung, den ehrenamtlichen Vertretungskörperschaften und den Bürgerinnen und Bürgern  
175 auszeichnet.

176

#### 177 4.5. Kommunalabgaben begrenzen

178

179 DIE LINKE wird sich auch weiterhin für die Begrenzung von Kommunalabgaben einsetzen und  
180 darauf achten, dass die betroffenen Bürgerinnen und Bürger bei der Investitionsplanung ein  
181 tatsächliches Mitspracherecht haben. Gebühren und andere Abgaben müssen auf  
182 nachvollziehbarer Kalkulationsgrundlage berechnet werden und sozial verträglich sein.  
183 Sparsamer Ressourcenverbrauch darf nicht durch höhere Abgaben bestraft werden, sondern  
184 muss sich für die Verbraucher auch finanziell lohnen.

185

#### 186 4.6. Mitwirkung erleichtern

187

188 Die verbindliche Einrichtung von Beiräten für die Probleme spezifischer Bevölkerungsgruppen,  
189 in denen diese selbst vertreten sind, ist eine auf der kommunalen Ebene zügig realisierbare  
190 Chance der Ermöglichung von Teilhabe an der Politikgestaltung. Insbesondere die Einrichtung,  
191 Förderung und Unterstützung von Jugendbeiräten und Jugend- bzw. Kinderparlamenten in den

1192 Städten und Gemeinden ist ein Anliegen der LINKEN in Sachsen. Zusammen mit der Absenkung  
1193 des Wahlalters auf 16 Jahre wenigstens in den Kommunen können damit auch für die jüngere  
1194 Generation die Möglichkeiten politischer Beteiligung verbessert werden. Eine lebendige  
1195 politische Kultur bedarf natürlich entsprechender Kommunikationsmöglichkeiten. Daher ist die  
1196 verstärkte Förderung lokaler und regionaler Bürgermedien wie z.B. Bürgerradios und  
1197 Stadtteilzeitungen ebenso notwendig, wie die umfassende Unterstützung antirassistischer,  
1198 antifaschistischer und interkultureller Projekte. Eine lebendige demokratische Kultur auf allen  
1199 Ebenen ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, menschenverachtenden Denkweisen und  
1200 Handlungen wirksamen Widerstand entgegenzusetzen zu können.

1201

#### 1202 4.7. Geschlechtergleichstellung – Aufgabe für alle öffentlichen Ebenen und Bereiche

1203

1204 Die Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Raum ist ein  
1205 verfassungsrechtlicher Auftrag für Politik und Verwaltung, der bislang nur halbherzig umgesetzt  
1206 wird. Es geht darum, die Geschlechterperspektive bei Planung, Durchführung, Überwachung  
1207 und Auswertung aller politischen Maßnahmen zu berücksichtigen. In besonderer Weise ist das  
1208 im Bereich der Haushalts- und Förderpolitik notwendig, da von staatlich eingesetzten Mitteln  
1209 Frauen bzw. Männer bislang äußerst unterschiedlich profitieren. Wir setzen uns deshalb für  
1210 eine solche Haushaltsführung ein, die von einer Analyse der Teilhabe von Frauen und Männern  
1211 im jeweiligen Haushaltsbereich ausgeht und sicherstellt, dass beiden Geschlechtern der gleiche  
1212 Zugang zu öffentlichen Haushaltsmitteln ermöglicht wird (Gender Budgeting). In vielen Fällen  
1213 haben Gesetze und Verordnungen unterschiedliche Auswirkungen auf die Geschlechter,  
1214 deshalb sind im Vorfeld gleichstellungssensible Gesetzesfolgenabschätzungen erforderlich, um  
1215 Benachteiligungen zu vermeiden.

1216 Im Zuge der Kreisgebietsreform wurden die personellen und finanziellen Ressourcen für die  
1217 kommunale Gleichstellungsarbeit insbesondere in den Landkreisen und ehemals kreisfreien  
1218 Städten erheblich eingeschränkt. Wir setzen uns dafür ein, dass in allen Landkreisen und  
1219 kreisfreien Städten hauptamtlich tätige Gleichstellungsbeauftragte bestellt werden, die bei  
1220 Einstellungen, Beförderungen, aber auch in der politischen Entscheidungsfindung unmittelbar  
1221 und gleichberechtigt mitwirken. Mehr Frauen in Spitzenpositionen der Verwaltung und Politik  
1222 bedeutet mehr Demokratie vor Ort.

1223 Gleichstellungspolitik ist ein Querschnittsthema, für das die Agierenden Sachwissen und  
1224 Kompetenz benötigen. Um dies zu sichern, sollte Sachsen ein Kompetenzzentrum für  
1225 Geschlechtergleichstellung einrichten, um z. B. Unternehmen, Einrichtungen sowie  
1226 Verwaltungen aller Ebenen zu beraten, Fachkräfte zu schulen sowie geschlechtsdifferenzierte  
1227 Daten zu sammeln und zur Verfügung zu stellen.

1228

#### 1229 4.8. Weltoffenes und kulturvolles Sachsen

1230

1231 Sachsen ist seit Jahrhunderten ein Land bzw. eine Region, für die Einwanderung eine wichtige  
1232 Grundlage für eine gute wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung war. Auch in der Gegenwart  
1233 ist dies nicht anders. Ein Land, das sich abschottet und abriegelt, wird hoffnungslos in seiner  
1234 Entwicklung zurück bleiben. Deshalb müssen wir uns darum bemühen, dass der im  
1235 bundesdeutschen bzw. europäischen Vergleich weit unterdurchschnittliche Anteil von  
1236 Menschen, die aus anderen Regionen dieser Welt zu uns kommen wollen, deutlich erhöht wird.  
1237 Dies ist nicht nur mit Blick auf die demografischen Probleme eine wirtschaftliche und kulturelle  
1238 Notwendigkeit, sondern auch jenseits dieser eine Bedingung dafür, dass Sachsen mit anderen  
1239 Regionen Europas auf Augenhöhe stehen kann. Die intensive Einbindung von Migrantinnen und  
1240 Migranten bei der Entwicklung von Integrationskonzepten ist dabei für DIE LINKE ebenso

241 selbstverständlich, wie deren gleichberechtigte Einbeziehung in alle politischen Prozesse, sei es  
242 bei Wahlen oder durch die Bildung von entsprechenden Beiräten für Parlamente und  
243 Verwaltungen auf allen Ebenen. Antidiskriminierungsprogramme sind auch in diesem  
244 Zusammenhang ein erster Schritt dahin, die bisher nur geringe Attraktivität Sachsens für die  
245 Einwanderer zu erhöhen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Beschränkungen für eine doppelte  
246 Staatsbürgerschaft aufgehoben werden und in Deutschland geborene Kinder von Migrantinnen  
247 und Migranten automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten.

248

249 4.9. Die extreme Rechte: eine Gefahr für die Demokratie

250

251 Im Kampf für ein Leben in Menschenwürde für alle Einwohnerinnen und Einwohner Sachsens  
252 setzt sich DIE LINKE konsequent gegen rechte Denkmuster wie Antisemitismus,  
253 Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Nationalismus und andere diskriminierende Einstellungen  
254 ein, egal, in welchem Zusammenhang sie auftreten. Rechtes Denken und Handeln existieren  
255 nicht ausschließlich im Jugendbereich, sondern sind in allen Altersgruppen anzutreffen.

256 Dagegen anzugehen ist eine Querschnittsaufgabe, die sich durch verschiedene Politikfelder  
257 zieht und nicht allein mit der Bekämpfung der NPD erledigt ist.

258 Wir erachten die gesamtgesellschaftliche Ächtung der extremen Rechten als eine vordringliche  
259 Aufgabe. DIE LINKE wird sich weiter dafür einsetzen, dass es rechten Gruppen und ihren oft  
260 gewalttätigen Anhängern nicht gelingt, „Angstzonen“ zu errichten, in denen es Menschen  
261 erschwert wird, frei zu leben.

262 In Sachsen müssen Fort- und Weiterbildungsangebote zur präventiven Arbeit gegen die  
263 extreme Rechte für die Bereiche Jugend- und Sozialarbeit, für Lehrerinnen und Lehrer, für die  
264 Verwaltung in den Kommunen sowie nicht zuletzt für Polizei und Justiz verstärkt werden. In all  
265 diesen Bereichen ist für qualifiziertes, ausreichendes und unbefristet beschäftigtes Personal zu  
266 sorgen. DIE LINKE. Sachsen wird alle antifaschistischen Projekte, Initiativen und Bündnisse  
267 unterstützen und das Programm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ dauerhaft  
268 fortführen.

269 Die von der Staatsregierung vorgesehenen Maßnahmen zur Änderung des Versammlungsrechts  
270 im Sinne von Versammlungs- und Demonstrationsverboten, die für bestimmte Gedenktage und  
271 ortsbezogen gelten sollen, zur vermeintlichen Begegnung auf demonstrative Aufmärsche von  
272 Neonazis halten wir für kein probates Mittel. Vielmehr fordern wir eine Anwendungs- und  
273 Spruchpraxis zum Versammlungsrecht, die dessen Missbrauch durch Verbreiter  
274 neonazistischer Gedankenguts verhindert, in jedem Fall aber den zivilgesellschaftlichen  
275 Widerstand hiergegen zulässt und nicht repressiv unterdrückt.

276

## 1276 5. Umwelt schützen und Energiewende einleiten

### 1277 5.1. Sozial-ökologischer Umbau als Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft

1278

1279 Klimawandel und die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen machen auch vor Sachsen  
1280 nicht halt, im Gegenteil, insbesondere Ostsachsen wird in den nächsten Jahrzehnten deutlich  
1281 von globaler Erwärmung und zunehmender Trockenheit betroffen sein. Deshalb stellt der sozial-  
1282 ökologische Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft unsere größte politische Herausforderung  
1283 dar. Denn soziale Sicherheit und ökologisches Wirtschaften werden in Zukunft untrennbar  
1284 miteinander verknüpft sein. DIE LINKE. Sachsen bekennt sich darum zu einer Umkehr in der  
1285 Verkehrspolitik, zur energiepolitischen Wende, zu Natur- und Tierschutz sowie zu einer sozial-  
1286 ökologisch ausgerichtete Land- und Ernährungswirtschaft. Nachhaltigkeit verstehen wir als  
1287 Prinzip unserer Politik, welches sich durch alle politischen Bereiche zieht.

1288

### 1289 5.2. Verantwortungsbewusste Verkehrs- und Wirtschaftspolitik ist nachhaltig

1290

1291 Um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß langfristig zu senken, ist vor allem ein Umdenken in der Verkehrspolitik  
1292 notwendig. Deshalb geben wir der Förderung und dem Ausbau des öffentlichen Personen- und  
1293 Güterverkehrs sowie dem Ziel der Verkehrsvermeidung, u.a. durch einen Ausbau vorhandener  
1294 Verkehrswege statt dem Neubau von Straßen, in unserer Politik Vorrang.

1295 „Mobilität für alle“ heißt für uns, die Nutzung von Eisenbahn und Fahrrad sowie Bus und

1296 Straßenbahn muss für alle attraktiv, barrierefrei und bezahlbar sein. Deshalb setzt sich DIE

1297 LINKE. Sachsen für einen integrierten Taktfahrplan in allen sächsischen Regionen, den

1298 barrierefreien Ausbau von Bahnhöfen und Umstiegspunkten sowie Sozialtickets auf regionaler  
1299 Ebene ein. Darüber hinaus halten wir einen Ausbau des Radwegesystems sowie im Rahmen der

1300 Stadtentwicklung die Einrichtung von Umweltzonen zum Schutz vor Feinstaub und Lärm und

1301 eine ökologische Verkehrssteuerung des Individual- und Güterverkehrs durch

1302 Verkehrsleitsysteme und einen attraktiven Nahverkehr für unerlässlich. DIE LINKE setzt sich für

1303 die Wiederbelebung der Inter-Regio-Züge ein, um wieder mehr Städte und Regionen in Sachsen

1304 an den Fernverkehr anzubinden. Verkehrspolitik ist für uns eng mit Umwelt- und

1305 Gesundheitspolitik verknüpft.

1306 Die Verkehrsverbünde in Sachsen will DIE LINKE in kommunaler Verfasstheit erhalten und auf

1307 Bundesebene werden wir uns weiterhin gegen einen Börsengang der Deutschen Bahn AG

1308 engagieren. Während Sachsen im 20. Jahrhundert bereits einmal das dichteste Eisenbahnnetz

1309 Deutschlands besaß, wollen wir dafür sorgen, dass wichtige Strecken im Fernverkehr wieder

1310 ausgebaut werden: Chemnitz benötigt als Großstadt ebenso eine ICE-Anbindung nach Berlin

1311 wie Dresden in eine ICE-Strecke zwischen Berlin und Prag eingebunden werden muss. Den

1312 schnellen Fernverkehr auf der Sachsen-Franken-Magistrale sowie von Dresden nach Görlitz und

1313 grenzüberschreitend bis Wroclaw wollen wir wiederbeleben. Eine ökologische Wende im

1314 Individualverkehr ist nur durch zeitlich attraktive und schnelle Verbindungen in ganz Sachsen zu

1315 erreichen. Dem Güterverkehr auf Landstraßen und Autobahnen wollen wir Einhalt gebieten,

1316 durch ein Umlenken auf die Schiene sowie durch eine Förderung der Binnenschifffahrt mit

1317 moderneren und angepassten Flussschiffen. Einen weiteren Ausbau von Flüssen wie der Elbe

1318 lehnen wir ab.

1319

### 1320 5.3. Erneuerbare Energien ausbauen, Landschaft erhalten

1321

1322 Angesichts des Klimawandels und der Ressourcenverknappung ist eine drastische Reduzierung

1323 des Energieverbrauchs bei gleichzeitiger Umstellung der Energieversorgung von fossilen auf

1324 erneuerbare Energieträger auch im Freistaat Sachsen unabdingbar. Der Anteil aller Formen

325 erneuerbarer Energien am Gesamtenergieaufkommen ist konsequent auszubauen. In den  
326 Regionalplänen sind die Ausweisungen der Windkrafteignungsflächen zu überarbeiten.  
327 Immobilien der öffentlichen Hand sind konsequent mit Solarthermie und Photovoltaik  
328 auszustatten, vorhandene Wasserkraftpotentiale sind unter Berücksichtigung ökologischer und  
329 wasserwirtschaftlicher Belange auszuschöpfen. Dafür ist die Orientierung auf eine dezentrale  
330 und mittelständisch verfasste Energiewirtschaft notwendig. Energieversorgungsstrukturen sind  
331 zu entflechten, dezentrale Energieerzeugungsanlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung sind zu  
332 fördern. Ebenso können auch in diesem Bereich direkte Beteiligungsmodelle wie  
333 „Bürgerinnenkraftwerke“ gestärkt werden.

334 DIE LINKE tritt aktiv für die Rekommunalisierung von Stadtwerken ein.

335 Die Fortschreibung des Energieprogramms Sachsen einschließlich der dauerhaften Ablehnung  
336 von Atomstrom ist eines der Ziele der LINKEN. Insbesondere auf dem Gebiet der erneuerbaren  
337 Energien sind alle Anstrengungen zu unternehmen, durch Forschung und Entwicklung deren  
338 Wirkungsgrade zu optimieren. Im Bereich des Braunkohleabbaus wollen wir dafür sorgen, dass  
339 weder weitere Siedlungen abgebaggert werden noch neue Tagebaue aufgeschlossen.

340 DIE LINKE steht dazu, dass gesetzlich anerkannte Siedlungsgebiet des sorbischen Volkes nicht  
341 leichtfertig der Zerstörung aus privatwirtschaftlichen Gewinninteressen von Bergbau und  
342 Energiekonzernen zu opfern.

343 Zugleich bedarf es intensiver Bemühungen, den Verbrauch von Energie insgesamt zu senken.

344 Die Senkung des Energieverbrauches durch die Nutzung neuer Technologien in der Industrie ist  
345 zu fördern. Die Bemühungen bei der Dämmung von Gebäuden sowie beim Einsatz  
346 energiesparender Produkte in den Haushalten und in den öffentlichen Gebäuden sind zu  
347 unterstützen.

348

349 5.4. Ökologisch erzeugen und regional vermarkten

350

351 Wichtigste Aufgabe der Agrar- und Ernährungswirtschaft ist die Bereitstellung  
352 umweltverträglich erzeugter, gesundheitlich unbedenklicher, für alle bezahlbarer  
353 Nahrungsmittel bei gerechten Preisen für die Erzeugerinnen und Erzeuger. Wir sehen uns vor  
354 dem Anspruch des sozial-ökologischen Umbaus unseres Landes nicht nur in der Pflicht, die  
355 Umstellung konventioneller auf ökologisch arbeitende landwirtschaftliche Betriebe weiterhin zu  
356 unterstützen, sondern auch im Sinne der Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe besonders  
357 die Vermarktung der erzeugten Produkte zu fördern. Die LINKE. Sachsen wird durch die  
358 Unterstützung einer langfristig orientierten Förderpolitik auf europäischer, Bundes- und  
359 Landesebene die Motivation der Agrarbetriebe zu einer Umstellung auf ökologisches  
360 Wirtschaften mit dem Ziel stärken, den Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche auf 20 %  
361 an der Gesamtheit der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Sachsen zu erhöhen.

362 Um den Umstieg für größere Agrarbetriebe zu erleichtern, sollte auch die Umstellung von  
363 Betriebsteilen auf Öko-Landbau ermöglicht werden.

364 Die vollständige und sachgerechte Nutzung von Mitteln aus der europäischen Förderung für die  
365 Entwicklung des ländlichen Raumes werden wir sowohl durch revolvierende Fonds (z.B.

366 „SachsenLand-Fonds“) als auch durch eine Vereinfachung, Beschleunigung und  
367 Entbürokratisierung der Vergabe ermöglichen.

368

369 Wir bekennen uns zur gentechnikfreien Landwirtschaft in ganz Sachsen. Erster Schritt dazu ist  
370 der Verzicht des Einsatzes gentechnisch veränderter Kulturen und die Einrichtung  
371 gentechnikfreier Regionen. Den jetzt schon spürbaren Folgen des Klimawandels in Form der  
372 Häufung von Extremwetterereignissen muss mit einer Mehrgefahrenabsicherung

- 1373 landwirtschaftlicher Betriebe beziehungsweise staatlichen Garantien Rechnung getragen  
1374 werden.
- 1375 Die Politik der LINKEN in Sachsen orientiert darauf, dass landwirtschaftliche Kulturflächen  
1376 vorrangig für den Anbau von Nahrungsmitteln und Tierfutter genutzt werden. Die Unterstützung  
1377 einer nachhaltigen Forstwirtschaft fortzuführen und damit einen entsprechenden Waldumbau  
1378 zu befördern, ist ein wichtiges Ziel. Die energetische und stoffliche Nutzung nachwachsender  
1379 Rohstoffe muss stärker mit einer unternehmensnahen Forschung gekoppelt werden.
- 1380
- 1381 5.5. Natur-, Tier- und Artenschutz ernst nehmen
- 1382
- 1383 Der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen stellt über Jahrzehnte eine der größten globalen  
1384 Herausforderungen dar, für deren Bewältigung regionales und lokales Handeln und das  
1385 verantwortliche Handeln des Freistaates den Schlüssel bietet. Wirtschaften in Sachsen hat  
1386 diese Priorität anzuerkennen, ansonsten sind existenzielle Auswirkungen sozialer,  
1387 gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Art zu erwarten, die wir nicht wollen. Die Frage: „Wie  
1388 halten Sie es mit dem Naturschutz?“, steht bei jeder Entscheidung. Wir wollen die sich  
1389 bietenden Gestaltungsspielräume ausschöpfen. Hierbei sind uns die Empfehlungen der  
1390 Naturschutzvereine wichtig. Deren vorwiegend ehrenamtliches Wirken bedarf größerer  
1391 öffentlicher Wertschätzung und staatlicher Förderung.
- 1392
- 1393 Die Rote Liste der in Sachsen vom Aussterben bedrohten Pflanzen und Tiere darf durch  
1394 Behördenunwillen nicht ständig länger werden. Die Sorge um den dramatischen Rückgang der  
1395 biologischen Vielfalt auch in Sachsen ist für uns nicht nur beklagenswerter Zustand sondern  
1396 Ansporn für umfassendes Umsteuern in der Landespolitik. Von den sächsischen Behörden  
1397 muss erwartet werden, dass sie die Anforderungen des Naturschutzes konsequent einhalten.  
1398 Naturschutz und insbesondere Baumschutz sollen vor den Interessen einzelner Behörden wie  
1399 der Landestalsperrenverwaltung, den Straßenbaubehörden und des Oberbergamtes stehen.  
1400 Deshalb wird sich DIE LINKE. Sachsen für ein Verbandsklagerecht der Natur- und  
1401 Tierschutzverbände einsetzen.
- 1402
- 1403 Gerade der für Zeiten des Bevölkerungsrückgangs ungerechtfertigt hohe Verbrauch an  
1404 Landflächen für Wirtschaft, Verkehr und Wohnen, quasi eine Bodenvernichtung, muss rigoros  
1405 eingedämmt werden. Bestehende Bodenversiegelungen sind verstärkt rückgängig zu machen.  
1406 Landschaftsschutzgebiete sollen im Einvernehmen mit den Landnutzern eine Aufwertung  
1407 erfahren. Deren Beiträge im Naturschutz müssen besser honoriert werden.
- 1408 Hochwasserschutz ist mehr als hochwassergefährdete Orte bautechnisch gekonnt  
1409 einzumauern. Den Flussläufen vor allem der Elbe und Vereinigten Mulde muss mehr Raum  
1410 gegeben werden.
- 1411
- 1412 **Schluss**
- 1413
- 1414 Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,  
1415 mit unseren politischen Angeboten für die Bereiche Arbeit und Wirtschaft, Soziales, Bildung und  
1416 Kultur, Demokratie und Umwelt hoffen wir, Sie davon überzeugt zu haben, dass DIE LINKE in  
1417 der Lage ist, Sachsen so zu gestalten, dass ein Leben in Menschenwürde für alle möglich ist.  
1418 Gerade die Auswirkungen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise zeigen, dass die  
1419 Rezepte der vergangenen Jahre in die Irre führen. Den Gürtel enger zu schnallen, also niedrige  
1420 Löhne und der Abbau sozialer Sicherheit, hat nicht dazu geführt, dass es den Menschen in  
1421 diesem Land besser geht. Vielmehr wurden soziale Sicherheit und Gerechtigkeit auch von der

422 hier in Sachsen regierenden CDU aufs Spiel gesetzt. Dieses Experiment verdient ein schnelles  
423 Ende. Wir, DIE LINKE in Sachsen, können dafür sorgen!

424  
425 Mit den in diesem Programm ausführlich dargestellten Konzepten und Vorschlägen für die  
426 nächsten fünf Jahre und darüber hinaus konzentrieren wir uns auf die wichtigsten Aufgaben hier  
427 im Freistaat. Selbstverständlich stehen wir darüber hinaus als Partei der sozialen Gerechtigkeit  
428 für ein breites politisches Angebot. Die Abschaffung der Hartz Gesetze ist eines der wichtigen  
429 sozialpolitischen Ziele unserer Partei auf Bundesebene. Dies betrifft sowohl die  
430 menschenunwürdig niedrige finanzielle Ausstattung als auch die weiteren damit verbundenen  
431 Repressionen. Dieses Ziel werden wir von Sachsen aus natürlich unterstützen, die  
432 Entscheidungen darüber aber werden im Bundestag gefällt. Seit vielen Jahren ist deutlich  
433 geworden, dass DIE LINKE die einzige Partei in den Parlamenten dieses Landes ist, die  
434 konsequent für die friedliche Lösung internationaler Konflikte eintritt. Daran hat sich nichts  
435 geändert. Ebenso ist für uns weiterhin die europäische Integration vor allem eine Frage  
436 grenzüberschreitender sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit. Wir stehen für eine  
437 europäische Union, in der die sozialen und Bürgerrechte die entscheidende Stellung  
438 einnehmen. Wir sind damit die Partei, die Europa nicht nur als Wirtschaftsraum betrachtet, der  
439 von den Interessen der Unternehmen dominiert wird, sondern als Gemeinschaft, in der die  
440 Interessen aller Einwohnerinnen und Einwohner Beachtung finden.  
441 DIE LINKE. Sachsen ist selbstverständlich dem Bundestagswahlprogramm unserer Partei  
442 verpflichtet und unterstützt alle auf dieser Ebene von unserer Partei vorgeschlagenen  
443 Konzepte.

444  
445 Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,  
446 in den nächsten fünf Jahren steht Sachsen vor erheblichen Herausforderungen. DIE LINKE ist  
447 bereit, sich diesen Herausforderungen zu stellen. Deshalb bitten wir um Ihr Vertrauen. Die  
448 wichtigste Aufgabe besteht unserer Auffassung nach darin, dass die notwendige Korrektur der  
449 Ergebnisse der fehlgeleiteten Politik der letzten zwanzig Jahre in diesem Land nicht auf Kosten  
450 der sozialen Sicherheit der Einwohnerinnen und Einwohner stattfindet. Wir versprechen nicht,  
451 dass von einem Tag auf den anderen „blühende Landschaften“ entstehen. Aber wir können uns  
452 dafür verbürgen, dass soziale Sicherheit und Gerechtigkeit unsere Leitmotive für all unsere  
453 Entscheidungen sind. Dafür arbeiten wir gemeinsam mit unseren Partnern in  
454 zivilgesellschaftlichen Organisationen, in Gewerkschaften, in Bürgerinitiativen auf allen Ebenen.  
455 Die deutliche Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten aller daran interessierten  
456 Einwohnerinnen und Einwohner Sachsens an der Gestaltung der Politik ist damit das zweite  
457 Markenzeichen unseres Angebotes an Sie.  
458 So werden wir gemeinsam Sachsen zu einem Land gestalten, in dem ein Leben in  
459 Menschenwürde für alle möglich ist.

### Entscheidung des Parteitages

Angenommen:                      •                      Abgelehnt:                      •

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

## Änderungsanträge zu A.1

### A.1.1

#### Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Präambel)

EinreicherInnen: Beauftragtenrat, Koordinierungsrat, Delegierte des Landesjugendtages,  
MdL Julia Bonk

---

#### 1. Antrag A.1.1:

In Zeile 47 Streichung von  
„fleißige“  
und Einfügung von  
„nach und nach“ vor „kompetente“

---

#### Begründung:

Man kennt ja die fleißigen und emsigen Bienen... SchülerInnen sollen immer fleißig sein. Was ist aber Fleiß und was bedeutet dieser Begriff? Uns erscheint Fleiß als Leistungsgedanke nicht als Kategorie, in die wir Menschen einordnen oder bewerten wollen. Und bedeutet es nicht, dass die Menschen die hier bleiben, umso fauler sind?

#### Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

•

Abgelehnt:

•

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

---

#### 2. Antrag A.1.1:

Folgende Ergänzung soll am Ende der Zeile 64 vorgenommen werden:

**„Darüber hinaus gibt es starke Tendenzen, dass der Staat mehr und mehr unbefugt in das Privatleben und die Freiheit der Menschen eingreift. Statt den Staat auf diesen Ebenen zurückzudrängen und endlich direkte Mitbestimmung durch Volksentscheide zu ermöglichen, gibt es, vor allem von der CDU, das Bestreben durch restriktive Versammlungsgesetze und verstärkte Videoüberwachung die Mitbestimmungs- und Freiheitsrechte der Menschen einzuschränken. Das lehnen wir entschieden ab und engagieren uns gegen den zunehmenden Überwachungswahn. Außerdem wollen wir**

eine aktive Gleichstellungspolitik, damit keine Person wegen ihres Geschlechts oder Lebensweise diskriminiert oder benachteiligt wird."

**Begründung:**

Dem gesellschaftspolitischen Part wird in der Präambel im Original unzureichend Platz eingeräumt.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	•	<b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		

## A.1.2

### Änderungsanträge zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel „Gute Arbeit – besser wirtschaften“)

EinreicherInnen: Beauftragtenrat, Koordinierungsrat, Delegierte des Landesjugendtages, MdL Julia Bonk

---

#### 1. Antrag A1.2:

Streichung des Satzes in Zeilen 100 bis 102

*„Denn es war die Politik, die riskante Spekulationen auf den Finanzmärkten überhaupt erst ermöglicht hat, statt auf Investitionen in die „Realwirtschaft“ und eine starke Binnenkaufkraft zu setzen.“*

---

#### **Begründung:**

Dieser Satz ist aus mehreren Gründen problematisch. Zum einen werden „riskante Spekulationen“ nicht einfach von der Politik ermöglicht, sondern sind kapitalismusimmanent. Warenproduktion orientiert sich nicht an den Bedürfnissen der Menschen, sondern nur an einer Steigerung des Profits. Dabei ist es systemisch völlig logisch, dass immer neue Wege der Renditemaximierung gesucht und auch gefunden werden. Das Problem ist also nicht die Politik innerhalb des Kapitalismus sondern der Kapitalismus selbst. Darüber hinaus ist die Unterscheidung zwischen Realwirtschaft und den Finanzmärkten problematisch, da die strukturell antisemitische Mär der Trennung vom „schaffenden“ („Realwirtschaft“, das „moralisch Gute“) und „raffenden“ („Finanzwirtschaft“, das „moralisch Schlechte“) kolportiert wird. Statt innere Logiken der subjektlosen Herrschaft im Kapitalismus zu kritisieren, wird simplifizierend moralisch unterschieden, was eigentlich gleich funktioniert. Denn auch in der sogenannten „Realwirtschaft“ sind Spekulationen unabdingbar. Produkte werden unabhängig vom Bedürfnis der Menschen entwickelt und produziert, in der Hoffnung, diese dann mit dem Einsatz von Werbung am Markt absetzen zu können. Durch eine moralische Unterscheidung zwischen „Finanz-“ und „Realwirtschaft“ werden Kernprobleme des Kapitalismus - ineffizient, nicht an den Bedürfnissen orientierte Produktion, subjektlose Herrschaft, Ausbeutung - ausgeblendet und die Verantwortlichkeit für Missstände und Elend auf einige wenige projiziert. Das halten wir nicht nur für falsch, sondern auch für gefährlich.

#### **Entscheidung des Parteitages**

**Angenommen:**

•

**Abgelehnt:**

•

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

## 2. Antrag A1.2:

Ersetzung des Halbsatzes in den Zeilen 114 – 115

„[...] *das jetzt diejenigen für die Krise bezahlen sollen, die nicht für sie verantwortlich sind.*“  
durch

„[...] **das jetzt Verluste sozialisiert werden, während Gewinne jahrelang privatisiert worden sind.**“

---

### Begründung:

Der Satz im Original ist problematisch, weil er suggeriert (wenige) Einzelne seien für die Krise verantwortlich. Diese Einschätzung hält einer Analyse der Krise jedoch nicht stand: Die Krise ist zwar in der Tat auch Resultat einer massiven Aufblähung der Geldmenge bei gleichzeitig kaum wachsender Produktion. Das ist jedoch eine Grundtendenz im Kapitalismus - und für den sind quasi alle Menschen verantwortlich.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	•	<b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		

---

## 3. Antrag A1.2:

Einfügung am Ende der Zeile 133:

„**Öffentliche Aufträge sollten verstärkt an Unternehmen vergeben werden, die in Effizienzsteigerungen, Abgasreinhaltung oder freiwillige Umweltschutzmaßnahmen investieren.**“

---

### Begründung:

Der Staat sollte auch bei der Vergabe von Aufträgen Vorbildfunktionen erfüllen und umweltfreundliche Unternehmen unterstützen. Dies erhöht die Bereitschaft der Wirtschaft umweltfreundlich zu produzieren und zu bauen.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	•	<b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		

#### 4. Antrag A1.2:

Ersetzung der folgenden Formulierung in den Zeilen 152 – 153

„Mit Investitionen in ... hohe Investitionsquote halten.“

durch

**„Mit dem Ausbau, der Sanierung und Erweiterung von Kitas und Schulen wollen wir die Versäumnisse der letzten Jahre sowie dringlich gebotenen Verbesserungen reduzieren und angehen und darüber hinaus eine hohe Investitionsquote halten.“**

---

#### Begründung:

Mit Investitionen den Investitionsstau beseitigen und eine hohe Investitionsquote halten ist ebenso aussagekräftig wie durch die Steigerung der Kaufkraft wollen wir die jahrelang gesunkene Kaufkraft der Massen stabilisieren und eine hohe Kaufkraft halten. Besser sollten wir einfach erklären, in was wir investieren wollen und was es mit dem Investitionsstau zu tun hat. Parallel vermeidet man so auch fünf aufeinander folgende „Investition“swörter.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>	
<b>Angenommen:</b>	• <b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____	

---

#### 5. Antrag A1.2:

Ersetzung in Zeilen 237 – 238

„Agentur für Arbeit“

durch: „**Bund**“

---

#### Begründung:

In dem Satz heißt es richtig, dass wir eine koordinierte Zusammenarbeit zwischen Kommune, Land und Bund in der Erwerbslosenpolitik wollen. Deshalb sollten wir, Bund statt Agentur für Arbeit schreiben, auch weil wir grundsätzlich für die Abschaffung der Agentur sind. Da wir Erwerbslose nicht als etwas zu verwaltes begreifen, sondern Individuen sehen und ihnen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen wollen.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>	
<b>Angenommen:</b>	• <b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____	

6. Antrag A1.2:

Ersetzung der Formulierung in Zeile 262

„Mindestlohn von 300 Euro“

durch „**die mit Mindestlohn vergütet werden**“

---

**Begründung:**

PraktikantInnen haben auch im Rahmen einer (Aus-)Bildung oft nicht nur die Möglichkeit einen Beruf praktisch kennenzulernen und dies oft auch indem sie Tätigkeiten übernehmen, die dem Unternehmen nützen. Gerade weil wir fordern, dass Praktika keine „Kaffee-koch“ oder „geh-mal-Kopieren“ Tätigkeiten sein sollen, sollten wir als die richtige Forderung nach einer Vergütung des Praktika mit der ebenfalls richtigen Forderung nach einem Mindestlohn verbinden. Die Menschen sollen also nach Stunden bezahlt werden, und dies mit dem Mindestlohn. Niemand soll unter dem Mindestlohn arbeiten müssen, auch keine PraktikantInnen!

<b>Entscheidung des Parteitages</b>	
<b>Angenommen:</b>	• <b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____	

---

7. Antrag A1.2:

Streichung in Zeile 341 von: „**Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**“

---

**Begründung:**

Nicht nur erwerbslose ArbeitnehmerInnen haben zu kämpfen mit den menschenfeindlichen Gesetzesbestimmungen, die mit dem Namen Hartz eingeführt wurden. Auch Erwerblose die aus der Schule kommen oder noch nie arbeiten waren, sind betroffen von dieser SPD-CDU-FDP-Grünen Politik. Dass die Bezugsdauer von Arbeitslosen Geld I verkürzt wurde, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir uns auch um die Belange von Arbeitslosen Geld II EmpfängerInnen bemühen.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>	
<b>Angenommen:</b>	• <b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____	

8. Antrag A1.2:

Streichung der Formulierung in Zeile 346

„für Wiedereingliederung und“ und Einfügung von: „zur“ vor „aus einer Hand“

---

**Begründung:**

Wer heute zur Kur fährt, sich länger krank, arbeitslos meldet, muss mit Leistungen und Scheinen zur Wiedereingliederung rechnen. Wer also aufgrund einer Krankheit, am besten chronischen, sich eigentlich erholen fährt, wartet offiziell nur auf seine Wiedereingliederung auf den Arbeitsmarkt. Auch wer am Burn-Out Syndrom leidet oder litt, darf nur auf ...Wiedereingliederung hoffen, nicht auf Erholung, Gesundung, Verbesserung der persönlichen Situation, sprich des Wohlbefindens. Einzig um die Verwertbarkeit des Humankapitals auf dem Arbeitsmarkt wird mit diesem Wort abgestellt. Diesem Duktus wollen wir uns nicht anschließen.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	•	<b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		

---

9. Antrag A1.2:

Ersetzung des Satzes in Zeile 378 - 380

*„Mit der Einführung von Instrumenten wie Lebensarbeitszeitkonten und Sabbatjahren im öffentlichen Dienst wollen wir der individuellen Lebensplanung, der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Weiterbildung stärker gerecht werden.“*

durch die Formulierung

**„Mit der Einführung von Instrumenten wie Lebensarbeitszeitkonten und Sabbatjahren im öffentlichen Dienst, einem selbstbestimmten Ruhejahr zur Erholung oder Weiterbildung, wollen wir der individuellen Lebensplanung, der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Weiterbildung stärker gerecht werden.“**

---

**Begründung:**

Der Begriff „Sabbatjahr“ ist ein Fachbegriff, der einer Erläuterung bedarf.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	•	<b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		

### A.1.3

## Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel „Sozial gerecht und sicher leben“)

EinreicherInnen: Beauftragtenrat, Koordinierungsrat, Delegierte des Landesjugendtages,  
MdL Julia Bonk

---

1. Antrag A.1.3:

Zeile 458 Satz ersetzen durch:

**„Schuld daran ist die Rentenpolitik, die die Brüche in den Erwerbsbiographien nach der Wende nicht berücksichtigt.“**

---

### Begründung:

Nicht die Brüche in den Erwerbsbiographien ist Schuld an Altersarmut, sondern die schlechte Rentenpolitik, die diese nicht berücksichtigt. Nicht umsonst fordern wir eine andere Politik, gerade weil wir um die Brüche wissen und Altersarmut mit unserem Rentenkonzept beseitigen können.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>	
<b>Angenommen:</b>	• <b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____	

---

2. Antrag A.1.3:

Ersetzung der Formulierung in Zeilen 551/552 „[...] sorbische BürgerInnen und Bürger[...]“  
durch

**„[...] sorbisch sprechende Bürgerinnen und Bürger[...]“**

---

### Begründung:

Das Wort „sorbisch“ im Originaltext suggeriert die Existenz einer „sorbischen Nation“ im Sinne eines über die Sprache hinausreichenden Kollektivs von Menschen, das sich im Auge der Nationalist\_innen entweder kulturell oder ethnisch konstituiert. Nationalismus muss jedoch als das begriffen werden, was es ist: Eine ideologische Konstruktion eines identitären Kollektivs, das nicht die materiellen Grundlagen besitzt, die es vorgibt zu besitzen. Die Konstruktion der Nation kann immer nur über Abgrenzungs- und damit auch Ausgrenzungsmechanismen

funktionieren und erzeugt eine gefährliche Kategorisierung von in unendlich vielen Faktoren verschiedenen Menschen. Die die Nation konstruierende Ideologie namens Nationalismus bedient sich dabei sowohl einer absurden historischen „Rückwärts-“Konstruktion der jeweiligen Nation inklusive jeweils eigenen Mythen und Legenden wie auch einer vermeintlich deskriptiven (beschreibenden) gegenwartsbezogenen Zuweisung bestimmter (kultureller, ethnizistischer, rassistischer) Merkmale. Diese wirken aufgrund der Diskrepanz zwischen materieller Wirklichkeit (Verschiedenheit der Menschen, Unmöglichkeit einer umfassenden kulturellen Kollektividentität) und ideologischer Behauptung (kulturelles Kollektiv, Gleichförmigkeit) immer normativ (erwartend, aufzwingend) was - konsequent zu Ende gedacht - zu einer gewaltsamen Vergleichen von Menschen führen kann. Wir als Linke lehnen - aufgrund der historischen Erfahrung als auch wegen der vollkommenen Unsinnigkeit nationaler Kategorien - Nationalismus entschlossen ab. Egal ob deutscher Nationalismus, spanischer, katalanischer, venezolanischer oder eben sorbischer.

#### Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

•

Abgelehnt:

•

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

### 3. Antrag A.1.3:

Ersetzung der Formulierung in Zeile 573/574

„Den Opfern von häuslicher Gewalt...“

durch

„Den Betroffenen von häuslicher Gewalt...“

#### Begründung:

Der Begriff „Opfer“ ruft die Assoziation zu einer bestimmten Rolle / Opfergruppe hervor, die Menschen oft als hilflos und unselbstständig abstempelt. Durch die Verwendung von „Betroffenen“ wird außerdem der Personenkreis erweitert, nicht nur die direkt Betroffenen sondern bspw. auch Kinder und Angehörige müssen bei Bedarf Unterstützung erhalten.

#### Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

•

Abgelehnt:

•

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

4. Antrag A.1.3:

Einfügung in am Ende der Zeile 583:

„Zudem sollte der Freistaat Sachsen eine Vorreiterrolle bei der Aufnahme von Flüchtlingen übernehmen, die wegen ihres Geschlechtes oder ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden.“

---

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	•	<b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		

---

4. Antrag A1.3:

Ersetzung der Formulierung in Zeile 585

„[.]Sorbinnen und Sorben[.]“

durch

**"sorbisch sprechende Menschen"**

---

**Begründung:**

Siehe 2. Antrag A.1.3.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	•	<b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		

---

5. Antrag A. 1.3:

Zeile 589 einfügen nach "ÖPNV"

**"von Webseiten"**

---

**Begründung:**

Webseiten können seit langer Zeit so programmiert werden, dass sie auch für seh- und hörbeeinträchtigte Menschen verfügbar gemacht und genutzt werden können. Die Betonung liegt leider auf "können".

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	•	<b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		

---

6. Antrag A1.3:

Ersetzung der Formulierung in Zeile 604

„[...]neofaschistische[...]“

durch

„[...] nazistische [...]“

---

**Begründung:**

Wir empfinden sowohl das Präfix „neo“ als auch das Wort „faschistisch“ in diesem Zusammenhang als änderungswürdig. Zu einer präzisen Benennung des Problems faschistischer oder faschistoider Ideologie bietet sich das Wort „nazistisch“ an. Faschismus ist als Idee eines totalitären Staates und Kollektivierung der Individuen insofern eklektizistisch (zu Teilen unbestimmt), als dass die Form des Kollektivs nicht genau bestimmt ist. Im faschistischen Spanien beispielsweise gab es eine starke religiöse Fundamentierung. In Deutschland besonders relevant war die vorrangig rassistisch begründete „Volksgemeinschaft“ sowie der eliminatorische Antisemitismus. Diesen Unterschieden gilt es durch die Verwendung exakterer Begrifflichkeiten Rechnung zu tragen. Daher wollen wir statt „faschistisch“ „nazistische“ (als Kurzform für nationalsozialistisch) verwenden. Darüber hinaus wollen wir - um auf die historische Kontinuität hinzuweisen - das Präfix „neo“ streichen. Nazismus ist in seinem Ideologiekern keineswegs "neu" oder "anders" geworden, sondern genau der gleiche menschenfeindliche Unfug wie immer.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	•	<b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		

7. Antrag A. 1.3:

Zeile 608/609 ersetzen durch:

**„Sachsen braucht ein umfassendes Konzept, das Migrantinnen und Migranten die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht und erleichtert, ohne dass sie auf ihre kulturellen Wurzeln verzichten müssen.“**

---

**Begründung:**

Gegen das Wort Integration, eben als Einbeziehung verstanden spricht im allgemeinen nichts, jedoch in der Verwendung mit Migrantinnen und Migranten, die sich integrieren sollen umso mehr. Schließlich stellt sich hier die Frage, in was und wie sollen sie integriert werden. In eine deutsche Kultur, ein deutsches Volk, ein anderes Konstrukt?

Wir wollen dass es ihnen möglich ist an Kulturveranstaltungen, gesellschaftlichem, eben öffentlichem Leben teilzuhaben und als "gleichberechtigt" akzeptiert zu werden, aber keine Integration in ein abstraktes "Wir-Gefühl."

<b>Entscheidung des Parteitages</b>	
<b>Angenommen:</b>	• <b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____	

---

8. Antrag A. 1.3:

In Zeile 612 einfügen:

**„Wir setzen uns für einen besseren Datenschutz für Migrant\_innen ein.“**

---

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>	
<b>Angenommen:</b>	• <b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____	

## 9. Antrag A1.3:

Streichung der Formulierung in Zeile 620  
„[...] für Männer und Frauen“.

---

### Begründung:

Geteilte Erziehungsverantwortung bezieht sich nicht auf Geschlechterrollen sondern einzig und allein auf die Individuen, die gemeinsam ein Kind beim Aufwachsen begleiten. Anderenfalls würden wir uns widersprechen, wenn wir im Folgesatz behaupten, „wir erkennen die Gleichwertigkeit aller Lebensentwürfe und Familienformen an“.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	•	<b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		

---

## 10. Antrag A1.3:

Einfügung nach Zeile 623

**„Die traditionelle Form der Ehe halten wir daher für überflüssig und fordern auf Bundesebene die Einführung einen der Ehe gleichgestellten Rechtsstatus, der allen Menschen und ihren Gefühlen füreinander offen steht. Zudem fordern wir die Abschaffung aller Vergünstigungen für die Ehe und stattdessen das Zeugnisverweigerungs- und Krankenhausbesuchsrecht für alle Liebenden – auch für jene die nicht heiraten wollen.“**

---

### Begründung:

Die Ehe schreibt Menschen vor, eine heterosexuelle Bindung einzugehen, in der Treue und Liebe das Fundament bilden sollen. Viele Menschen wollen aber (offene) Beziehungen, Bindung oder einfach nur sexuelle Freundschaften anders ausleben als in einem kollektiven Zwang. Es ist daher ungerecht, dass in einer Ehe steuerrechtliche Vorteile existieren und in einer offenen Beziehung nicht. Es ist ebenso untragbar, dass nur der oder die Ehepartner\_in Notfallpatient\_innen besuchen dürfen und die besten Freunde vor dem Krankenhaus warten müssen. Ehe zwingt Menschen zusammenzuleben und auch zu lieben bis der Tod sie scheidet. Entscheidet mensch sich jedoch für die (vorzeitige) Trennung, so sind komplizierte Prozesse und finanzielle Einschnitte die Folge. Dabei führen die Zwänge in einer Ehe meist erst zu Problemen. Kinder die in einem Elternhaus aufwachsen, wo sich Mutter und Vater streiten und anschreien, sich aber nicht trennen wollen, leiden besonders unter dieser Form des Zusammenlebens. Wir als LINKE müssen uns für die Gleichstellung aller Lebensentwürfe

einsetzen und die Bevorteilung der Ehe abschaffen. (Liebes-) Leben geht auch anders, nämlich vielfältig und offen.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	•	<b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		

---

11. Antrag A. 1.3:

Zeile 635 – 637 :

„Die Sachsen.... zu demontieren“

ersetzen durch :

**“Die LINKE hat das aus der DDR übernommene gute Netz an Kitas gegen alle Versuche der Konservativen, dieses zu demontieren, verteidigt“**

---

**Begründung:** .

Ein altes Lied: Wie können Dritte, also hier "die Sachsen" stolz auf etwas sein, was Dritte (Die LINKE) verursacht hat. Wir sollten die Fakten nehmen und diese immer wieder benennen. In diesem Fall die Verteidigung der Demontage. Das ein gut ausgebautes Kita Netz eine positive, erstrebenswerte Sache ist, erschließt sich aus dem Programm und ist eben unsere Programmatik.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	•	<b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		

12. Antrag A. 1.3:

Ersetzung des Satzes in Zeilen 650 bis 652

„DIE LINKE wendet sich gegen die Privatisierung der Daseinsvorsorge im Gesundheits- und Sozialwesen, in der Bildung und in der Energieversorgung.“

durch

„DIE LINKE wendet sich gegen die Privatisierung der Daseinsvorsorge im Gesundheits- und Sozialwesen, beim Öffentlichen-Personen-Nah-Verkehr, in der Bildung, bei der (Ab-) Wasserversorgung und in der Energieversorgung.“

---

**Begründung:**

Daseinsfürsorge beinhaltet mehr als nur Gesundheit, Bildung und Energie. Der ÖPNV und die Wasserversorgung sind ebenso grundlegend für die Infrastruktur einer Stadt. Private Interessen (Ausdünnung des Streckennetzes im Nahverkehr, Verteuerung des Wasserpreises, etc.) dürfen in diesem Bereich nicht unterstützt werden. Dies muss selbstverständlich für DIE LINKE sein.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>	
<b>Angenommen:</b>	• <b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____	

---

13. Antrag A.1.3:

Einfügung nach Zeile 657 von:

„**Public-Private-Partnership (Öffentlich-Private-Partnerschaften) lehnen wir ab und wollen versuchen die in der Vergangenheit geschlossenen Verträge rückgängig zu machen.** [Es dürfen in Zukunft keine öffentlichen Objekte wie Straßenbahnen, Wasserwerke oder Gebäude an die Privatwirtschaft verkauft werden, um sie später zu hohen Preisen an- bzw. zurück zu mieten. Daseinsvorsorge muss Aufgabe des Staates bleiben bzw. wieder werden.]“

---

**Begründung:**

Der Abschluss von PPP-Verträgen bringt zwar im ersten Akt einer Kommune Geld, doch ist es inakzeptabel, dass diese dann über Jahrzehnte die verkauften Objekte (Straßenbahnen, Wasserwerke, Messen...) zurück mieten muss. Letztlich macht die Kommune keinen Gewinn. Außerdem wird der Handlungsspielraum für die betroffenen Objekte für die Kommunen erheblich eingeschränkt. PPP-Verträge kommen also einer Privatisierung gleich. Aus Platzgründen kann man auf das in Klammern geschrieben auch verzichten.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>	
<b>Angenommen:</b>	• <b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____	

14. Antrag A.1.3:

Zeile 661-662 einfügen nach „*Nachwuchsarbeit*“:  
„**auch**“

nach „*stärker gewürdigt*“ einfügen:  
„**Aufwandsentschädigung und Ehrenamtsgeld ausgebaut werden**“

Satz heißt jetzt geändert:

**„Parallel dazu müssen das Ehrenamt und die Nachwuchsarbeit auch in diesen Bereichen stärker gewürdigt, Aufwandsentschädigung und Ehrenamtsgeld ausgebaut werden und neben der Ausübung eines Berufs ermöglicht werden.“**

---

**Begründung:**

Wir halten es für sinnvoll, die bestehenden Formen des Ehrenamts zu würdigen, zu unterstützen und auszubauen. Daher sollten wir auch konkret benennen, was wir uns unter einer stärkeren Würdigung vorstellen.

<b>Entscheidung des Parteitag</b>	
<b>Angenommen:</b>	• <b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____	

## A.1.4

### Änderungsanträge zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel „Bildung und Kultur für alle und überall“)

EinreicherInnen: Beauftragtenrat, Koordinierungsrat, Delegierte des Landesjugendtages, MdL Julia Bonk

---

#### 1. Antrag A.1.4:

Einfügung der Formulierung im Kapitel 3.7 (Zeilen 750 ff)

**„Das bislang als Wahlpflichtfach neben Ethik angebotene Fach Religion soll zu einem freiwilligen (fakultativen) Unterrichtsfach umgewandelt werden. Ethik hingegen soll ein für alle Schülerinnen und Schüler verbindliches und konfessionsneutrales Fach werden, in der sich die Schülerinnen und Schüler unvoreingenommen über die verschiedenen Religionen aber auch über Philosophie, Religionskritik und Lebensfragen informieren können.“**

---

#### **Begründung:**

Ein für alle Schülerinnen und Schüler gleich konzipierter konfessionsneutraler Unterricht sollte in einem säkularen Staat selbstverständlich sein. Denn nur in einem gemeinsamen Unterricht wird Toleranz live erfahren und Unterschiede zwischen den Religionen gleichberechtigt vermittelt. Darüber hinaus ist eine grundlegende und gemeinsame Bildung zu Fragen von Ethik, Philosophie und Menschenrechten eine Bereicherung für alle Schülerinnen und Schüler.

#### **Entscheidung des Parteitages**

**Angenommen:**

•

**Abgelehnt:**

•

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

---

#### 2. Antrag A.1.4:

Ersetzung der Absätze „3.8. Sorbische Schulen“ und „3.25. Sorbische Kultur fördern“ durch folgenden zusammenfassenden Absatz:

#### **„3.8 Unterstützung sorbisch sprechender Menschen**

**Gleichberechtigung heißt auch, dass alle Menschen das Recht haben müssen in ihrer jeweiligen Muttersprache am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Ein intaktes Netz an sorbischsprachigen Schulen und Kitas ist dafür eine Grundvoraussetzung. Die Schließung sorbischsprachiger Mittelschulen ist bei entsprechend artikuliertem Bedarf der sorbisch sprechenden Menschen rückgängig zu machen. Der Schülerinnen- und Schülertransport zu diesen Schulen ist umfassend sicherzustellen. Darüber hinaus sieht**

**DIE LINKE den Freistaat Sachsen in der Pflicht, die Organisationen und Projekte sorbisch sprechender Menschen mit jenen Mitteln auszustatten, die zur Wahrnehmung der Aufgaben im kulturell-sprachlichen Bereich notwendig sind. Eine Schließung der Kultureinrichtungen sorbischer Sprache ist nicht hinnehmbar. DIE LINKE Sachsen wird im Landtag auf eine Novellierung des alten sächsischen Sorbengesetzes hinwirken.“**

---

**Begründung:**

In den ursprünglich vorgesehenen Absätzen finden sich an verschiedenen Stellen nationalistisch-völkische Versatzstücke, die unserer Meinung in einem linken Wahlprogramm nichts verloren haben. Wir sind uns der Benachteiligung und Ausgrenzung sorbischer Menschen bewusst und erachten ein Recht dieser, wie auch anderer nicht-Deutsch-MuttersprachlerInnen, in ihrer Muttersprache am gesellschaftlichen Leben gleichberechtigt teilhaben zu können als unabdingbar. Nationalistischen Konstruktionen von „Volk“ erteilen wir jedoch eine klare Absage und erbitten daher die Änderung der vorliegenden Absätze. Die in den vorliegenden Absätzen auftauchenden Wort- oder Wortgruppen wie „sorbisches Volk“, „sorbische Kultur“ und „Sorbinen und Sorben“ suggerieren in bester völkisch nationalistischer Manier die auf materiellen Grundlagen fußende Existenz eines von anderen „Völkern“ klar unterscheidbares „sorbischen Volkes“ beziehungsweise einer „sorbischen Nation“ im Sinne eines über die Sprache hinausreichenden Kollektivs von Menschen, das sich im Auge der NationalistInnen entweder kulturell oder ethnisch konstituiert. Nationalismus muss jedoch als das begriffen werden, was es ist: Eine ideologische Konstruktion eines identitären Kollektivs, das nicht die materiellen Grundlagen besitzt, die es vorgibt zu besitzen. Die Konstruktion der Nation kann immer nur über Abgrenzungs- und damit auch Ausgrenzungsmechanismen funktionieren und erzeugt eine gefährliche Kategorisierung von in unendlich vielen Faktoren verschiedenen Menschen. Die die Nation konstruierende Ideologie namens Nationalismus bedient sich dabei sowohl einer absurden historischen „Rückwärts“-Konstruktion der jeweiligen Nation inklusive jeweils eigenen Mythen und Legenden wie auch einer vermeintlich deskriptiven (beschreibenden) gegenwartsbezogenen Zuweisung bestimmter (kultureller, ethnizistischer, rassistischer) Merkmale. Diese wirken aufgrund der Diskrepanz zwischen materieller Wirklichkeit (Verschiedenheit der Menschen, Unmöglichkeit einer umfassenden kulturellen Kollektividentität) und ideologischer Behauptung (kulturelles Kollektiv, Gleichförmigkeit) immer normativ (erwartend, aufzwingend) was - konsequent zu Ende gedacht - zu einer gewaltsamen Vergleichung von Menschen führen kann. Wir als Linke lehnen - aufgrund der historischen Erfahrung als auch wegen der vollkommenen Unsinnigkeit nationaler Kategorien - Nationalismus entschlossen ab. Egal ob deutscher Nationalismus, spanischer, katalanischer, venezolanischer oder eben sorbischer.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>	
<b>Angenommen:</b>	• <b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____	

### 3. Antrag A.1.4:

Ergänzung am Ende der Zeile 866:

**„Um eine tatsächlich unabhängige und konfessionsneutrale Hochschulbildung zu ermöglichen und die Trennung von Kirche und Staat konsequent umzusetzen muss das Fach Theologie an staatlichen Hochschulen abgeschafft werden und die Mittel sollen für das neutrale Fach „Religionswissenschaft“ zur Verfügung gestellt werden.“**

---

#### Begründung:

Den Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften steht es frei, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in eigenen Bildungseinrichtungen auszubilden. Die traditionellen theologischen Fakultäten haben wegen ihrer Kirchen- und Glaubensbindung, die der Freiheit der Wissenschaft entgegensteht, an den Universitäten keinen legitimen Platz. Sie sind deshalb in religionswissenschaftliche Fakultäten umzugestalten. Das kirchliche Mitspracherecht bei der Besetzung der Hochschullehrerstellen stellt einen Eingriff in die Autonomie der Wissenschaft dar.

#### **Entscheidung des Parteitag**

**Angenommen:**

•

**Abgelehnt:**

•

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

## A.1.5

### Änderungsanträge zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel „Sicher leben – Freiheit schützen“)

EinreicherInnen: Beauftragtenrat, Koordinierungsrat, Delegierte des Landesjugendtages,  
MdL Julia Bonk

---

Antrag A.1.5:

Ersetzung der Zeilen 1061 – 1063 durch die Formulierung:

**„Um das Vertrauen zwischen Bürgerinnen und Bürgern zur Polizei zu stärken, fordern wir außerdem eine - in vielen europäischen Staaten selbstverständliche - Kontrollinstanz, die die Arbeit der Polizei hinsichtlich rechtsstaatlicher Grundsätze überprüft und angewiesen ist, Hinweisen aus der Bevölkerung auf polizeiliches Fehlverhalten nachzugehen. Auch die Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten ist für uns eine Voraussetzung dafür, dass Polizistinnen und Polizisten Bürgerinnen und Bürger in Uniform sind.“**

---

#### Begründung:

Es ist völlig inakzeptabel, dass diejenige exekutive Institution, die letztlich dazu berechtigt ist unmittelbare körperliche Gewalt gegenüber Menschen anzuwenden, keinerlei Aufsicht als durch die - in ihr selbst befindlichen - Kommissariaten für "interne Ermittlungen" unterliegt. Das ist ein grober Verstoß gegen den rechtsstaatlichen und demokratischen Grundsatz der Gewaltenteilung- und Kontrolle. In den meisten europäischen Ländern gibt es Behörden, die die Arbeit der Polizei auf Rechtsverstöße und Fehlverhalten, die auch in bürgerlichen Demokratien immer wieder auftreten, hin untersuchen.

#### **Entscheidung des Parteitages**

**Angenommen:**

•

**Abgelehnt:**

•

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

## A.1.6

### Änderungsanträge zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel „Umwelt schützen und Energiewende einleiten“)

EinreicherInnen: Beauftragtenrat, Koordinierungsrat, Delegierte des Landesjugendtages,  
MdL Julia Bonk

---

#### 1. Antrag A.1.6:

Ersetzung in Zeile 1255

„[...] in allen Altersgruppen anzutreffen.“

durch

„in allen gesellschaftlichen Bereichen anzutreffen.“

---

#### Begründung:

Rechte menschenfeindliche Gedanken sind nicht nur altersgruppenvariabel, sondern ziehen sich durch alle gesellschaftliche Bereiche.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	•	<b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		

---

#### 2. Antrag A.1.6:

Ersetzung in Zeilen 1259 – 1261 den gesamten Satz durch

„**DIE LINKE wird sich weiter dagegen einsetzen, dass es nazistischen Gruppen und ihren oft gewalttätigen Anhängerinnen und Anhängern gelingt, neue Angstzonen zu errichten oder alte aufrechtzuerhalten, in denen es für viele Menschen quasi unmöglich ist, frei zu leben.**“

---

#### Begründung:

Nicht immer sind die „AnhänglerInnen rechter Gruppen“ „oft gewalttätig“. Beispiele seien hier Kirchengemeinden oder CDU Mitglieder. Darüber hinaus ist es wichtig, festzuhalten, dass es bereits solche Angstzonen - vor allem im weniger urbanen Gebiet - gibt. Besonders Betroffen sind MigrantInnen und andere nicht ins Weltbild der Nazis passende Menschen. Beides wird im vorliegenden Text unzureichend dargestellt.

**Entscheidung des Parteitages**

**Angenommen:**                      •                      **Abgelehnt:**     •

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

---

3. Antrag zu A.1.6:

Ersetzung der folgenden Passage in den Zeilen 1296 – 1299:

*„Deshalb setzt sich DIE LINKE Sachsen für einen integrierten Taktfahrplan in allen sächsischen Regionen, den barrierefreien Ausbau von Bahnhöfen und Umstiegspunkten sowie Sozialtickets auf regionaler Ebene ein.“*

durch

**„Deshalb setzt sich DIE LINKE Sachsen für einen integrierten Taktfahrplan in allen sächsischen Regionen, den barrierefreien Ausbau von Bahnhöfen und Umstiegspunkten, Sozialtickets auf regionaler Ebene und einer Senkung der Fahrpreise im Allgemeinen ein. Der ÖPNV sollte von allen Einwohnern einer Region finanziert werden, unabhängig von der Nutzung.“**

---

**Begründung:**

Die Einführung von Sozialtickets ist wichtig für die Mobilität sozial benachteiligter Menschen, daher sehr zu begrüßen. Um aber auch Normalverdiener zum Umsteigen auf Bus und Bahn zu bewegen, ist es wichtig die Fahrpreise des ÖPNV drastisch zu senken. Die Co.-Finanzierung sollte von allen Bürgern der betreffenden Region realisiert werden, unabhängig davon, ob sie mit dem Auto oder dem Bus fahren. Sinkende Emissionen wie CO<sub>2</sub>, Stickoxide, Feinstäube, Lärm und die Schonung natürlicher Ressourcen bevorteilen alle Menschen gleichermaßen.

**Entscheidung des Parteitages**

**Angenommen:**                      •                      **Abgelehnt:**     •

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

---

#### 4. Antrag A.1.6

Ergänzung des am Ende der Zeile 1339:

**„Mittelfristig setzen wir uns für den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung ein.“**

---

#### **Begründung:**

Die ineffizienteste Art der Stromgewinnung ist die Verfeuerung von Braunkohle. Tagebaue zerstören Landschaften; Kraftwerke verschmutzen trotz aufwendiger Reinigungstechnik die Atmosphäre und der Ausstoß von Kohlenstoffdioxid verändert unser Klima. Zudem zementiert die Braunkohleverstromung die Marktmacht einzelner Unternehmen und verhindert den Ausbau erneuerbarer Energien. Nur ein klares Ausstiegserkenntnis wie bei der Kernenergie sorgt für Anreize in moderne Gaskraftwerke und erneuerbare Energien großflächig zu investieren.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	•	<b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		

---

#### 5. Antrag A.1.6:

Ersetze in Zeile 1339

**„Den Emissionshandel als solchen kritisieren wir, da dieser zu einer Kapitalisierung des CO<sub>2</sub>-Redukziionsziels führt. Wir fordern klare staatliche Vorschriften zur Verminderung von CO<sub>2</sub>.“**

---

#### **Begründung:**

Der Emissionshandel wird zum einem nicht sachbezogen umgesetzt. Alle großen Kraftwerksbetreiber bekommen die Zertifikate derzeit vom Staat geschenkt, obwohl diese im Strompreis kalkuliert sind. Zum anderen finden Reduzierungsmaßnahmen kaum statt. Wenn dann ein Kraftwerksbetreiber Maßnahmen für den Klimaschutz unternommen hat, kann dieser die eingesparten Zertifikate an andere Betreiber verkaufen, die dann weiter CO<sub>2</sub> ausstoßen können. Zwar ist dies ein Wettbewerbsvorteil für die sauberen Betreiber, doch dauert die Umsetzung viel zu lange und berechtigt andere weiterhin zum unbeschränkten Ausstoß von CO<sub>2</sub>. Staatliche Regelungen, wie es sie bei Schadstoffen (Feinstaub, Stickoxide, Schwefeldioxid u. a.) gibt, sollten auch bei CO<sub>2</sub> greifen und nicht durch Ablasshandel versucht werden zu verringern.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	•	<b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		

## A.1.7

### Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel „Umwelt schützen und Energiewende einleiten“)

EinreicherInnen: MdL Andrea Roth und AG Ökologie der Linksfraktion im Sächsischen Landtag

---

Antrag zu A.1.7:

Einfügen nach Zeile 1287:

**„Eine grundlegende Aufgabe des sozial-ökologischen Umbaus der Wirtschaft ist die Entwicklung der traditionellen Abfallwirtschaft zu einer energieeffizienten Ressourcen- und Wertstoffwirtschaft in regionalen Kreisläufen. Als Schritte dahin müssen die Vernichtung von Ressourcen durch Verbrennung verhindert und illegales Verkippen von Abfällen unterbunden werden. Die Schaffung geschlossener Wirtschaftskreisläufe mit weitestgehender Wiederverwertung aller anfallenden Abfallprodukte ist vorrangig zu fördern. Insbesondere Klein- und Mittelständische Unternehmen der Recyclingwirtschaft sind hierbei zu stärken. Die energetische und stoffliche Verwertung biogener Abfälle im ausgewogenen Verhältnis ist durch geeignete Maßnahmen zur Planungs- und Produktionssicherheit, z.B. langfristige Lieferverträge, zu unterstützen.“**

---

#### Begründung:

Erfolgt mündlich.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>	
<b>Angenommen:</b>	• <b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

## A.1.8

### Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel „Sicher leben – Freiheit schützen“)

Einreicher: MdL Klaus Bartl

---

Antrag:

Ergänzung in Zeile 1115 nach *„erschüttert worden.“*

durch:

**„DIE LINKE. Sachsen tritt deshalb zur Stärkung der tatsächlichen Unabhängigkeit der rechtsprechenden Gewalt für den schrittweisen Übergang zu einer sich selbstverwaltenden Justiz in Sachsen ein. Auf dem Weg dahin streiten wir für den wesentlichen Ausbau der Mitwirkungsrechte der Vertretungsgremien der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie der Personalvertretungen in der Justiz. Das ist über eine entsprechende Novelle zum sächsischen Richtergesetz sowie zum Personalvertretungsgesetz anzustreben.“**

---

#### Begründung:

Erfolgt mündlich.

#### Entscheidung des Parteitages

Angenommen:                      •                      Abgelehnt:                      •

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

## A.1.9

### Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel „Bildung und Kultur für alle und überall“)

EinreicherInnen: Margot Gaitzsch, Dieter Gaitzsch, Jens Gaitzsch

---

Antrag:

In Zeile 887/888 ersetzen:

*"Breitensport und Leistungssport ... einnehmen"*

durch:

**"Breitensport soll in unserer Sportpolitik Vorrang vor dem Leistungssport haben."**

---

#### Begründung:

Breitensport ist sportliche Betätigung, die alle Bevölkerungsschichten unabhängig vom Alter, körperlicher oder geistiger Konstitution erfassen soll. Er bezieht damit wesentlich mehr Menschen als der Leistungssport ein. Die derzeitige Tendenz im Leistungssport (immer höhere Belastung, Doping) birgt immer mehr die Gefahr der gesundheitlichen Gefährdung. Die aktuellen Tendenzen im Leistungssport und die damit verbundenen Probleme müssen Inhalt unserer politischen Diskussion werden.

#### Entscheidung des Parteitages

Angenommen:                      •                      Abgelehnt:                      •

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

## A.1.10

### Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel „Bildung und Kultur für alle und überall“)

Einreicher: Jens Gaitzsch

---

Antrag:

In Zeile 904 einfügen:

**„Um letztlich viele Sportarten zu fördern und ihnen eine Bühne für Wettkämpfe zu geben sind moderne Multifunktions-Stadien unumgänglich. Hier ist schnelles Handeln nötig. Die Stadien in Dresden, Leipzig und Chemnitz sollen nicht weiter dem Verfall preisgegeben, sondern zu attraktiven Austragungsstätten verschiedener Wettkämpfe umgestaltet werden.“**

---

#### **Begründung:**

In den letzten Jahren war es nicht möglich deutsche oder höhere Meisterschaften in Freiluftsportarten nach Sachsen zu holen. Dies lag unter anderem an den maroden Stadien in den 3 Metropolen Dresden, Leipzig und Chemnitz. Sport wird dann sehr attraktiv, wenn man Wettkämpfe verfolgen und sich so motivieren kann. Stuttgart hat gezeigt, dass derzeit auch die Stadien streng dem Markt gehorchen und zur Not zu reinen Fußballstadien umgebaut werden müssen. Unser Ziel sollte eine breite Sportlandschaft mit vielen Möglichkeiten sein. In den Hallen in Leipzig (ARENA) und Chemnitz (Sportforum) finden internationale Wettkämpfe statt und zeigen das Potenzial für die Freiluftsaison, welches sich nicht nur am Spitzensport orientieren darf.

#### **Entscheidung des Parteitages**

**Angenommen:**

•

**Abgelehnt:**

•

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

## A.1.11

### Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel „Bildung und Kultur für alle und überall“)

EinreicherInnen: Jens Gaitzsch

---

Antrag:

In Zeile 908 nach "herauslösen" einfügen:

**„Um auch im Sportbereich besser auf die individuellen Stärken der Kinder einzugehen, stehen wir für einen offenen Lehrplan im Sportunterricht, der die Ziele formuliert, jedoch Freiheiten bei der Umsetzung lässt.“**

---

#### Begründung:

Dem derzeitigen Sportunterricht ist nicht allein dadurch geholfen, indem sein Notensystem abgeschafft oder novelliert wird. Um die Motivation der Schüler für dieses Fach zu stärken ist es notwendig, dem Sportlehrer den nötigen Freiraum zu geben bei jedem Schüler die Stärken zu erkennen und darauf einzugehen. Gerade körperlich schwächere SchülerInnen leiden unter Ausgrenzung, weil ihre sportlichen Stärken abseits von Kraft im Unterricht nicht gefördert und damit auch nicht honoriert werden können.

#### Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

•

Abgelehnt:

•

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

## A.1.12

### Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel „Gute Arbeit – besser wirtschaften“)

EinreicherInnen: MdL Klaus Tischendorf

---

Antrag:

Einfügung am Ende der Zeile 187 als neuen Absatz:

**„Das zeigt sich insbesondere in der Tourismuswirtschaft. Durch eine gezieltere Landesförderung zur Stärkung des Eigenkapitals der Unternehmen, der Qualifizierung der Beschäftigten sowie durch ein in den Tourismusregionen besser abgestimmtes Marketing können in den nächsten Jahren mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstehen. Diese können nicht ins Ausland ausgelagert werden. Die Stärkung der Tourismuswirtschaft ist gerade in strukturschwachen sächsischen Regionen ein wichtiger Beitrag zur regionalen Vernetzung von klein- und mittelständigen Unternehmen und kann damit zusätzlich Wachstumsimpulse setzen.“**

---

#### Begründung:

Die sächsische Tourismuswirtschaft ist in vielen Regionen ein wichtiger Bereich des Klein- und Mittelstands. Völlig zu unrecht nimmt die CDU für sich in Anspruch der alleinige Interessenvertreter für den Tourismus zu sein. Deshalb ist es notwendig, dass wir nicht nur im Alltag, sondern vor allem auch in unserem Wahlprogramm den in der Freizeit- und Tourismusbranche Beschäftigten verdeutlichen, dass DIE LINKE sich auch zukünftig auf Landesebene für diesen nicht zu unterschätzenden Wirtschaftsbereich einsetzt. Gegenwärtig erwirtschaftet der Tourismus in Sachsen einen Gesamtumsatz von 6,8 Milliarden Euro. Damit sichern die Urlauber in den sächsischen Tourismusregionen insgesamt 230.000 Menschen in Sachsen Arbeit und Beschäftigung.

#### **Entscheidung des Parteitages**

**Angenommen:**

•

**Abgelehnt:**

•

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

## A.1.13

### Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel „Umwelt schützen und Energiewende einleiten“)

EinreicherInnen: MdL Kathrin Kagelmann & Verena Meiwald

---

Antrag A1.13:

Streichung des Satzes in Zeilen 1369 – 1371:

„Ein erster Schritt [...] die Einrichtung gentechnikfreier Regionen“

Ersetzung durch

**"Zu deren Absicherung bleibt die Einrichtung gentechnikfreier Regionen ein wichtiger Schritt"**

---

#### Begründung:

Erfolgt mündlich.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>	
<b>Angenommen:</b>	• <b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____	

## A.1.14

### Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel „Sicher leben – Freiheit schützen“)

EinreicherInnen: MdL Klaus Bartl & Torsten Steckel

---

Antrag:

Einfügung am Ende der Zeile 104 als neuen Absatz:

**„DIE LINKE wird sich dafür einsetzen in der nächsten Wahlperiode erneut einen Untersuchungsausschuss zur Problematik „Sachsensumpf“ einzusetzen. Der im Sommer 2007 durch das Parlament eingesetzte Untersuchungsausschuss konnte durch die Blockadehaltung von CDU und Staatsregierung nur einen Teil der ihm zugewiesenen Untersuchungsaufgaben bewältigen. Auch der Sächsische Verfassungsgerichtshof befand, dass ein evidentes Aufklärungsinteresse der Bevölkerung vorliegt.“**

---

#### Begründung:

Erfolgt mündlich.

#### Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

•

Abgelehnt:

•

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

## A.1.15

### Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“

EinreicherInnen: Beauftragtenrat, Koordinierungsrat, Delegierte des Landesjugendtages,  
MdL Julia Bonk

---

#### 1. Antrag A1.15:

Streichung des Satzes in den Zeilen 185 bis 187  
„Würden die Aufträge [...] stärken.“

---

#### **Begründung:**

Der Satz erzeugt einen Eindruck von Regionalprotektionismus, der sich mit dem Ansinnen des Programms, ein Angebot für ein weltoffenes Sachsen zu unterbreiten, nicht vereinbaren lässt. Der Text leidet nicht darunter, wenn man den Satz beiseite lässt. Daher plädieren wir für Streichung.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>	
<b>Angenommen:</b>	• <b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____	

---

#### 2. Antrag A1.15:

Streichung des Wortes in der Zeile 207  
„Innovationsgutschein“  
und Ersetzung durch  
„staatlich und gewerkschaftlich gemeinsam getragenen Kompetenztransferzentren“

---

#### **Begründung:**

Mit Innovationsgutscheinen war wohl gemeint, dass man Fördermittel für Forschung und Entwicklung zweckgebunden an Unternehmen auszuschütten. Viele kleine und mittelständische Unternehmen sind jedoch nicht in der Lage, eigene Forschungsarbeit zielgerichtet zu leisten und wären so von entsprechenden Fördermitteln abgeschnitten. Viel eher wäre für das Ziel, die Innovationsfähigkeit der Unternehmen zu stärken, das Konzept von Kompetenztransferzentren geeignet. In solchen, von Staat und Gewerkschaften gemeinsam getragenen Zentren, könnten

sich Akteure in Clustern selbstorganisiert zusammenschließen, Netzwerke bilden, sowie Kompetenz und Wissen im gegenseitigen Nutzen austauschen. Dieses Konzept wurde bereits in der LINKEN. Brandenburg diskutiert und stellt unseres Erachtens nach eine zielgerichtete Innovationsförderung dar zweckgebundene Förderungen.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	•	<b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		

---

### 3. Antrag A1.15:

Streichung des Satzes in den Zeilen 242 bis 243

*„Wir wollen sie [...] begrenzen“*

und Ersetzung durch

**„Wir wollen sie zugunsten regulärer Beschäftigung abschaffen. Auch die Abschaffung der Leiharbeit gehört für uns dazu.“**

---

#### **Begründung:**

Zu Recht kritisiert DIE LINKE seit langem die Prekären Beschäftigungsverhältnisse von Leiharbeitern. Ungesicherte, schlecht bezahlte Beschäftigung ohne lang- oder mittelfristige Perspektive ist für unsere Partei nicht tragbar. Unvermittelbar ist deshalb eine Position, die Leiharbeit lediglich begrenzen will. Wir müssen eintreten für eine konsequente Abschaffung von Beschäftigung in Leiharbeit zu Gunsten tariflich gesicherter, langfristiger und sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse. Daher ist dieser Satz zu ersetzen.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	•	<b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		

4. Antrag A1.15:

Streichung der Formulierung in der Zeile 293

„durch sächsische Hochschulabsolventinnen und -absolventen“

---

**Begründung:**

Es ist nicht zu erklären, warum Unternehmensnachfolgen kleiner und mittelständischer Unternehmen lediglich durch sächsische HochschulabsolventInnen zu sichern ist. Unser Ziel ist, Unternehmensnachfolgen grundsätzlich zu sichern, ganz egal, wo AbsolventInnen ihren Abschluss erworben haben oder ob sie überhaupt über einen Hochschulabschluss verfügen. Gerade in kleinen und handwerklichen Unternehmen ist ein solcher Abschluss überhaupt nicht erforderlich. Von daher ist auf eine solche Ausführung ersatzlos zu verzichten.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>	
<b>Angenommen:</b> •	<b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

---

5. Antrag A1.15:

Ersetzung der Formulierung in Zeile 810

„Gebührenfreies Studium bis zum Master“

durch

„Gebührenfreies Studium – ein Leben lang“

---

**Begründung:**

Natürlich ist die Forderung richtig, dass auch das Masterstudium im Anschluss des Bachelorstudiums gebührenfrei sein muss, allerdings verkürzt die bisherige Aussage die Forderung derart, dass sie mehr als missverständlich ist. So lässt die bisherige Formulierung andere Abschlussarten vollkommen beiseite: sowohl die weitergeführten Diplomstudiengänge, Staatsexamen oder auch die strukturierte DoktorandInnenausbildung. Es steht außer Frage, dass DIE LINKE auch für diese Studiengänge keine Studiengebühren verlangen will, nur muss sie dies auch so schreiben. Deshalb ist hier die Forderung nach einem lebenslangen gebührenfreien Studium wieder aufzugreifen.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>	
<b>Angenommen:</b> •	<b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

6. Antrag A1.15:

Ersetzung der Formulierung in Zeile 815

„bis zum Master“

durch

„ein Leben lang“

**Begründung:**

Die Änderung ergibt sich aus der Änderung in Zeile 810. DIE LINKE setzt sich nicht nur für einen Hochschulzugang ohne Zugangsbeschränkung für Bachelor- und Masterstudierende ein, sondern für alle und muss das auch so schreiben.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>	
<b>Angenommen:</b>	• <b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____	

7. Antrag A1.15:

Ersetzung der Formulierung in Zeile 826

„zu Schulzeiten, einen gezielten Beratungsausbau“

durch

„in Schule und Hochschule, einen gezielten Betreuungsausbau“

**Begründung:**

Bessere Studienberatung ist nicht nur in der Schule, sondern auch in der Hochschule notwendig. Dies sollte eine Kernforderung sein. Allerdings kann diese Beratung nicht, wie im folgenden Teilsatz vermittelt, in Tutorien, also in Gruppenbetreuung stattfinden, sondern nur im individuellen Angebot, da jedeR Studierende anderen Beratungsbedarf hat. Einer verbesserten Betreuung in Tutorien steht jedoch nichts entgegen. Diese sollte durch diese Formulierung auch so im Programm erhalten bleiben.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>	
<b>Angenommen:</b>	• <b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____	

8. Antrag A1.15:

Einfügung in Zeile 831:

**„Gemeinsam mit Studierenden heißt auch, im Interesse für die Studierenden. Im Sinne einer verbesserten Lehre wollen wir deshalb auch die verpflichtende Erwachsenenpädagogische und Hochschuldidaktische Weiterbildung für DozentInnen einführen.“**

---

**Begründung:**

Bessere Lehre erreicht man nicht nur durch ein verbessertes Betreuungsverhältnis zwischen Lehrenden und Studierenden, sondern natürlich auch durch eine qualitative Verbesserung der Lehre durch eine entsprechende didaktische Weiterbildung von DozentInnen, in der Vermittlungsformen für die Lehre und Grundsätze der Lehrinhaltsaufbereitung vermittelt werden.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>	
<b>Angenommen:</b> •	<b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____	

---

9. Antrag A1.15

In Zeile 864 bis 865

*„Ausbau der Mitbestimmung von Studierenden und des wissenschaftlichen Mittelbaus sowie eine stärkere Selbstverwaltung der Hochschulen und Studentenwerke“*

Ersetze durch:

**„die umfassende Demokratisierung der Hochschulen durch stärkere Mitbestimmung von Studierenden und wissenschaftlichen Mittelbau sowie stärkere Selbstverwaltung der Hochschulen und Studentenwerke“**

---

**Begründung:**

Die Demokratisierung des Hochschulraumes ist ein Gesamtprojekt, welches als solches genannt und anschließend erläutert werden muss. Trennt man die Forderungen auf, so entsteht automatisch die Frage, warum lediglich zwei der Mitgliedergruppen einen erhöhten Einfluss erhalten soll. Durch diese Formulierung entsteht also ein Projektcharakter.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>	
<b>Angenommen:</b> •	<b>Abgelehnt:</b> •
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____	

10. Antrag A 1.15

Einfügen auf Zeile 875:

**„Darüber hinaus treten wir für tarifvertragliche Regelungen für Studentische Beschäftigte an den Hochschulen ein.“**

---

**Begründung:**

Die Forderung nach tariflicher Regelung studentischer MitarbeiterInnen ist richtig. Allein: Die Stelle im Text war falsch. Nichts spricht dagegen, die studentischen Beschäftigten im Rahmen der Tarifregelungen der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen zu nennen. Da gehört es auch hin.

**Entscheidung des Parteitages**

**Angenommen:**                      •                      **Abgelehnt:**      •

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

---

11. Antrag A 1.15

In Zeile 882/883 Streichen des Satzes

*„Wir treten für tarifvertragliche ... an den Hochschulenein“*

---

**Begründung:**

Ist ersetzt durch 10. Antrag A 1.15

**Entscheidung des Parteitages**

**Angenommen:**                      •                      **Abgelehnt:**      •

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_